1997

Bundesgesetzblatt

Teil II

Z 1998 A

1969	Ausgegeben zu Bonn am 22. Oktober 1969	Nr. 74

Gesetz zu dem Protokoll vom 28. August 1952 über die Rechtsstellung der auf Grund des Nordatlantikvertrags errichteten internationalen militärischen Hauptquartiere und zu den dieses Protokoll ergänzenden Vereinbarungen (Gesetz zum Protokoll über die NATO-Hauptquartiere und zu den Ergänzungsvereinbarungen)

Vom 17. Oktober 1969

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Teil I
Beitritt und Zustimmung

Artikel 1

(1) Dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dem Protokoll vom 28. August 1952 über die Rechtsstellung der auf Grund des Nordatlantikvertrags errichteten internationalen militärischen Hauptquartiere (Protokoll über die NATO-Hauptquartiere) wird zugestimmt.

(2) Folgenden in diesem Zusammenhang von der Bundesrepublik Deutschland geschlossenen Vereinbarungen wird ebenfalls zugestimmt:

A. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Obersten Hauptquartier der Alliierten Mächte, Europa, über die besonderen Bedingungen für die Einrichtung und den Betrieb internationaler militärischer Hauptquartiere in der Bundesrepublik Deutschland (Ergänzungsabkommen) nebst Unterzeichnungsprotokoll, unterzeichnet in Paris am 13. März 1967,

B. Übereinkommen über die Rechtsstellung des einem internationalen militärischen Hauptquartier der NATO in der Bundesrepublik Deutschland zugeteilten Personals der Entsendestaaten (Statusübereinkommen), unterzeichnet in Bonn am 7. Februar 1969,

C. Übereinkommen über die Überlassung von Liegenschaften an internationale militärische Hauptquartiere der NATO in der Bundesrepublik Deutschland durch die Streitkräfte des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika (Liegenschaftsübereinkommen), unterzeichnet in Bonn am 7. Februar 1969.

(3) Das Protokoll über die NATO-Hauptquartiere und die in Absatz 2 aufgeführten Vereinbarungen werden nachstehend veröffentlicht.

Teil II
Ausführungsbestimmungen

KAPITEL 1
Ausführungsbestimmungen zu Artikel 1 in Verbindung mit Artikel 10 des Protokolls über die NATO-Hauptquartiere

Artikel 2

Für Klagen gegen das Oberste Hauptquartier der Alliierten Mächte, Europa, im Zusammenhang mit der Einrichtung oder dem Betrieb eines internationalen militärischen Hauptquartiers in der Bundesrepublik Deutschland ist das Gericht zuständig, in dessen Bezirk dieses Hauptquartier seinen Sitz hat.

KAPITEL 2
Ausführungsbestimmungen zu Artikel 2 und 4 des Protokolls über die NATO-Hauptquartiere in Verbindung mit Artikel VII des NATO-Truppenstatuts

Artikel 3

(1) Der Verzicht auf das den deutschen Behörden in Fällen der konkurrierenden Gerichtsbarkeit nach

Artikel 2 des Protokolls über die NATO-Hauptquartiere in Verbindung mit Artikel VII Abs. 3 Buchstabe b des NATO-Truppenstatuts (Bundesgesetzbl. 1961 II S. 1183, 1190) zustehende Vorrecht zur Ausübung der Strafgerichtsbarkeit wird von der Staatsanwaltschaft erklärt. Diese ist auch befugt, die Militärbehörden des Entsendestaates um den Verzicht auf das ihnen nach Artikel 2 und 4 des Protokolls über die NATO-Hauptquartiere in Verbindung mit Artikel VII Abs. 3 Buchstabe a des NATO-Truppenstatuts zustehende Vorrecht zu ersuchen.

(2) Für die sachliche und örtliche Zuständigkeit gelten die Vorschriften des Gerichtsverfassungs- und Strafprozeßrechts entsprechend.

KAPITEL 3

Ausführungsbestimmungen zu Artikel 8 des Protokolls über die NATO-Hauptquartiere, zu den Artikeln 14, 15 und 16 des Ergänzungsabkommens und zu Artikel 2 des Statusübereinkommens sowie ergänzende Bestimmungen

Artikel 4

Auf Waren, die die Hauptquartiere und die in Artikel 3 Abs. 1 des Protokolls über die NATO-Hauptquartiere und in Artikel 1 des Statusübereinkommens bezeichneten Personen nach Artikel 8 des Protokolls über die NATO-Hauptquartiere, den Artikeln 14, 15 und 16 des Ergänzungsabkommens, Artikel 2 des Statusübereinkommens oder nach dem folgenden Artikel abgabenbegünstigt einführen oder beziehen, und auf Waren, die sich im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes im Besitz der Hauptquartiere und der vorbezeichneten Personen befinden, werden das Truppenzollgesetz 1962 vom 17. Januar 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 51) und die zu seiner Durchführung ergangenen Vorschriften in den jeweils geltenden Fassungen sinngemäß angewendet.

Artikel 5

Personen im Sinne des Artikels 4, die nicht zu dem durch das Statusübereinkommen erfaßten Personenkreis gehören und weder deutsche Staatsangehörige noch Angehörige deutscher Staatsangehöriger sind, werden bei der Ein- und Ausfuhr und dem Bezug von Waren dieselben Vergünstigungen gewährt wie den durch das Statusübereinkommen begünstigten Personen.

Artikel 6

Berechtigte Personen im Sinne des Artikels 16 Abs. 2 Buchstabe b des Ergänzungsabkommens sind nicht die Angehörigen der in Artikel 3 Abs. 1 Buchstabe a des Protokolls über die NATO-Hauptquartiere bezeichneten Personen deutscher Staatsangehörigkeit.

KAPITEL 4

Ausführungsbestimmungen zu Artikel 14 Abs. 2 des Ergänzungsabkommens

Artikel 7

Die Bundesregierung wird ermächtigt, zur Durchführung des Ergänzungsabkommens den Umfang der umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen in sinngemäßer Anwendung der für die Ausfuhr geltenden Vorschriften des Umsatzsteuergesetzes in der jeweils geltenden Fassung sowie die Art des Nachweises der Voraussetzungen für die Inanspruchnahme dieser Vergünstigungen und das Verfahren durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zu regeln.

KAPITEL 5

Ausführungsbestimmungen zu Artikel 2, 4 und 6 des Protokolls über die NATO-Hauptquartiere in Verbindung mit Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts sowie zu Artikel 22 des Ergänzungsabkommens

Artikel 8

(1) Für Ansprüche, die sich nach Artikel 2 des Protokolls über die NATO-Hauptquartiere und Artikel VIII Abs. 5 des NATO-Truppenstatuts gegen ein Hauptquartier richten, gelten die Artikel 6 bis 14 des Gesetzes zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen vom 18. August 1961 (Bundesgesetzbl. II S. 1183) entsprechend.

(2) Artikel 10 Abs. 2 des Gesetzes zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen ist mit der Maßgabe anzuwenden, daß an die Stelle eines Verfahrens nach Artikel 41 Abs. 11 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut ein Verfahren nach Artikel 22 Abs. 2 des Ergänzungsabkommens tritt.

(3) Ergeht in einem Rechtsstreit gemäß Artikel 12 des Gesetzes zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen eine Entscheidung über eine Leistung eines Hauptquartiers, so ist auszusprechen, daß die Bundesrepublik Deutschland für das Hauptquartier zu leisten hat, dem die Leistung obliegt.

(4) Artikel 12 Abs. 5 des Gesetzes zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen ist mit der Maßgabe anzuwenden, daß an die Stelle einer Entscheidung des Schiedsrichters nach Artikel VIII Abs. 8 des NATO-Truppenstatuts in Verbindung mit Artikel 41 Abs. 11 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut eine Entscheidung des Schiedsrichters nach Artikel VIII Abs. 8 des NATO-Truppenstatuts in Verbindung mit Artikel 22 Abs. 2 des Ergänzungsabkommens tritt.

Teil III

Inkrafttreten

Artikel 9

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Protokoll über die NATO-Hauptquartiere nach seinem Artikel 16 Abs. 1, das in Artikel 1 Abs. 2 unter A aufgeführte Ab-

kommen nach seinem Artikel 25, das unter B aufgeführte Übereinkommen nach seinem Artikel 4 Abs. 2 und das unter C aufgeführte Übereinkommen nach seinem Artikel 8 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 17. Oktober 1969

Der Bundespräsident
Heinemann

Der Bundeskanzler
Kiesinger

Der Bundesminister des Auswärtigen
Brandt

Der Bundesminister des Innern
Benda

Der Bundesminister der Justiz
Horst Ehmke

Der Bundesminister der Finanzen
Strauß

Der Bundesminister für Wirtschaft
Schiller

Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Hermann Höcherl

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Hans Katzer

Der Bundesminister für Verkehr
Georg Leber

Der Bundesminister der Verteidigung
Schröder

Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen
Dr. Werner Dollinger

Der Bundesschatzminister
Schmücker

Der Bundesminister für Gesundheitswesen
Käte Strobel

Protokoll über die Rechtsstellung der auf Grund des Nordatlantikvertrags errichteten internationalen militärischen Hauptquartiere

Protocol on the Status of International Military Headquarters set up pursuant to the North Atlantic Treaty

Protocole sur le statut des Quartiers Généraux militaires internationaux créés en vertu du Traité de l'Atlantique Nord

The Parties to the North Atlantic Treaty signed in Washington on 4th April, 1949,

CONSIDERING that international military Headquarters may be established in their territories, by separate arrangement, under the North Atlantic Treaty, and

DESIRING, to define the status of such Headquarters and of the personnel thereof within the North Atlantic Treaty area,

HAVE AGREED to the present Protocol to the Agreement signed in London on 19th June, 1951, regarding the Status of their Forces:

Article 1

In the present Protocol the expression

(a) "the Agreement" means the Agreement signed in London on 19th June, 1951, by the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces;

(b) "Supreme Headquarters" means Supreme Headquarters Allied Powers in Europe, Headquarters of the Supreme Allied Commander Atlantic and any equivalent international military Headquarters set up pursuant to the North Atlantic Treaty;

(c) "Allied Headquarters" means any Supreme Headquarters and any international military Headquarters set up pursuant to the North Atlantic Treaty which is immediately subordinate to a Supreme Headquarters;

(d) "North Atlantic Council" means the Council established by Article 9 of the North Atlantic Treaty or any of its subsidiary bodies authorised to act on its behalf.

Les Etats Parties au Traité de l'Atlantique Nord signé à Washington le 4 avril 1949,

CONSIDÉRANT que des Quartiers Généraux militaires internationaux pourront être établis sur leurs territoires par accords particuliers conclus en vertu du Traité de l'Atlantique Nord,

DÉSIREUX de définir le statut de ces Quartiers Généraux et du personnel y appartenant, lorsqu'ils se trouvent dans la région du Traité de l'Atlantique Nord,

SONT CONVENUS du présent Protocole à la Convention sur le statut de leurs forces, signée à Londres le 19 juin 1951:

Article 1er

Dans le présent Protocole:

(a) Par «Convention», on entend la Convention signée à Londres le 19 juin 1951 par les Etats Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le statut de leurs forces;

(b) Par «Quartier Général Suprême», on entend le Quartier Général Suprême des Forces Alliées en Europe, le Quartier Général Suprême des Forces Alliées de l'Atlantique et tout autre Quartier Général équivalent institué en vertu du Traité de l'Atlantique Nord;

(c) Par «Quartier Général Interallié», on entend tout Quartier Général Suprême et tout Quartier Général militaire international créé en vertu du Traité de l'Atlantique Nord et directement subordonné à un Quartier Général Suprême;

(d) Par «Conseil de l'Atlantique Nord», on entend le Conseil institué en vertu de l'Article 9 du Traité de l'Atlantique Nord, ou chacun des organismes subsidiaires autorisés à agir en son nom.

(Übersetzung)

Die Parteien des am 4. April 194[illegible] in Washington unterzeichneten Nordatlantikvertrags —

IN ANBETRACHT DESSEN, daß au[illegible] Grund des Nordatlantikvertrags durc[illegible] besondere Vereinbarungen internationale militärische Hauptquartiere i[illegible] ihrem Hoheitsgebiet errichtet werde[illegible] können,

IN DEM WUNSCHE, die Rechtsstellung dieser Hauptquartiere un[illegible] deren Personals im Bereich des Nordatlantikvertrags festzulegen —

HABEN dieses Protokoll zu dem a[illegible] 19. Juni 1951 in London unterzeichneten Abkommen über die Rechtsstellun[illegible] ihrer Truppen vereinbart:

Artikel 1

In diesem Protokoll bedeutet de[illegible] Ausdruck

a) „Abkommen" das am 19. Juni 195[illegible] in London von den Parteien de[illegible] Nordatlantikvertrags unterzeichnet[illegible] Abkommen über die Rechtsstellun[illegible] ihrer Truppen;

b) „Oberstes Hauptquartier" das Oberste Hauptquartier der Alliierte[illegible] Mächte, Europa, das Hauptquartie[illegible] des Obersten Alliierten Befehlshabers Atlantik sowie jedes entsprechende, auf Grund des Nordatlantikvertrags errichtete internationale militärische Hauptquartier

c) „Alliiertes Hauptquartier" jede[illegible] Oberste Hauptquartier und jede[illegible] auf Grund des Nordatlantikvertrag[illegible] errichtete internationale militärisch[illegible] Hauptquartier, das einem Oberste[illegible] Hauptquartier unmittelbar unterstellt ist;

d) „Nordatlantikrat" den nach Artikel 9 des Nordatlantikvertrags errichteten Rat oder die zum Handel[illegible] in seinem Namen befugten nachgeordneten Stellen.

Article 2

Subject to the following provisions of this Protocol, the Agreement shall apply to Allied Headquarters in the territory of a Party to the present Protocol in the North Atlantic Treaty area, and to the military and civilian personnel of such Headquarters and their dependents included in the definitions in sub-paragraphs (a), (b) and (c) of paragraph 1 of Article 3 of this Protocol, when such personnel are present in any such territory in connection with their official duties or, in the case of dependents, the official duties of their spouse or parent.

Article 3

1. For the purpose of applying the Agreement to an Allied Headquarters the expressions "force", "civilian component" and "dependent", wherever they occur in the Agreement, shall have the meanings set out below:

(a) "force" means the personnel attached to the Allied Headquarters who belong to the land, sea or air armed services of any Party to the North Atlantic Treaty;

(b) "civilian component" means civilian personnel who are not stateless persons, nor nationals of any State which is not a Party to the Treaty, nor nationals of, nor ordinarily resident in the receiving State, and who are (i) attached to the Allied Headquarters and in the employ of an armed service of a Party to the North Atlantic Treaty or (ii) in such categories of civilian personnel in the employ of the Allied Headquarters as the North Atlantic Council shall decide;

(c) "dependent" means the spouse of a member of a force or civilian component, as defined in sub-paragraphs (a) and (b) of this paragraph, or a child of such member depending on him or her for support.

2. An Allied Headquarters shall be considered to be a force for the purposes of Article II, paragraph 2 of Article V, paragraph 10 of Article VII, paragraphs 2, 3, 4, 7 and 8 of Article IX, and Article XIII, of the Agreement.

Article 4

The rights and obligations which the Agreement gives to or imposes upon

Article 2

Sous réserve des dispositions ci-après du présent Protocole, la Convention s'appliquera aux Quartiers Généraux Interalliés établis sur le territoire d'un Etat Partie au présent Protocole dans la zone du Traité de l'Atlantique Nord, ainsi qu'au personnel militaire et civil de ces Quartiers Généraux et aux personnes à charge de ce personnel, compris dans les définitions des alinéas (a), (b) et (c) du paragraphe 1 de l'Article 3 du présent Protocole, lorsque ce personnel se trouve sur l'un des territoires visés ci-dessus pour l'exécution du service ou, dans le cas des personnes à charge, pour les besoins du service du conjoint ou du parent.

Article 3

1. Pour l'application de la Convention à un Quartier Général Interallié, les expressions «force», «élément civil» et «personne à charge», chaque fois qu'elles figurent dans la Convention, ont la signification suivante:

(a) Par «force», on entend le personnel affecté à un Quartier Général Interallié et qui appartient aux Armées de terre, de mer ou de l'air de tout Etat Partie au Traité de l'Atlantique Nord;

(b) Par «élément civil», on entend le personnel civil qui n'est ni apatride, ni national d'un Etat non Partie au Traité de l'Atlantique Nord, non plus que national de l'Etat de séjour, ni une personne qui a sa résidence habituelle dans cet Etat, et (i) qui est affecté au Quartier Général Interallié et employé par l'une des Forces armées de l'un des Etats Parties au Traité de l'Atlantique Nord, ou (ii) qui appartient à certaines catégories de personnel civil employé par le Quartier Général Interallié arrêtées par le Conseil de l'Atlantique Nord;

(c) Par «personne à charge», on entend le conjoint d'un membre d'une force ou d'un élément civil définis aux alinéas (a) et (b) du présent paragraphe ou les enfants qui sont à leur charge.

2. Un Quartier Général Interallié est considéré comme une force pour l'application de l'Article 2, du paragraphe 2 de l'Article 5, du paragraphe 10 de l'Article 7, des paragraphes 2, 3, 4, 7 et 8 de l'Article 9, et de l'Article 13 de la Convention.

Article 4

Les droits et obligations que la Convention confère ou impose à un Etat

Artikel 2

Vorbehaltlich der folgenden Bestimmungen dieses Protokolls findet das Abkommen auf Alliierte Hauptquartiere Anwendung, die in dem im Bereich des Nordatlantikvertrags gelegenen Hoheitsgebiet einer Partei dieses Protokolls errichtet sind, sowie auf das Militär- und Zivilpersonal dieser Hauptquartiere und seine Angehörigen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstaben a, b und c, wenn dieses Personal sich im Zusammenhang mit seinen Dienstobliegenheiten oder wenn seine Angehörigen sich im Zusammenhang mit den Dienstobliegenheiten des Ehegatten oder Elternteils in einem solchen Hoheitsgebiet aufhalten.

Artikel 3

(1) Für die Anwendung des Abkommens auf ein Alliiertes Hauptquartier haben die in dem Abkommen enthaltenen Ausdrücke „Truppe", „ziviles Gefolge" und „Angehöriger" folgende Bedeutung:

a) „Truppe" bedeutet das einem Alliierten Hauptquartier zugeteilte Personal, das zu den Land-, See- oder Luftstreitkräften einer Partei des Nordatlantikvertrags gehört;

b) „ziviles Gefolge" bedeutet Zivilpersonal, soweit es sich nicht um Staatenlose oder um Staatsangehörige eines Staates, der nicht Partei des Nordatlantikvertrags ist, oder um Staatsangehörige des Aufnahmestaats oder um Personen handelt, die dort ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, das i) dem Alliierten Hauptquartier zugeteilt und bei den Streitkräften einer Partei des Nordatlantikvertrags beschäftigt ist oder ii) zu den vom Nordatlantikrat bestimmten Gruppen des bei einem Alliierten Hauptquartier beschäftigten Zivilpersonals gehört;

c) „Angehöriger" bedeutet den Ehegatten eines Mitglieds einer Truppe oder eines zivilen Gefolges im Sinne der Buchstaben a und b sowie ein dem Mitglied gegenüber unterhaltsberechtigtes Kind.

(2) Für die Zwecke der Artikel II, V Absatz 2, VII Absatz 10, IX Absätze 2, 3, 4, 7 und 8 und XIII des Abkommens gilt ein Alliiertes Hauptquartier als Truppe.

Artikel 4

Die Rechte und Pflichten, die dem Entsendestaat oder seinen Behörden

the sending State or its authorities in respect of its forces or their civilian components or dependents shall, in respect of an Allied Headquarters and its personnel and their dependents to whom the Agreement applies in accordance with Article 2 of the present Protocol, be vested in or attach to the appropriate Supreme Headquarters and the authorities responsible under it, except that

(a) the right which is given by Article VII of the Agreement to the military authorities of the sending State to exercise criminal and disciplinary jurisdiction shall be vested in the military authorities of the State, if any, to whose military law the person concerned is subject;

(b) the obligations imposed upon the sending State or its authorities by Article II, paragraph 4 of Article III, paragraphs 5 (a) and 6 (a) of Article VII, paragraphs 9 and 10 of Article VIII, and Article XIII, of the Agreement, shall attach both to the Allied Headquarters and to any State whose armed service, or any member or employee of whose armed service, or the dependent of such member or employee, is concerned;

(c) for the purposes of paragraphs 2 (a) and 5 of Article III, and Article XIV, of the Agreement, the sending State shall be, in the case of members of a force and their dependents, the State to whose armed service the member belongs, or, in the case of members of a civilian component and their dependents, the State, if any, by whose armed service the member is employed;

(d) the obligations imposed on the sending State by virtue of paragraphs 6 and 7 of Article VIII of the Agreement shall attach to the State to whose armed service the person belongs whose act or omission has given rise to the claim or, in the case of a member of a civilian component, to the State by whose armed service he is employed or, if there is no such State, to the Allied Headquarters of which the person concerned is a member.

Both the State, if any, to which obligations attach under this paragraph and the Allied Headquarters concerned shall have the rights of the sending State in connection with the appointment of an arbitrator under paragraph 8 of Article VIII.

d'origine ou à ses autorités au sujet de ses forces, de ses éléments civils ou de leurs personnes à charge, seront, en ce qui concerne les Quartiers Généraux Interalliés, leur personnel et les personnes à charge de ce personnel auxquels s'applique la Convention en vertu de l'Article 2 du présent Protocole, conférés ou dévolus au Quartier Général Suprême approprié et aux autorités qui en relèvent, sous les réserves ci-après:

(a) le droit qui est donné par l'Article 7 de la Convention aux autorités militaires de l'Etat d'origine d'exercer les pouvoirs de juridiction pénale et disciplinaire est conféré aux autorités militaires de l'Etat dont la loi militaire s'applique éventuellement à la personne intéressée;

(b) les obligations imposées à l'Etat d'origine ou à ses autorités par l'Article 2, par le paragraphe 4 de l'Article 3, par les paragraphes 5 (a) et 6 (a) de l'Article 7, par les paragraphes 9 et 10 de l'Article 8 et par l'Article 13 de la Convention incombent à la fois au Quartier Général Interallié et à l'Etat dont les forces armées, ou tout membre ou employé de ces forces armées, ou la personne à charge de ce membre ou employé sont en cause;

(c) pour l'application des paragraphes 2 (a) et 5 de l'Article 3 et de l'Article 14 de la Convention, et dans le cas des membres d'une force ou des personnes à leur charge, l'Etat d'origine est l'Etat aux forces armées duquel ce membre appartient, ou, dans le cas de membres d'un élément civil ou de personnes à leur charge, l'Etat par les forces armées duquel ce membre est employé;

(d) les obligations imposées à l'Etat d'origine en vertu des paragraphes 6 et 7 de l'Article 8 de la Convention incombent à l'Etat aux forces armées duquel appartient la personne dont l'acte ou la négligence a été à l'origine de la demande d'indemnité, ou, dans le cas d'un membre d'un élément civil, à l'Etat par les forces armées duquel il est employé, ou, à défaut d'un tel Etat, au Quartier Général Interallié auquel la personne en question appartient.

Pour la désignation d'un arbitre, en application du paragraphe 8 de l'Article 8, les droits de l'Etat d'origine sont exercés à la fois par le Quartier Général Interallié intéressé, et par l'Etat auquel incombent, le cas échéant, les obligations définies par le présent paragraphe.

hinsichtlich seiner Truppen, ihrer zivilen Gefolge oder Angehörigen aus den Abkommen erwachsen, werden in bezug auf ein Alliiertes Hauptquartier und sein Personal und dessen Angehörige, auf die das Abkommen nach Artikel 2 dieses Protokolls Anwendung findet, auf das zuständige Oberste Hauptquartier und die ihm unterstellten Behörden übertragen, jedoch unter dem Vorbehalt,

a) daß das durch Artikel VII des Abkommens den Militärbehörden des Entsendestaats gewährte Recht, die Straf- und Disziplinargerichtsbarkeit auszuüben, den Militärbehörden des Staates übertragen wird, dessen Militärrecht die betreffende Person gegebenenfalls untersteht;

b) daß die dem Entsendestaat oder seinen Behörden durch die Artikel II, III Absatz 4, VII Absätze 5 a und 6 a, VIII Absätze 9 und 10 sowie XIII des Abkommens auferlegten Pflichten sowohl dem Alliierten Hauptquartier als auch dem Staat obliegen, dessen Streitkräfte betroffen sind; dies gilt auch, wenn deren Mitglieder oder Bediensteten oder ihre Angehörigen betroffen sind;

c) daß für die Zwecke der Artikel III Absätze 2 a und 5 sowie XIV des Abkommens in bezug auf Mitglieder einer Truppe und ihre Angehörigen der Entsendestaat der Staat ist, zu dessen Streitkräften das Mitglied gehört, und in bezug auf Mitglieder eines zivilen Gefolges und ihre Angehörigen der Staat bei dessen Streitkräften das Mitglied gegebenenfalls beschäftigt ist;

d) daß die dem Entsendestaat auf Grund des Artikels VIII Absätze 6 und 7 des Abkommens auferlegten Pflichten dem Staat obliegen, zu dessen Streitkräften die Person gehört, deren Handlung oder Unterlassung dem Anspruch zugrunde liegt, und in bezug auf ein Mitglied eines zivilen Gefolges dem Staat bei dessen Streitkräften es beschäftigt ist, oder, wenn ein solcher Staat nicht vorhanden ist, dem Alliierten Hauptquartier, dem die betreffende Person angehört.

Bezüglich der Ernennung eines Schiedsrichters nach Artikel VIII Absatz 8 des Abkommens werden die Rechte des Entsendestaats sowohl von dem betreffenden Alliierten Hauptquartier als auch von dem Staat wahrgenommen, dem gegebenenfalls die in dem vorliegenden Absatz bezeichneten Pflichten obliegen.

Article 5

Every member of an Allied Headquarters shall have a personal identity card issued by the Headquarters showing names, date and place of birth, nationality, rank or grade, number (if any), photograph and period of validity. This card must be presented on demand.

Article 5

Tout membre d'un Quartier Général Interallié doit être porteur d'une carte d'identité personnelle, délivrée par ce Quartier Général, munie d'une photographie et mentionnant les nom, prénoms, date et lieu de naissance, nationalité, rang ou grade, numéro matricule s'il y a lieu, et la durée de validité de la carte. Cette carte doit être produite à toute réquisition.

Artikel 5

Jedes Mitglied eines Alliierten Hauptquartiers muß im Besitz eines von diesem ausgestellten und mit einem Lichtbild versehenen Personalausweises sein, in dem Name und Vornamen, Geburtsdatum und -ort, Staatsangehörigkeit, Rang oder Dienstgrad, Erkennungsnummer (falls vorhanden) und Gültigkeitsdauer eingetragen sind. Der Ausweis ist auf Verlangen vorzuzeigen.

Article 6

1. The obligations to waive claims imposed on the Contracting Parties by Article VIII of the Agreement shall attach both to the Allied Headquarters and to any Party to this Protocol concerned.

2. For the purposes of paragraphs 1 and 2 of Article VIII of the Agreement,

(a) property owned by an Allied Headquarters or by a Party to this Protocol and used by an Allied Headquarters shall be deemed to be property owned by a Contracting Party and used by its armed services;

(b) damage caused by a member of a force or civilian component as defined in paragraph 1 of Article III of this Protocol or by any other employee of an Allied Headquarters shall be deemed to be damage caused by a member or employee of the armed services of a Contracting Party;

(c) the definition of the expression "owned by a Contracting Party" in paragraph 3 of Article VIII shall apply in respect of an Allied Headquarters.

3. The claims to which paragraph 5 of Article VIII of the Agreement applies shall include claims (other than contractual claims and claims to which paragraphs 6 or 7 of that Article apply) arising out of acts or omissions of any employees of an Allied Headquarters, or out of any other act, omission or occurrence for which an Allied Headquarters is legally responsible, and causing damage in the territory of a receiving State to third parties, other than any of the Parties to this Protocol.

Article 6

1. L'obligation de renoncer à toute demande d'indemnité imposée aux Parties Contractantes en vertu de l'Article 8 de la Convention s'applique à la fois aux Quartiers Généraux Interalliés et à tout Etat Partie au présent Protocole intéressés.

2. Pour l'application des paragraphes 1 et 2 de l'Article 8 de la Convention:

(a) sont considérés comme biens appartenant à la Partie Contractante et utilisés par ses forces armées tous biens appartenant à un Quartier Général Interallié ou tous biens d'un Etat Partie au présent Protocole utilisés par un Quartier Général Interallié;

(b) est considéré comme dommage causé par un membre des forces armées de la Partie Contractante ou par un employé de ces forces, tout dommage causé par un membre d'une force ou d'un élément civil, tels qu'ils sont définis au paragraphe 1 de l'Article 3 du présent Protocole, ou par tout autre employé d'un Quartier Général Interallié;

(c) les dispositions du paragraphe 3 de l'Article 8 de la Convention s'appliquent à un Quartier Général Interallié considéré comme « Partie Contractante » aux termes dudit paragraphe.

3. Les demandes d'indemnités visées au paragraphe 5 de l'Article 8 de la Convention comprendront les demandes d'indemnités (autres que celles résultant de l'application d'un contrat et que celles auxquelles les paragraphes 6 et 7 de cet Article sont applicables) du chef d'actes ou de négligences d'un employé du Quartier Général Interallié, ou de tout autre acte, négligence ou incident dont un Quartier Général Interallié est légalement responsable et qui ont causé, sur le territoire d'un Etat de séjour, des dommages à un tiers autre que l'une des Parties au présent Protocole.

Artikel 6

(1) Die durch Artikel VIII des Abkommens den Vertragsparteien auferlegte Verpflichtung, auf Ansprüche zu verzichten, obliegt sowohl den Alliierten Hauptquartieren als auch jeder in Betracht kommenden Partei dieses Protokolls.

(2) Für die Zwecke des Artikels VIII Absätze 1 und 2 des Abkommens

a) gelten Vermögenswerte, die einem Alliierten Hauptquartier oder einer Partei dieses Protokolls gehören und von einem Alliierten Hauptquartier benutzt werden, als Vermögenswerte, die einer Vertragspartei gehören und von ihren Streitkräften benutzt werden;

b) gilt ein Schaden, der durch ein Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 dieses Protokolls oder durch einen anderen Bediensteten eines Alliierten Hauptquartiers verursacht worden ist, als ein durch ein Mitglied oder einen Bediensteten der Streitkräfte einer Vertragspartei verursachter Schaden;

c) findet die in Artikel VIII Absatz 3 des Abkommens enthaltene Begriffsbestimmung des Ausdrucks „einer Vertragspartei gehörend" Anwendung auf ein Alliiertes Hauptquartier.

(3) Die Ansprüche, auf die Artikel VIII Absatz 5 des Abkommens Anwendung findet, umfassen Ansprüche (ausgenommen vertragliche Ansprüche und Ansprüche, auf welche die Absätze 6 und 7 des genannten Artikels Anwendung finden), die sich daraus ergeben, daß durch Handlungen oder Unterlassungen von Bediensteten eines Alliierten Hauptquartiers oder durch eine andere Handlung, Unterlassung oder Begebenheit, für die ein Alliiertes Hauptquartier rechtlich verantwortlich ist, in dem Hoheitsgebiet eines Aufnahmestaats einem Dritten, mit Ausnahme einer der Parteien dieses Protokolls, ein Schaden zugefügt worden ist.

Article 7

1. The exemption from taxation accorded under Article X of the Agreement to members of a force or civilian component in respect of their salaries and emoluments shall apply, as regards personnel of an Allied Headquarters within the definitions in paragraph 1 (a) and (b) (i) of Article 3 of this Protocol, to salaries and emoluments paid to them as such personnel by the armed service to which they belong or by which they are employed, except that this paragraph shall not exempt any such member or employee from taxation imposed by a State of which he is a national.

2. Employees of an Allied Headquarters of categories agreed by the North Atlantic Council, shall be exempted from taxation on the salaries and emoluments paid to them by the Allied Headquarters in their capacity as such employees. Any Party to the present Protocol may, however, conclude an arrangement with the Allied Headquarters whereby such Party will employ and assign to the Allied Headquarters all of its nationals (except, if such Party so desires, any not ordinarily resident within its territory) who are to serve on the staff of the Allied Headquarters and pay the salaries and emoluments of such persons from its own funds, at a scale fixed by it. The salaries and emoluments so paid may be taxed by the Party concerned but shall be exempted from taxation by any other Party. If such an arrangement is entered into by any Party to the present Protocol and is subsequently modified or terminated, Parties to the present Protocol shall no longer be bound under the first sentence of this paragraph to exempt from taxation the salaries and emoluments paid to their nationals.

Article 7

1. L'exonération d'impôts accordée en vertu de l'Article 10 de la Convention aux membres d'une force ou d'un élément civil en ce qui concerne leurs traitements et émoluments s'applique, dans le cas du personnel d'un Quartier Général Interallié répondant aux définitions données dans les paragraphes 1 (a) et (b) (i) de l'Article 3 du présent Protocole, aux traitements et émoluments qui leur sont payés en cette qualité par la force armée à laquelle ils appartiennent ou par laquelle ils sont employés, sous réserve toutefois que l'exonération accordée en vertu de ce paragraphe aux membres ou employés en question ne s'applique pas à l'impôt mis en recouvrement par le pays dont ils ont la nationalité.

2. Les employés d'un Quartier Général Interallié appartenant aux catégories arrêtées par le Conseil de l'Atlantique Nord sont exonérés de l'impôt sur les traitements et émoluments qui leur sont versés en cette qualité par le Quartier Général Interallié. Toutefois, une Partie au présent Protocole pourra conclure avec le Quartier Général intéressé des arrangements permettant à ladite Partie de recruter et d'affecter au Quartier Général intéressé ses propres ressortissants (exception faite, si cette Partie le désire, de tout ressortissant ne résidant pas habituellement sur son territoire), devant faire partie du personnel du Quartier Général. Elle paiera dans ce cas les traitements et émoluments desdites personnes sur ses propres fonds, selon un barème déterminé par elle. Ces traitements et émoluments pourront faire l'objet d'une imposition de la part de la Partie en question mais ne pourront être imposés par une autre Partie. Si un arrangement de cette nature conclu par une des Parties au présent Protocole est par la suite modifié ou dénoncé, les Parties au présent Protocole ne seront plus obligées, en vertu de la première clause du présent paragraphe, d'exonérer de l'impôt les traitements et émoluments payés à leurs propres ressortissants.

Artikel 7

(1) Die auf Grund des Artikels X des Abkommens den Mitgliedern einer Truppe oder eines zivilen Gefolges für ihre Bezüge und Einkünfte gewährte Steuerfreiheit wird dem Personal eines Alliierten Hauptquartiers im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 a und b i dieses Protokolls für Bezüge und Einkünfte gewährt, die ihm in seiner Eigenschaft als derartiges Personal von den Streitkräften gezahlt werden, denen es angehört oder bei denen es beschäftigt ist, jedoch mit der Maßgabe, daß dieser Absatz diese Mitglieder und Bediensteten nicht von Steuern befreit, die von ihrem Heimatstaat erhoben werden.

(2) Bedienstete eines Alliierten Hauptquartiers, die zu den vom Nordatlantikrat bestimmten Gruppen gehören, sind von Steuern auf Bezüge und Einkünfte befreit, die ihnen in ihrer Eigenschaft als derartige Bedienstete vom dem Alliierten Hauptquartier gezahlt werden. Jede Partei dieses Protokolls kann jedoch eine Vereinbarung mit dem Alliierten Hauptquartier treffen, wonach sie ihre eigenen Staatsangehörigen (auf Wunsch der Vertragspartei mit Ausnahme derjenigen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei haben), die bei dem Alliierten Hauptquartier beschäftigt werden sollen, selbst anstellt und dem Hauptquartier zuweist; die Bezüge und Einkünfte dieser Personen werden aus den Mitteln dieser Vertragspartei nach von ihr festgelegten Sätzen gezahlt. Die Bezüge und Einkünfte können von der betreffenden Vertragspartei besteuert werden, sind jedoch von der Besteuerung durch eine andere Vertragspartei befreit. Wird eine solche von einer Partei dieses Protokolls getroffene Vereinbarung später geändert oder aufgehoben, so sind die Parteien dieses Protokolls nicht mehr nach Satz 1 verpflichtet, für die ihren Staatsangehörigen gezahlten Bezüge und Einkünfte Steuerfreiheit zu gewähren.

Article 8

1. For the purpose of facilitating the establishment, construction, maintenance and operation of Allied Headquarters, these Headquarters shall be relieved, so far as practicable, from duties and taxes, affecting expenditures by them in the interest of common defence and for their official and exclusive benefit, and each Party to the present Protocol shall enter into negotiations with any Allied Headquarters operating in its territory for the purpose of concluding an agreement to give effect to this provision.

Article 8

1. En vue de faciliter l'établissement, la construction, l'entretien et le fonctionnement des Quartiers Généraux Interalliés, ces Quartiers Généraux sont exonérés, dans toute la mesure du possible, des droits et taxes afférents aux dépenses supportées par eux dans l'intérêt de la défense commune et pour leur avantage officiel et exclusif, et chaque Partie au présent Protocole procédera à des négociations avec les Quartiers Généraux établis sur son territoire en vue de conclure un accord à cet effet.

Artikel 8

(1) Um die Errichtung, den Bau, die Instandhaltung und die Tätigkeit der Alliierten Hauptquartiere zu erleichtern, werden diese nach Möglichkeit von Gebühren und Abgaben in bezug auf Ausgaben befreit, die ihnen im Interesse der gemeinsamen Verteidigung und für ausschließlich dienstliche Zwecke entstehen; jede Partei dieses Protokolls nimmt mit den in ihrem Hoheitsgebiet tätigen Alliierten Hauptquartieren Verhandlungen auf mit dem Ziel, entsprechende Vereinbarungen zu schließen.

2. An Allied Headquarters shall have the rights granted to a force under Article XI of the Agreement subject to the same conditions.

3. The provisions in paragraphs 5 and 6 of Article XI of the Agreement shall not apply to nationals of the receiving States, unless such nationals belong to the armed services of a Party to this Protocol other than the receiving State.

4. The expression "duties and taxes" in this Article does not include charges for services rendered.

2. Tout Quartier Général Interallié jouit des droits accordés à une force en vertu de l'Article 11 de la Convention et ce, dans les mêmes conditions.

3. Les dispositions prévues aux paragraphes 5 et 6 de l'Article 11 de la Convention ne s'appliquent pas aux nationaux de l'Etat de séjour, à moins que ces nationaux n'appartiennent aux forces armées d'un Etat Partie au présent Protocole autre que l'Etat de séjour.

4. L'expression «droits et taxes» employée dans cet Article ne comprend pas les taxes perçues en rémunération de services rendus.

(2) Einem Alliierten Hauptquartier stehen die nach Maßgabe des Artikels XI des Abkommens einer Truppe gewährten Rechte zu.

(3) Artikel XI Absätze 5 und 6 des Abkommens findet keine Anwendung auf Staatsangehörige des Aufnahmestaats, sofern sie nicht den Streitkräften einer anderen Partei dieses Protokolls angehören.

(4) Der Ausdruck „Gebühren und Abgaben" in diesem Artikel umfaßt nicht die Vergütung für geleistete Dienste.

Article 9

Except in so far as the North Atlantic Council may decide otherwise,

(a) any assets acquired from the international funds of an Allied Headquarters under its capital budget and no longer required by the Headquarters shall be disposed of under arrangements approved by the North Atlantic Council and the proceeds shall be distributed among or credited to the Parties to the North Atlantic Treaty in the proportions in which they have contributed to the capital costs of the Headquarters. The receiving State shall have the prior right to acquire any immovable property so disposed of in its territory, provided that it offers terms no less favourable than those offered by any third party;

(b) any land, buildings or fixed installations provided for the use of an Allied Headquarters by the receiving State without charge to the Headquarters (other than a nominal charge) and no longer required by the Headquarters shall be handed back to the receiving State, and any increase or loss in the value of the property provided by the receiving State resulting from its use by the Headquarters shall be determined by the North Atlantic Council (taking into consideration any applicable law of the receiving State) and distributed among or credited or debited to the Parties to the North Atlantic Treaty in the proportions in which they have contributed to the capital costs of the Headquarters

Article 9

Sauf en cas de décision contraire du Conseil de l'Atlantique Nord:

(a) Les avoirs acquis au moyen des fonds internationaux d'un Quartier Général Interallié sur son budget en capital qui cessent d'être nécessaires à ce Quartier Général seront liquidés dans le cadre d'arrangements approuvés par le Conseil de l'Atlantique Nord et le produit de cette liquidation sera réparti entre les Parties au Traité de l'Atlantique Nord ou porté à leur crédit au prorata de leurs contributions aux dépenses en capital de ce Quartier Général. L'Etat de séjour aura priorité pour acquérir toute propriété immobilière ainsi liquidée sur son territoire, à condition qu'il n'offre pas des conditions moins avantageuses que celles proposées par un tiers;

(b) Les terrains, bâtiments ou installations fixes mis à la disposition d'un Quartier Général Interallié par l'Etat de séjour sans aucune charge pour le Quartier Général (autre qu'une charge nominale) et cessant d'être nécessaires à ce Quartier Général, seront rendus à l'Etat de séjour, et toute plus ou moins-value des biens immobiliers fournis par l'Etat de séjour résultant de leur utilisation par ce Quartier Général sera déterminée par le Conseil de l'Atlantique Nord (prenant en considération toute loi de l'Etat de séjour applicable en l'occurrence) et répartie entre les Etats Parties au Traité de l'Atlantique Nord ou portée, soit à leur crédit, soit à leur débit, au prorata de leurs contributions aux dépenses en capital de ce Quartier Général.

Artikel 9

Soweit der Nordatlantikrat nichts anderes beschließt, gilt folgendes:

a) Vermögenswerte, die mit den internationalen Mitteln des Anlagehaushalts eines Alliierten Hauptquartiers erworben worden sind und von diesem nicht mehr benötigt werden, werden nach vom Nordatlantikrat genehmigten Vereinbarungen veräußert; der Erlös wird in dem Verhältnis an die Vertragsparteien des Nordatlantikvertrags verteilt oder ihnen gutgeschrieben, in dem sie zu den Anlagekosten des Hauptquartiers beigetragen haben. Der Aufnahmestaat hat das Vorkaufsrecht bezüglich des in seinem Hoheitsgebiet in dieser Weise veräußerten unbeweglichen Vermögens, sofern er nicht ungünstigere Bedingungen bietet als Dritte.

b) Grund und Boden, Gebäude und feste Einrichtungen, die von dem Aufnahmestaat einem Alliierten Hauptquartier ohne Entgelt (ausgenommen ein nominelles Entgelt) zur Benutzung zur Verfügung gestellt worden sind und von diesem nicht mehr benötigt werden, sind dem Aufnahmestaat zurückzugeben; jeder infolge der Benutzung durch das Hauptquartier an dem vom Aufnahmestaat zur Verfügung gestellten Vermögen entstandene Wertzuwachs oder Wertverlust wird vom Nordatlantikrat (unter Berücksichtigung aller einschlägigen Rechtsvorschriften des Aufnahmestaats) ermittelt und in dem Verhältnis auf die Parteien des Nordatlantikvertrags verteilt oder ihnen gutgeschrieben bzw. belastet, in dem sie zu den Anlagekosten des Hauptquartiers beigetragen haben.

Article 10

Each Supreme Headquarters shall possess juridical personality; it shall have the capacity to conclude contracts and to acquire and dispose of

Article 10

Chaque Quartier Général Suprême a la capacité juridique. Il a la capacité de contracter, d'acquérir et d'aliéner. Toutefois, l'Etat de séjour peut sou-

Artikel 10

Jedes Oberste Hauptquartier besitzt Rechtspersönlichkeit; es kann Verträge schließen sowie Vermögen erwerben und veräußern. Der Auf-

property. The receiving State may, however, make the exercise of such capacity subject to special arrangements between it and the Supreme Headquarters or any subordinate Allied Headquarters acting on behalf of the Supreme Headquarters.

mettre l'exercice de cette capacité à des accords particuliers entre lui-même et le Quartier Général Suprême ou tout Quartier Général subordonné agissant au nom du Quartier Général Suprême.

nahmestaat kann jedoch die Ausübung dieser Fähigkeit von besonderen Vereinbarungen zwischen ihm und dem Obersten Hauptquartier oder einem nachgeordneten Alliierten Hauptquartier abhängig machen, das im Namen des Obersten Hauptquartiers handelt.

Article 11

1. Subject to the provisions of Article VIII of the Agreement, a Supreme Headquarters may engage in legal proceedings as claimant or defendant. However, the receiving State and the Supreme Headquarters or any subordinate Allied Headquarters authorised by it may agree that the receiving State shall act on behalf of the Supreme Headquarters in any legal proceedings to which that Headquarters is a party before the courts of the receiving State.

2. No measure of execution or measure directed to the seizure or attachment of its property or funds shall be taken against any Allied Headquarters, except for the purposes of paragraph 6 (a) of Article VII and Article XIII of the Agreement.

Article 11

1. Sous réserve des dispositions de l'Article 8 de la Convention, un Quartier Général Suprême peut ester en justice, tant en demandant qu'en défendant. Toutefois, il pourra être convenu entre le Quartier Général Suprême ou tout Quartier Général Interallié subordonné autorisé par lui, d'une part, et l'Etat de séjour, d'autre part, que ce dernier lui sera subrogé devant les tribunaux de cet Etat pour l'exercice des actions auxquelles le Quartier Général sera Partie.

2. Aucune mesure d'exécution ou tendant soit à l'appréhension, soit à la description de biens ou fonds, ne peut être prise contre un Quartier Général Interallié, si ce n'est aux fins définies au paragraphe 6 (a) de l'Article 7 et à l'Article 13 de la Convention.

Artikel 11

(1) Vorbehaltlich des Artikels VIII des Abkommens kann ein Oberstes Hauptquartier vor Gericht klagen und verklagt werden. Das Oberste Hauptquartier oder ein von ihm ermächtigtes nachgeordnetes Alliiertes Hauptquartier kann jedoch mit dem Aufnahmestaat vereinbaren, daß dieser Staat vor seinen Gerichten in allen Verfahren, bei denen das Oberste Hauptquartier Prozeßpartei ist, an dessen Stelle tritt.

(2) Gegen ein Alliiertes Hauptquartier dürfen keine Vollstreckungsmaßnahmen oder auf die Pfändung oder Beschlagnahme seines Vermögens oder seiner Mittel gerichtete Maßnahmen ergriffen werden, es sei denn für die Zwecke der Artikel VII Absatz 6 a und XIII des Abkommens.

Article 12

1. To enable it to operate its international budget, an Allied Headquarters may hold currency of any kind and operate accounts in any currency.

2. The Parties to the present Protocol shall, at the request of an Allied Headquarters, facilitate transfers of the funds of such Headquarters from one country to another and the conversion of any currency held by an Allied Headquarters into any other currency, when necessary to meet the requirements of any Allied Headquarters.

Article 12

1. Pour le fonctionnement de son budget international, un Quartier Général Interallié peut détenir des devises quelconques et avoir des comptes en n'importe quelle monnaie.

2. Les Parties au présent Protocole, à la demande d'un Quartier Général Interallié, faciliteront les transferts entre les pays des fonds de ce Quartier Général et la conversion de toute devise détenue par un Quartier Général Interallié en une autre devise quelconque lorsque ces opérations seront nécessaires pour répondre aux besoins d'un Quartier Général Interallié.

Artikel 12

(1) Zur Bewirtschaftung seines internationalen Haushalts kann ein Alliiertes Hauptquartier Zahlungsmittel jeder Art besitzen und Konten in jeder Währung unterhalten.

(2) Die Vertragsparteien dieses Protokolls erleichtern auf Ersuchen eines Alliierten Hauptquartiers diesem den Transfer seiner Mittel von einem Land in ein anderes sowie die Konvertierung aller in seinem Besitz befindlichen Zahlungsmittel in jede andere Währung, soweit dies erforderlich ist, um den Bedürfnissen eines Alliierten Hauptquartiers zu genügen.

Article 13

The archives and other official documents of an Allied Headquarters kept in premises used by those Headquarters or in the possession of any properly authorised member of the Headquarters shall be inviolable, unless the Headquarters has waived this immunity. The Headquarters shall, at the request of the receiving State and in the presence of a representative of that State, verify the nature of any documents to confirm that they are entitled to immunity under this Article.

Article 13

Les archives et autres documents officiels d'un Quartier Général Interallié conservés dans les locaux affectés à ce Quartier Général ou détenus par tout membre de ce Quartier Général dûment autorisé sont inviolables sauf au cas où le Quartier Général aurait renoncé à cette immunité. A la demande de l'Etat de séjour et en présence d'un Représentant de cet Etat, le Quartier Général vérifiera la nature des documents, afin de constater s'ils sont couverts par l'immunité visée au présent Article.

Artikel 13

Die Archive und sonstigen amtlichen Urkunden eines Alliierten Hauptquartiers, die in den von dem Hauptquartier benutzten Räumlichkeiten aufbewahrt werden oder sich im Besitz eines seiner hierzu ordnungsgemäß ermächtigten Mitglieder befinden, sind unverletzlich, es sei denn, daß das Hauptquartier auf diese Immunität verzichtet hat. Auf Ersuchen des Aufnahmestaats und in Anwesenheit seines Vertreters prüft das Hauptquartier die Art der Urkunden, um festzustellen, ob sie unter die in diesem Artikel vorgesehene Immunität fallen.

Article 14

1. The whole or any part of the present Protocol or of the Agreement

Article 14

1. Tout ou partie du présent Protocole ou de la Convention peut, par dé-

Artikel 14

(1) Dieses Protokoll oder das Abkommen kann auf Beschluß des Nord-

may be applied, by decision of the North Atlantic Council, to any international military Headquarters or organisation (not included in the definitions in paragraphs (b) and (c) of Article 1 of this Protocol) which is established pursuant to the North Atlantic Treaty.

2. When the European Defence Community comes into being, the present Protocol may be applied to the personnel of the European Defence Forces attached to an Allied Headquarters and their dependents at such time and in such manner as may be determined by the North Atlantic Council.

Article 15

All differences between the Parties to the present Protocol or between any such Parties and any Allied Headquarters relating to the interpretation or application of the Protocol shall be settled by negotiation between the parties in dispute without recourse to any outside jurisdiction. Except where express provision is made to the contrary in the present Protocol or in the Agreement, differences which cannot be settled by direct negotiation shall be referred to the North Atlantic Council.

Article 16

1. Articles XV and XVII to XX of the Agreement shall apply as regards the present Protocol as if they were an integral part thereof, but so that the Protocol may be reviewed, suspended, ratified, acceded to, denounced or extended in accordance with those provisions independently from the Agreement.

2. The present Protocol may be supplemented by bilateral agreement between the receiving State and a Supreme Headquarters, and the authorities of a receiving State and a Supreme Headquarters may agree to give effect, by administrative means in advance of ratification, to any provisions of this Protocol or of the Agreement as applied by it.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Plenipotentiaries have signed the present Protocol.

DONE in Paris this 28th day of August 1952, in the English and French languages, both texts being equally authoritative, in a single original

cision du Conseil de l'Atlantique Nord, être appliqué à tout Quartier Général militaire international ou à toute organisation militaire internationale (n'entrant pas dans les définitions figurant aux paragraphes (b) et (c) de l'Article 1 du présent Protocole) institués en vertu du Traité de l'Atlantique Nord.

2. Lorsque la Communauté Européenne de Défense sera créée, le présent Protocole pourra être appliqué aux membres du personnel des Forces Européennes de Défense attachés à un Quartier Général Interallié et à leurs personnes à charge, dans des conditions à fixer par le Conseil de l'Atlantique Nord.

Article 15

Toute contestation entre les Parties à ce Protocole ou entre elles et un Quartier Général Interallié sur l'interprétation ou l'application du présent Protocole est réglée par négociations entre les Parties intéressées sans recours à une juridiction extérieure. Sauf dans les cas où le présent Protocole ou la Convention contiennent une disposition contraire, les contestations qui ne peuvent pas être réglées par négociations directes sont portées devant le Conseil de l'Atlantique Nord.

Article 16

1. Les Articles 15 et 17 à 20 de la Convention sont applicables dans le cas du présent Protocole comme s'ils en faisaient partie intégrante, mais dans des conditions telles que le présent Protocole pourra être révisé, suspendu, ratifié, signé, dénoncé ou reconduit conformément à ces dispositions indépendamment de la Convention.

2. Le présent Protocole pourra être complété par des accords bilatéraux entre l'Etat de séjour et un Quartier Général Suprême; les autorités d'un Etat de séjour et un Quartier Général Suprême pourront convenir de donner effet par des dispositions administratives, avant la ratification, à toute disposition du présent Protocole ou de la Convention que l'Etat de séjour aura décidé d'appliquer.

EN FOI DE QUOI les plénipotentiaires soussignés ont signé le présent Protocole.

FAIT à Paris, le 28 août 1952, en anglais et en français, les deux textes faisant également foi, en un simple exemplaire qui restera déposé dans les

atlantikrats ganz oder teilweise auf jedes internationale militärische Hauptquartier und jede internationale militärische Organisation (die nicht unter die Begriffsbestimmungen des Artikels 1 Buchstaben b und c dieses Protokolls fallen) angewendet werden, die auf Grund des Nordatlantikvertrags errichtet sind.

(2) Wenn die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ins Leben gerufen ist, kann dieses Protokoll auf das Personal der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte, das einem Alliierten Hauptquartier zugeteilt ist, und auf dessen Angehörige zu einem Zeitpunkt und in einer Weise angewendet werden, die der Nordatlantikrat bestimmt.

Artikel 15

Alle Streitigkeiten zwischen den Parteien dieses Protokolls oder zwischen diesen Parteien und einem Alliierten Hauptquartier über die Auslegung oder Anwendung des Protokolls werden durch Verhandlungen zwischen den Streitparteien ohne Inanspruchnahme außenstehender Gerichte beigelegt. Soweit dieses Protokoll oder das Abkommen nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt, werden alle Streitigkeiten, die durch unmittelbare Verhandlungen nicht beigelegt werden können, dem Nordatlantikrat unterbreitet.

Artikel 16

(1) Die Artikel XV und XVII bis XX des Abkommens finden in bezug auf dieses Protokoll so Anwendung, als wenn sie dessen Bestandteil wären, jedoch in der Weise, daß eine Revision, Aussetzung, Ratifikation, Kündigung oder Erstreckung des Protokolls oder ein Beitritt zu demselben nach Maßgabe der genannten Bestimmungen unabhängig von dem Abkommen erfolgen kann.

(2) Dieses Protokoll kann durch zweiseitige Vereinbarungen zwischen dem Aufnahmestaat und einem Obersten Hauptquartier ergänzt werden, und die Behörden des Aufnahmestaats und ein Oberstes Hauptquartier können übereinkommen, jeder Bestimmung dieses Protokolls oder des Abkommens in der Form seiner Anwendung durch das Protokoll schon vor der Ratifikation durch Verwaltungsmaßnahmen Wirkung zu verleihen.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten dieses Protokoll unterschrieben.

GESCHEHEN zu Paris am 28. August 1952 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Ur-

which shall be deposited in the archives of the Government of the United States of America. The Government of the United States of America shall transmit certified copies thereof to all the signatory and acceding States.

archives du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique. Le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique en transmettra des copies authentiques à tous les Etats signataires et adhérents.

schrift, die im Archiv der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt wird. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika übermittelt allen Unterzeichnerstaaten und beitretenden Staaten beglaubigte Abschriften.

For the KINGDOM OF BELGIUM:
Pour le ROYAUME DE BELGIQUE:
Für das KÖNIGREICH BELGIEN:
André de Staercke

For CANADA:
Pour le CANADA:
Für KANADA:
A. D. P. Heeney

For the KINGDOM OF DENMARK:
Pour le ROYAUME DE DANEMARK:
Für das KÖNIGREICH DÄNEMARK:
Sandager Jeppesen

For the UNITED STATES OF AMERICA:
Pour les ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE:
Für die VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA:
William H. Draper, Jr

For FRANCE:
Pour la FRANCE:
Für FRANKREICH:
Hervé Alphand

For the KINGDOM OF GREECE:
Pour le ROYAUME DE GRÈCE:
Für das KÖNIGREICH GRIECHENLAND:
Pan. Pipinelis

For ICELAND:
Pour l'ISLANDE:
Für ISLAND:
Gunnlaugur Pétursson

For ITALY:
Pour l'ITALIE:
Für ITALIEN:
A. Rossi-Longhi

For the GRAND DUCHY OF LUXEMBOURG:
Pour le GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG:
Für das GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG:
G. Heisbourg

For the KINGDOM OF NORWAY:
Pour le ROYAUME DE NORVÈGE:
Für das KÖNIGREICH NORWEGEN:
S. Chr. Sommerfelt

For the KINGDOM OF THE NETHERLANDS:
Pour le ROYAUME DES PAYS-BAS:
Für das KÖNIGREICH DER NIEDERLANDE:
A. W. L. Tjarda van Starkenborgh Stachouwer

For PORTUGAL:
Pour le PORTUGAL:
Für PORTUGAL:
H. Caldeira Queiroz

For the UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND:
Pour le ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD:
Für das VEREINIGTE KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND:
F. R. Hoyer Millar

For TURKEY:
Pour la TURQUIE:
Für die TÜRKEI:
Taha Carin

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Obersten Hauptquartier der Alliierten Mächte, Europa, über die besonderen Bedingungen für die Einrichtung und den Betrieb internationaler militärischer Hauptquartiere in der Bundesrepublik Deutschland

Agreement between the Federal Republic of Germany and the Supreme Headquarters Allied Powers Europe on the special conditions applicable to the establishment and operation of International Military Headquarters in the Federal Republic of Germany

Accord entre la République fédérale d'Allemagne et le Quartier Général Suprême des Forces Alliées en Europe relatif aux conditions particulières d'installation et de fonctionnement dans la République fédérale d'Allemagne des Quartiers Généraux militaires internationaux

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DAS OBERSTE HAUPTQUARTIER DER ALLIIERTEN MÄCHTE, EUROPA —

IN DER ERWÄGUNG, daß das Protokoll über die Rechtsstellung der auf Grund des Nordatlantikvertrags errichteten internationalen militärischen Hauptquartiere durch Bestimmungen über die Einrichtung und den Betrieb internationaler militärischer Hauptquartiere in der Bundesrepublik Deutschland ergänzt werden sollte —

SIND auf Grund des Artikels 16 Absatz 2 des Protokolls wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

In diesem Abkommen (im folgenden als „Ergänzungsabkommen" bezeichnet) bedeutet der Ausdruck

a) „Bundesregierung" die Regierung der Bundesrepublik Deutschland;

b) „SHAPE" das Oberste Hauptquartier der Alliierten Mächte, Europa;

c) „Hauptquartier"
   i) SHAPE,
   ii) jedes SHAPE unmittelbar unterstellte internationale militärische Hauptquartier, das einem der unter Ziffer iii genannten Hauptquartiere übergeordnet ist,

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

and

THE SUPREME HEADQUARTERS ALLIED POWERS EUROPE—

CONSIDERING that the Protocol on the Status of International Military Headquarters set up pursuant to the North Atlantic Treaty should be supplemented by provisions regarding the establishment and operation of International Military Headquarters in the Federal Republic of Germany —

HAVE, pursuant to paragraph 2 of Article 16 of the Protocol, AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

In the present Agreement (hereinafter referred to as the "Supplementing Agreement") the term

a) "Federal Government" means the Government of the Federal Republic of Germany;

b) "SHAPE" means the Supreme Headquarters Allied Powers Europe;

c) "Headquarters" means
   i) SHAPE,
   ii) any international military Headquarters directly subordinate to SHAPE, which is superior to one of the Headquarters mentioned in iii below,

LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE

et

LE QUARTIER GÉNÉRAL SUPRÊME DES FORCES ALLIÉES EN EUROPE—

CONSIDÉRANT que le Protocole sur le Statut des Quartiers Généraux militaires internationaux créés en vertu du Traité de l'Atlantique Nord devrait être complété par des dispositions sur l'installation et le fonctionnement des Quartiers Généraux militaires internationaux dans la République fédérale d'Allemagne —

SONT, en vertu du paragraphe 2 de l'article 16 du Protocole, CONVENUS DE CE QUI SUIT:

Article 1er

Dans le présent Accord (dénommé ci-après « Accord supplémentaire »), le terme:

a) « Gouvernement fédéral » signifie le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne;

b) « SHAPE » signifie le Quartier Général Suprême des Forces Alliées en Europe;

c) « Quartier Général » signifie
   i) SHAPE,
   ii) tout Quartier Général militaire international directement subordonné à SHAPE et auquel est soumis l'un des Quartiers Généraux indiqués au point iii) ci-dessous,

iii) sonstige SHAPE unterstellte, in der Bundesrepublik Deutschland errichtete internationale militärische Hauptquartiere, soweit auf diese das Protokoll gemäß seinem Artikel 14 Anwendung findet;

d) „Abkommen" das am 19. Juni 1951 in London unterzeichnete Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen;

e) „Protokoll" das am 28. August 1952 in Paris unterzeichnete Protokoll über die Rechtsstellung der auf Grund des Nordatlantikvertrags errichteten internationalen militärischen Hauptquartiere.

Artikel 2

(1) Der Friedensstandort der einzelnen Abteilungen der in der Bundesrepublik Deutschland errichteten Hauptquartiere wird durch Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und SHAPE bestimmt.

(2) Über Standortänderungen wird in der gleichen Weise entschieden.

(3) a) Die Hauptquartiere, die sich in der Bundesrepublik Deutschland befinden, sind befugt, bei Übungen ihr Hauptquartier vorübergehend ganz oder teilweise zu verlegen.

b) Sollen Manöver oder andere Übungen von einem Hauptquartier durchgeführt werden oder sollen sie auf Anordnung oder unter Leitung eines Hauptquartiers stattfinden, so ist das jeweils beteiligte Hauptquartier in jedem einzelnen Fall verpflichtet, die allgemeinen Pläne für solche Manöver oder andere Übungen bei den deutschen Behörden anzumelden. An den Manövern oder anderen Übungen teilnehmende Hauptquartiere werden ihre für die Teilnahme vorgesehene eigene personelle Stärke und Kraftfahrzeugausstattung (Anzahl und Arten) sowie diejenige ihrer Unterstützungseinheiten bei den deutschen Behörden anmelden.

(4) a) Die Bundesregierung wird am Tage der Unterzeichnung dieses Ergänzungsabkommens über die Personalstärke der in der Bundesrepublik Deutschland errichteten Hauptquartiere unterrichtet.

b) Unbeschadet besonderer Regelungen ist SHAPE befugt, die Personalstärke jedes die-

iii) other international military Headquarters subordinate to SHAPE and established in the Federal Republic of Germany, in so far as the provisions of the Protocol are applicable to them pursuant to Article 14 thereof;

d) "Agreement" means the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty Regarding the Status of Their Forces, signed in London on 19 June 1951;

e) "Protocol" means the Protocol on the Status of International Military Headquarters set up pursuant to the North Atlantic Treaty, signed in Paris on 28 August 1952.

Article 2

(1) The peacetime location of the various sections of Headquarters established in the Federal Republic of Germany shall be decided by agreement between the Federal Government and SHAPE.

(2) Any change of such location shall be decided upon in the same way.

(3) a) The Headquarters located in the Federal Republic of Germany shall be authorized to transfer their Headquarters temporarily in whole or in part for the purpose of exercises.

b) If manoeuvres or other training exercises are to be conducted by a Headquarters, or if they are to be carried out by order or under the control of a Headquarters, the Headquarters concerned shall be obliged in each individual case to give notice to the German authorities of the general plans of such manoeuvres or other training exercises. Headquarters participating in the manoeuvres or other training exercises shall give notice to the German authorities of the strength of their own and supporting units' personnel as well as vehicles (stating number and types of vehicles), intended for participation.

(4) a) The Federal Government shall, on the day of signature of the present Supplementing Agreement, be informed of the personnel strength of the Headquarters established in the Federal Republic of Germany.

b) Without prejudice to any special arrangements, SHAPE shall be authorized to in-

iii) tous autres Quartiers Généraux militaires internationaux subordonnés à SHAPE et installés dans la République fédérale d'Allemagne, pour autant que le Protocole leur est applicable en vertu de son article 14;

d) « Convention » signifie la Convention entre les Etats Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le Statut de leurs Forces, signée à Londres le 19 juin 1951;

e) « Protocole » signifie le Protocole sur le Statut des Quartiers Généraux militaires internationaux créés en vertu du Traité de l'Atlantique Nord, signé à Paris le 28 août 1952.

Article 2

(1) L'emplacement en temps de paix des divers éléments des Quartiers Généraux installés dans la République fédérale d'Allemagne sera fixé par accord entre le Gouvernement fédéral et SHAPE.

(2) Les modifications à ces emplacements seront décidées de la même façon.

(3) a) Les Quartiers Généraux se trouvant dans la République fédérale d'Allemagne sont autorisés à se déplacer provisoirement, en totalité ou en partie, pour des exercices.

b) Si des manœuvres ou autres exercices doivent être effectués par un Quartier Général ou s'ils doivent avoir lieu sur les instructions ou sous la conduite d'un Quartier Général, le Quartier Général intéressé a l'obligation, dans chaque cas, d'annoncer aux autorités allemandes les plans généraux de telles manœuvres ou autres exercices. Les Quartiers Généraux participant aux manœuvres ou autres exercices indiqueront aux autorités allemandes leurs propres effectifs et l'équipement en véhicules automobiles (nombre et catégories) ainsi que ceux de leurs unités de support dont la participation est prévue.

(4) a) Le Gouvernement fédéral sera informé, le jour de la signature du présent Accord supplémentaire, de l'importance des effectifs des Quartiers Généraux installés dans la République fédérale d'Allemagne.

b) Sans préjudice de règlements particuliers, SHAPE est autorisé à augmenter de 10% au

ser Hauptquartiere um maximal 10 v. H. über den bei der Unterzeichnung dieses Ergänzungsabkommens existierenden Stand hinaus zu erhöhen. Es bringt diese Stärke der Bundesregierung in regelmäßigen Zeitabständen von 6 Monaten zur Kenntnis. Sollte sich bei einer erneuten Erhöhung eine Überschreitung dieser Höchststärke ergeben, ist SHAPE verpflichtet, die vorherige Zustimmung der Bundesregierung zur Festsetzung eines anderen Prozentsatzes einzuholen, bis zu welchem die zu diesem Zeitpunkt vorhandene Stärke ohne Genehmigung erhöht werden darf.

c) Für die Durchführung von Manövern und anderen Übungen ist SHAPE berechtigt, die Personalstärke jedes dieser Hauptquartiere um mehr als 10 v. H. über den bei der Unterzeichnung dieses Ergänzungsabkommens existierenden Stand hinaus zu erhöhen. Die Erhöhung ist der Bundesregierung unter Angabe der Zeitdauer, für die sie gelten soll, mitzuteilen.

Artikel 3

SHAPE wird als Rechtspersönlichkeit (Artikel 10 des Protokolls) von dem Obersten Alliierten Befehlshaber Europa oder jeder anderen in seinem Auftrag handelnden Behörde vertreten.

Artikel 4

In Rechtsstreitigkeiten, an denen SHAPE vor einem deutschen Gericht beteiligt ist, kann die Bundesregierung im Namen von SHAPE auftreten, wenn sie hierzu aufgefordert wird. SHAPE hat der Bundesregierung die tatsächlich entstehenden Kosten zu erstatten.

Artikel 5

Soweit durch besondere Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und solchen Staaten, welche in der Bundesrepublik Deutschland Streitkräfte stationiert haben, die Rechtsstellung des Militär- und Zivilpersonals und der Angehörigen geregelt worden ist, bleiben die sich aus diesen Abkommen ergebenden Rechte und Pflichten unberührt.

Artikel 6

(1) Generalen und Admiralen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, die interalliierte Stellungen mit hoher Verantwortung bekleiden, können von

crease the personnel strength of each of these Headquarters by not more than 10 per cent above the level existing on the day of signature of this Supplementing Agreement. It shall inform the Federal Government of these strengths every six months. Where a fresh increase would cause the maximum strength to be exceeded, SHAPE shall be obliged to obtain the previous consent of the Federal Government to the establishment of a different percentage up to which the personnel strength existing at the time may be increased without approval

c) For the purpose of carrying out manoeuvres and other training exercises SHAPE shall be authorized to increase the personnel strength of each of these Headquarters by more than 10 per cent above the level existing on the day of signature of this Supplementing Agreement. The Federal Government shall be notified of this increase as well as of the period of time for which it is to apply.

Article 3

As a juridical personality (Article 10 of the Protocol) SHAPE shall be represented by the Supreme Allied Commander Europe or any other authority designated by him to act on his behalf.

Article 4

When so requested, the Federal Government may act in the name of SHAPE in any legal proceedings to which SHAPE is a party before German courts. SHAPE shall reimburse the Federal Government for any costs actually incurred.

Article 5

To the extent that the status of military and civilian personnel and their dependents has been regulated by separate agreements between the Federal Republic of Germany and such States as have armed forces stationed in the Federal Republic of Germany, the rights and obligations arising out of such agreements shall remain unaffected.

Article 6

(1) The following privileges and immunities may be accorded in whole or in part by the Federal Republic of Germany to flag officers and general of-

maximum les effectifs de chacun de ces Quartiers Généraux tels qu'ils existent lors de la signature du présent Accord supplémentaire. Il portera ces effectifs à la connaissance du Gouvernement fédéral à intervalles réguliers de six mois. Au cas où un nouvel accroissement entraînerait un dépassement de ces effectifs maxima, SHAPE est tenu de s'assurer l'accord préalable du Gouvernement fédéral sur la fixation d'un nouveau pourcentage dans les limites duquel pourront être élevés sans autorisation les effectifs existant à ce moment.

c) En vue de l'exécution de manœuvres et autres exercices, SHAPE est autorisé à augmenter de plus de 10 % les effectifs de chacun de ces Quartiers Généraux tels qu'ils existent au moment de la signature du présent Accord supplémentaire. L'augmentation doit être communiquée au Gouvernement fédéral avec indication de la durée pour laquelle elle doit être valable.

Article 3

En tant qu'investi de la personnalité juridique (article 10 du Protocole) SHAPE est représenté par le Commandant Suprême Allié en Europe ou par toute autre autorité désignée par lui pour agir en son nom.

Article 4

Dans les litiges où SHAPE est engagé devant un tribunal allemand, le Gouvernement fédéral peut ester en justice au nom de SHAPE s'il y est invité. SHAPE est tenu de rembourser au Gouvernement fédéral les dépenses effectivement encourues.

Article 5

Pour autant que le statut des personnels militaires et civils ainsi que des personnes à leur charge est réglé par des accords particuliers entre la République fédérale d'Allemagne et les Etats dont des Forces sont stationnées dans la République fédérale d'Allemagne, il ne sera pas porté atteinte aux droits et obligations découlant de ces accords.

Article 6

(1) Les officiers généraux et amiraux de nationalité autre qu'allemande occupant des postes interalliés de haute responsabilité peuvent se voir accor-

der Bundesrepublik Deutschland nachstehende Vorrechte und Befreiungen ganz oder teilweise gewährt werden:

a) für die Dauer ihres Auftrags
   i) Immunität von Festnahme und Haft,
   ii) Unverletzlichkeit der persönlichen Papiere und Dokumente,
   iii) Vergünstigungen in bezug auf Devisen- oder Währungsvorschriften, wie sie Diplomaten gewährt werden,
   iv) Befreiungen und Erleichterungen, wie sie Diplomaten bezüglich des persönlichen Gepäcks genießen;

b) unabhängig von der Dauer ihres Auftrags Immunität von der Gerichtsbarkeit bezüglich der von ihnen während der Dauer ihres Auftrags in amtlicher Eigenschaft und im Rahmen ihrer Befugnisse vorgenommenen Handlungen einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen.

(2) Der Oberste Alliierte Befehlshaber Europa ist berechtigt und verpflichtet, die Immunität von der Gerichtsbarkeit in allen Fällen aufzuheben, in denen sie nach seiner Auffassung verhindern würde, daß der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie aufgehoben werden kann, ohne die Interessen von SHAPE zu beeinträchtigen.

(3) Die Bundesregierung legt im Einvernehmen mit SHAPE den Personenkreis fest, dem die in Absatz 1 genannten Vorrechte und Befreiungen ganz oder teilweise gewährt werden.

Artikel 7

Diejenigen zivilen Bediensteten eines in der Bundesrepublik Deutschland errichteten Hauptquartiers, die nach der Dienstbezügeordnung der NATO besoldet werden und in der Verwaltung des Hauptquartiers eine Dauerstellung einnehmen sollen (internationales Personal), können von SHAPE unmittelbar eingestellt werden. Es bedarf für eine solche Beschäftigung weder einer Arbeits- noch einer Aufenthaltserlaubnis. Für dieses internationale Personal gelten die vom NATO-Rat festgelegten Beschäftigungsbedingungen.

Artikel 8

(1) a) Für die Beschäftigungsverhältnisse der sonstigen zivilen Bediensteten eines in der Bundesrepublik Deutschland errichteten Hauptquartiers (im folgenden als „zivile Arbeitskräfte" bezeichnet)

ficers of other than German nationality holding inter-allied positions of high responsibility:

a) for the period of their mission,
   i) immunity from arrest or detention,
   ii) inviolability of personal papers and documents,
   iii) facilities in respect of currency or foreign exchange restrictions as are accorded to diplomatic agents,
   iv) immunities and facilities in respect of personal baggage as are accorded to diplomatic agents;

b) irrespective of the period of their mission, immunity from legal process in respect of words spoken or written or acts done by them during the period of their mission in their official capacity and within the limits of their authority.

(2) The Supreme Allied Commander Europe has the right and is under a duty to waive the immunity from legal process in any case where, in his opinion, the immunity would impede the course of justice and can be waived without prejudice to the interests of SHAPE.

(3) The Federal Government will determine, in agreement with SHAPE, the categories of persons who will be granted all or part of the privileges and immunities mentioned in paragraph 1 of this Article.

Article 7

Such civilian employees of a Headquarters established in the Federal Republic of Germany as are to be paid in accordance with NATO established salary scales and as will hold permanent administrative assignments at the Headquarters (international personnel) may be recruited directly by SHAPE For such employment neither a work permit nor a residence permit is required. Such international personnel shall be governed by the conditions of employment laid down by the NATO Council.

Article 8

(1) a) German labour law, as applicable to civilian employees working with the German Armed Forces, with the exception of agreements governing working conditions and of the provisions of col-

der par la République fédérale d'Alle magne, en totalité ou en partie, les privilèges et immunités suivants:

a) pour la durée de leur mission,
   i) immunité d'arrestation ou de détention,
   ii) inviolabilité des papiers et documents personnels,
   iii) en ce qui concerne la réglementation monétaire ou de change, les mêmes avantages que ceux accordés aux agents diplomatiques,
   iv) en ce qui concerne les bagages personnels, les mêmes exemptions et facilités que celles dont jouissent les agents diplomatiques;

b) indépendamment de la durée de leur mission, immunité de juridiction pour les actes accomplis par eux, pendant la durée de leur mission, en leur qualité officielle et dans les limites de leur autorité, y compris leurs paroles et écrits.

(2) Le Commandant Suprême Allié en Europe a le droit et le devoir de lever l'immunité de juridiction dans tous les cas où, à son avis, l'immunité empêcherait que justice soit faite et où elle peut être levée sans porter préjudice aux intérêts de SHAPE.

(3) Le Gouvernement fédéral déterminera, en accord avec SHAPE, la liste des personnes auxquelles seront accordés, en totalité ou en partie, les privilèges et immunités indiqués au paragraphe 1 du présent article.

Article 7

Les employés civils d'un Quartier Général installé dans la République fédérale d'Allemagne rémunérés selon le régime des rémunérations de l'OTAN et destinés à occuper dans l'administration du Quartier Général un emploi permanent (personnel international) pourront être recrutés directement par SHAPE. Pour un tel emploi il n'est besoin ni d'autorisation de travail ni de permis de séjour. Ce personnel international sera soumis aux conditions d'emploi fixées par le Conseil de l'OTAN.

Article 8

(1) a) En ce qui concerne les conditions de travail des autres employés civils d'un Quartier Général installé dans la République fédérale d'Allemagne (dénommés ci-après « main-d'œuvre civile »), la lé

gelten die für die zivilen Bediensteten bei der Bundeswehr maßgebenden arbeitsrechtlichen Vorschriften, mit Ausnahme der Dienstvereinbarungen und der Bestimmungen der Tarifverträge, soweit nicht in diesem Ergänzungsabkommen etwas anderes bestimmt ist.

b) Bewirbt sich jemand um Beschäftigung bei einem solchen Hauptquartier, so obliegt es ausschließlich dem Bewerber, sofern es von ihm verlangt wird, den Nachweis zu erbringen, daß er nicht wegen einer strafbaren Handlung verurteilt worden ist. Kann der Bewerber ein polizeiliches Führungszeugnis nicht erlangen, so stellen ihm die deutschen Behörden nach den Vorschriften des deutschen Rechts einen Auszug aus dem Strafregister aus, falls er eine Bescheinigung des Hauptquartiers darüber vorlegt, daß er sich um Beschäftigung beworben hat, und sofern durch die Erteilung dieses Auszugs nicht wesentliche deutsche Interessen gefährdet werden.

c) Versetzungen aus dienstlichen Gründen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland bedürfen des schriftlichen Einverständnisses der zivilen Arbeitskräfte; diese Einverständniserklärung kann jederzeit abgegeben werden.

(2) Auf die zivilen Arbeitskräfte, lie bei einem in der Bundesrepublik)eutschland errichteten Hauptquartier ›eschäftigt sind, finden die Vorschrifen des deutschen Rechts über die ;ozialversicherung einschließlich der Jnfallversicherung, über die Arbeitsosenversicherung und über das Kinlergeld Anwendung. Träger der Unallversicherung ist die Bundesrepublik)eutschland. Die Hauptquartiere ertatten nach Maßgabe näherer Ver›inbarungen zwischen SHAPE und len zuständigen deutschen Behörden lie Aufwendungen, die der Bundesepublik Deutschland für die gesetzche Unfallversicherung der bei ihnen ›eschäftigten zivilen Arbeitskräfte :ntstehen.

(3) Die deutschen zivilen Arbeits:räfte, die bei einem in der Bundesepublik Deutschland errichteten Hauptquartier beschäftigt sind, werlen nur zu Diensten nichtsoldatischer Art, einschließlich ziviler Wachdienste, /erwendet.

(4) Den deutschen Behörden obliegt :s, im Einvernehmen mit den in der

lective tariff agreements, shall apply to the employment with a Headquarters established in the Federal Republic of Germany of other civilian employees (hereinafter called "civilian labour"), except as otherwise provided in the present Supplementing Agreement.

b) When seeking employment with such Headquarters, the applicant shall be exclusively responsible, if so required, for furnishing proof that he has not been convicted of any offence. If the applicant cannot obtain a police certificate, the German authorities shall, in accordance with the provisions of German law, provide him with an extract from the penal register if he presents a certificate from the Headquarters that he has applied for employment, and if the issue of such extract does not endanger any essential German interests.

c) Transfers for duty reasons within the Federal Republic of Germany shall require the written consent of the civilian employee concerned; such consent may be given at any time.

(2) The provisions of German law concerning social insurance, including accident insurance, unemployment insurance and children's allowance, shall apply to civilian labour working with a Headquarters established in the Federal Republic of Germany. The Federal Republic of Germany shall be the accident insurance carrier. The Headquarters shall, in accordance with detailed agreements to be concluded between SHAPE and the competent German authorities, refund any expenditure incurred by the Federal Republic of Germany in respect of the statutory accident insurance of civilian labour employed by the Headquarters.

(3) German civilian labour working with a Headquarters established in the Federal Republic of Germany shall only be engaged in services of a noncombatant nature, including civilian guard duties.

(4) The German authorities, in agreement with the Headquarters establish-

gislation du travail en vigueur pour les employés civils des Forces armées allemandes sera applicable, à l'exception des accords réglant les conditions de travail et des dispositions des conventions collectives, pour autant que le présent Accord supplémentaire n'en dispose pas autrement.

b) Lorsqu'une personne sollicite un emploi auprès d'un tel Quartier Général, il incombera à cette seule personne de fournir la preuve, si une telle preuve est exigée de sa part, qu'elle n'a subi aucune condamnation. Si cette personne ne peut obtenir un certificat de bonne conduite émanant des autorités de la police et si elle présente une attestation du Quartier Général établissant qu'elle a sollicité un emploi, les autorités allemandes lui délivreront, conformément aux prescriptions de la législation allemande, un extrait du casier judiciaire, si la communication de cet extrait ne porte pas atteinte à des intérêts allemands essentiels.

c) Toute mutation pour raisons de service en République fédérale d'Allemagne nécessitera que le consentement de l'employé civil intéressé soit donné par écrit; ce consentement pourra être donné à tout moment.

(2) La législation allemande en matière d'assurances sociales, y compris l'assurance-accidents, d'assurance-chômage et d'allocations pour enfants s'appliquera à la main-d'œuvre employée par un Quartier Général installé dans la République fédérale d'Allemagne. La République fédérale d'Allemagne sera l'organisme assureur en matière d'assurance-accidents. Les Quartiers Généraux rembourseront, conformément à des accords détaillés à conclure entre SHAPE et les autorités allemandes compétentes, les dépenses encourues par la République fédérale d'Allemagne au titre de l'assurance-accidents obligatoire de la main-d'œuvre civile employée par ces Quartiers Généraux.

(3) La main-d'œuvre civile allemande employée par un Quartier Général installé dans la République fédérale d'Allemagne ne pourra remplir que des emplois de non-combattants, y compris le gardiennage.

(4) Il appartiendra aux autorités allemandes, en accord avec les Quar-

Bundesrepublik Deutschland errichteten Hauptquartieren die als Grundlage für die einzelnen Arbeitsverträge dienenden Arbeitsbedingungen, einschließlich der Löhne, der Gehälter und der Einreihung der einzelnen Tätigkeitsarten in Lohn- und Gehaltsgruppen, festzusetzen und Tarifverträge abzuschließen.

(5) Die in der Bundesrepublik Deutschland errichteten Hauptquartiere haben gegenüber den zivilen Arbeitskräften die Befugnis zur Einstellung, zur Einstufung nach Maßgabe von Absatz 6 Sätze 2 bis 6, Zuweisung des Arbeitsplatzes, Ausbildung, Versetzung, Kündigung und Entgegennahme von Kündigungen.

(6) Die Hauptquartiere bestimmen die Zahl und Art der benötigten Arbeitsplatze gemäß der Einreihung der Tätigkeitsarten im Sinne von Absatz 4. Der einzelne Arbeitnehmer wird durch die Hauptquartiere vorläufig in die entsprechende Lohn- oder Gehaltsgruppe eingestuft. Diese Einstufung bedarf der Zustimmung der zuständigen deutschen Behörden. Die Zustimmung gilt als gegeben, wenn die deutschen Behörden nicht innerhalb von vierzehn Tagen nach Zugang der Mitteilung über die vorläufige Einstufung Einspruch erheben. Im Falle eines Einspruchs wird über die entsprechende Einstufung im Benehmen zwischen dem beteiligten Hauptquartier und den deutschen Behörden entschieden. Die Entlohnung für die Zeit der vorläufigen Einstufung wird gemäß der endgültigen Einstufung gezahlt; auf diese Vorschrift ist der Arbeitnehmer bei der vorläufigen Einstufung hinzuweisen.

(7) Soweit die deutschen Behörden Verwaltungsarbeiten ausführen, die mit der Beschäftigung von zivilen Arbeitskräften bei den in der Bundesrepublik Deutschland errichteten Hauptquartieren und mit der Entlohnung dieser Arbeitskräfte zusammenhängen, vergüten die Hauptquartiere nach Maßgabe näherer Vereinbarungen zwischen SHAPE und den zuständigen deutschen Behörden die Kosten dieser Verwaltungsarbeiten.

(8) Die für die zivilen Arbeitskräfte der Truppen der Entsendestaaten, die Vertragsparteien des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zum Abkommen sind, maßgebenden Vorschriften über die Betriebsvertretung gelten für die Betriebsvertretung der zivilen Arbeitskräfte der in der Bundesrepublik Deutschland errichteten Hauptquartiere sinngemäß.

ed in the Federal Republic of Germany, shall fix the terms and conditions of employment, including wages, salaries and job groupings, which shall serve as the basis for individual employment contracts, and shall conclude collective tariff agreements.

(5) The Headquarters established in the Federal Republic of Germany shall, in respect of civilian labour, have the right of engagement, classification in accordance with sentences 2 to 6 of paragraph 6 of this Article, and of placement, training, transfer, dismissal and acceptance of resignations.

(6) The Headquarters shall determine the number and type of jobs required and classify such jobs in accordance with the job groupings established under paragraph 4 of this Article. The individuals to fill such jobs shall be provisionally classified by the Headquarters in the appropriate wage or salary groups. This classification shall be subject to the approval of the competent German authorities. Such approval shall be deemed to have been given if the German authorities have not raised any objection within two weeks of the date of receipt of notification of the provisional classification. If an objection has been raised, the appropriate classification shall be determined by consultation between the Headquarters concerned and the German authorities. The remuneration for the period covered by the provisional classification shall be paid according to the final classification; the worker shall be so informed at the time of the provisional classification.

(7) Where the German authorities carry out administrative work in respect of the employment of civilian labour by the Headquarters established in the Federal Republic of Germany and of its remuneration, the cost of such administrative work shall be reimbursed by the Headquarters in accordance with detailed agreements to be concluded between SHAPE and the competent German authorities.

(8) The provisions concerning employees' representation as applicable to the civilian labour of the forces of the sending States which are Contracting Parties to the Agreement of 3 August 1959 to Supplement the Agreement, shall apply to the employees' representation of civilian labour of the Headquarters established in the Federal Republic of Germany mutatis mutandis.

tiers Généraux installés dans la Ré[illegible] blique fédérale d'Allemagne, de fi[illegible] les conditions de travail, y compris [illegible] salaires, les traitements et les échel[illegible] de classement des différentes caté[illegible] ries professionnelles (qui serviront [illegible] base aux contrats de travail indi[illegible] duels), ainsi que de conclure des c[illegible] ventions collectives.

(5) Les Quartiers Généraux inst[illegible] lés dans la République fédérale d'Al[illegible] magne auront le droit de procéder, [illegible] ce qui concerne la main-d'œuvre ci[illegible] le, à l'embauchage, au classement c[illegible] formément aux phrases 2 à 6 du pa[illegible] graphe 6 du présent article, à l'aff[illegible] tation, à la formation professionnel[illegible] aux mutations, aux licenciements, [illegible] d'accepter les démissions.

(6) Les Quartiers Généraux déter[illegible] neront le nombre et la nature des [illegible] plois nécessaires et classeront ces [illegible] plois conformément aux échelles [illegible] classement des catégories professi[illegible] nelles prévues au paragraphe 4 du p[illegible] sent article. Les Quartiers Généra[illegible] classeront provisoirement chaque sa[illegible] rié dans l'échelon de salaire ou [illegible] traitement approprié. Ce classem[illegible] sera soumis à l'approbation des au[illegible] rités allemandes compétentes. L'app[illegible] bation sera considérée comme acqu[illegible] si les autorités allemandes ne font [illegible] opposition dans un délai de deux [illegible] maines après réception de la notifi[illegible] tion de classement provisoire. En [illegible] d'opposition, le classement approp[illegible] sera déterminé par voie de consul[illegible] tion entre le Quartier Général inté[illegible] sé et les autorités allemandes. La [illegible] munération pour la période de clas[illegible] ment provisoire sera versée conf[illegible] mément au classement définitif; le [illegible] larié sera informé de cette dispositi[illegible] au moment de son classement pro[illegible] soire.

(7) Lorsque les autorités alleman[illegible] exécutent des tâches administrati[illegible] relatives à l'emploi et à la rémuné[illegible] tion de la main-d'œuvre civile e[illegible] ployée par les Quartiers Généra[illegible] installés dans la République fédér[illegible] d'Allemagne, les dépenses qui en [illegible] coulent seront remboursées par [illegible] Quartiers Généraux conformément [illegible] des accords détaillés à conclure en[illegible] SHAPE et les autorités alleman[illegible] compétentes.

(8) Les prescriptions en matière [illegible] représentation du personnel, appli[illegible] bles à la main-d'œuvre civile des F[illegible] ces des Etats d'origine qui sont part[illegible] à l'Accord du 3 août 1959 complét[illegible] la Convention, s'appliqueront muta[illegible] mutandis à la représentation du p[illegible] sonnel appartenant à la main-d'œu[illegible] civile des Quartiers Généraux inst[illegible] lés dans la République fédérale d'[illegible] lemagne.

Artikel 9

(1) Die Bundesrepublik Deutschland :währleistet, daß, unbeschadet von :nutzungsrechten der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten reitkräfte, die von den Hauptquar-:ren im Zeitpunkt des Inkrafttretens eses Ergänzungsabkommens benutz-n Liegenschaften in der Bundesrepublik Deutschland diesen so lange eiterüberlassen werden, wie sie für vecke der Hauptquartiere benötigt erden. Dies gilt nicht für Liegen-haften, die für den öffentlichen Ver-:hr und dessen Versorgungseinrich-ngen sowie für das Post- und Fern-eldewesen bestimmt sind; diese Lie-:nschaften werden zurückgegeben,)weit nicht zwischen den deutschen :hörden und den Hauptquartieren was anderes vereinbart worden ist.

(2) a) Liegenschaften, die rechtlich im Eigentum des Bundes stehen und den Hauptquartieren zur Benutzung überlassen worden sind oder werden, können von diesen unentgeltlich benutzt werden. Dies gilt nicht für die Benutzung von Liegenschaften, die im Eigentum oder unter der Verwaltung der Deutschen Bundesbahn oder der Deutschen Bundespost stehen.

b) Die Bundesrepublik Deutschland stellt sicher, daß, soweit nicht etwas anderes vereinbart worden ist oder wird, die Hauptquartiere für Liegenschaften, die rechtlich im Eigentum eines Landes stehen, von der Haftung für alle dem Land auf Grund des deutschen Rechts gegebenenfalls zustehenden Ansprüche auf Zahlung eines Entgelts befreit werden.

c) Die Hauptquartiere sind für die Instandsetzung und Instandhaltung und für die Verkehrssicherheit der ihnen zur Benutzung überlassenen Liegenschaften verantwortlich.

d) Die Unentgeltlichkeit der Benutzung von Liegenschaften nach den Buchstaben a und b umfaßt nicht

i) die Kosten für die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser, Wärme und Brennstoff,

ii) die Kosten der Instandsetzung und Instandhaltung,

Article 9

(1) The Federal Republic of Germany shall ensure that, without prejudice to the rights of use enjoyed by the forces stationed in the Federal Republic of Germany, accommodation in the Federal Republic of Germany used by the Headquarters at the time of the entry into force of the present Supplementing Agreement shall remain available to them for such time as it is required for the purposes of the Headquarters. This shall not apply to accommodation intended for public transport or its supply facilities or for postal services or telecommunications; such accommodation shall be released in so far as the German authorities and the Headquarters have not agreed otherwise.

(2) a) Accommodation legally owned by the Federation which has been or will be made available to the Headquarters for use may be used by the latter free of charge. This shall not apply to the use of accommodation owned or administered by the German Federal Railways or the German Federal Post.

b) Except to the extent that other arrangements have been or will be made, the Federal Republic of Germany shall ensure that, in respect of accommodation legally owned by a Land, the Headquarters will be exempt from liability for any possible claim to compensation that may be due to the Land under German law.

c) The Headquarters shall be responsible for the repair, maintenance and public safety of accommodation made available to them for use.

d) Exemption from payment for the use of accommodation, as set forth in sub-paragraphs a and b of this paragraph, shall not extend to:

i) the cost of the supply of electricity, gas and water, as well as of the heating and fuel,

ii) the cost of repairs and maintenance,

Article 9

(1) La République fédérale d'Allemagne assurera que, sans préjudice des droits d'utilisation des Forces armées stationnées en République fédérale d'Allemagne, les biens immobiliers dans la République fédérale d'Allemagne, utilisés par les Quartiers Généraux au moment de l'entrée en vigueur du présent Accord supplémentaire, continueront d'être mis à leur disposition aussi longtemps qu'ils seront nécessaires aux fins de ces Quartiers Généraux. Ceci ne s'appliquera pas aux biens immobiliers destinés aux transports publics et à leurs installations d'approvisionnement ainsi qu'aux services des postes et des télécommunications; ces biens immobiliers seront restitués pour autant qu'il n'en a pas été convenu autrement entre les autorités allemandes et les Quartiers Généraux.

(2) a) Les biens immobiliers qui appartiennent à la Fédération et qui ont été ou seront mis à la disposition des Quartiers Généraux pour leur usage, pourront être utilisés par ceux-ci à titre gratuit. Ceci ne s'appliquera pas aux biens immobiliers qui appartiennent aux Chemins de fer fédéraux allemands ou aux Postes fédérales allemandes, ou qui se trouvent placés sous leur administration.

b) Pour autant qu'il n'en a pas été ou qu'il n'en sera pas convenu autrement, la République fédérale d'Allemagne fera en sorte que les Quartiers Généraux, en ce qui concerne les biens immobiliers appartenant à un Land, soient dégagés de toute responsabilité en cas de revendication que le Land serait fondé, conformément au droit allemand, à présenter en vue d'obtenir une indemnisation.

c) Les Quartiers Généraux seront responsables de la réparation, de l'entretien ainsi que de la police et de la sécurité des biens immobiliers mis à leur disposition pour leur usage.

d) La gratuité de l'utilisation des biens immobiliers, prévue aux alinéas a) et b) du présent paragraphe, ne s'étendra pas:

i) aux frais d'approvisionnement en électricité, gaz et eau, chauffage et carburants,

ii) aux frais de réparation et d'entretien,

iii) die laufenden öffentlichen Lasten, soweit nach deutschem Recht der Bund zu ihrer Entrichtung oder Erstattung verpflichtet ist,

iv) die sonstigen Betriebskosten.

(3) Über die den Hauptquartieren von der Bundesrepublik Deutschland zur Benutzung überlassenen Liegenschaften sind schriftliche Überlassungsvereinbarungen zu schließen. In diese Überlassungsvereinbarungen sind insbesondere Angaben über Größe, Art, Lage, Zustand und Ausstattung der Liegenschaften sowie über Einzelheiten der Benutzung, über die Durchführung von Baumaßnahmen und über das Verfahren bei der Rückgabe der Liegenschaften aufzunehmen.

(4) Werden Liegenschaften nicht mehr benötigt, so sind sie nach vorheriger Benachrichtigung der deutschen Behörden unverzüglich zurückzugeben, soweit nicht vertraglich etwas anderes vereinbart worden ist oder wird. Bei der Rückgabe ist der Umfang der gemäß Artikel 9 Buchstabe b des Protokolls zu ersetzenden Werterhöhung oder Wertminderung festzustellen.

(5) Im übrigen steht es SHAPE frei, auf eigene Kosten Verträge über die von den Hauptquartieren im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland benötigten Liegenschaften, Nebeneinrichtungen und Dienstleistungen und über die Versorgung mit Wasser, Gas und Elektrizität sowie über die Abwasserbehandlung, Kanalreinigung, Müllabfuhr und Schornsteinreinigung abzuschließen. Vor Ausübung des in Artikel 10 des Protokolls vorgesehenen Rechts auf Erwerb von Liegenschaften wird SHAPE in jedem Einzelfall die Zustimmung der Bundesregierung einholen. Bei der Ausübung dieser Rechte sowie des Eigentumsrechts sind die Hauptquartiere verpflichtet, die deutschen Gesetze und sonstigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu beachten, soweit sie auf die Bundeswehr Anwendung finden. Auf Ersuchen eines Hauptquartiers gewährt die Bundesregierung beim Abschluß von Verträgen ihre Unterstützung.

Artikel 10

(1) Baumaßnahmen einschließlich Instandsetzungs- und Instandhaltungsarbeiten werden nach Maßgabe der deutschen Gesetze und sonstigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, soweit sie auf die Bundeswehr Anwendung finden und nicht im Widerspruch zu den Bestimmungen der

iii) current public charges to the extent that the Federation is obliged under German law to pay or reimburse such charges,

iv) other operating costs.

(3) Agreements shall be concluded in writing in respect of the accommodation made available by the Federal Republic of Germany to Headquarters for their use. Such agreements for use shall, in particular, contain data concerning size, type, location, condition and equipment of the accommodation, as well as details concerning its use, the execution of any construction works and the procedure applying to the release of the accommodation.

(4) Accommodation which is no longer needed shall, after prior notification to the German authorities, be released without delay, unless it has not been or will not be provided otherwise by agreement. On the release of the accommodation, the extent of any increase or loss in value to be adjusted in accordance with the provisions of paragraph b of Article 9 of the Protocol shall be determined.

(5) SHAPE shall be at liberty to conclude at its own expense contracts in respect of accommodation, ancillary installations and services required by the Headquarters in the territory of the Federal Republic of Germany as well as in respect of water, gas and electricity supply, sewage and garbage disposal, cleaning of drains and chimney sweeping. Before exercising the right to acquire accommodation envisaged in Article 10 of the Protocol, SHAPE shall in each case obtain the consent of the Federal Government. When exercising these rights and the right of property, the Headquarters shall be obliged to observe German legislation and other legal provisions and administrative regulations to the extent that they apply to the German Armed Forces. At the request of a Headquarters the Federal Government shall assist in the conclusion of contracts.

Article 10

(1) Construction works, including repairs and maintenance work, shall be carried out by the German authorities competent for Federal building, in accordance with German legislation and other legal provisions and administrative regulations in force, to the extent that they apply to the Ger-

iii) auch charges publiq courantes, dans la r sure où le droit al mand en impose le pa ment ou le rembour ment par la Fédérati

iv) aux autres frais d'expl tation.

(3) Des accords de cession port sur les biens immobiliers mis à la c position des Quartiers Généraux la République fédérale d'Allemag pour leur usage, seront conclus écrit. Ces accords de cession devi indiquer notamment l'importance, nature, l'emplacement, l'état de c servation et l'équipement des bi immobiliers ainsi que les conditi détaillées de leur utilisation, les i dalités d'exécution de travaux construction et les procédures ap cables à la restitution des biens mobiliers.

(4) Les biens immobiliers qui ne raient plus nécessaires seront re tués sans délai, après informat préalable des autorités allemanc sauf dispositions contraires prév dans des accords conclus ou à c clure ultérieurement. Lors de la re tution, il devra être procédé à la termination du montant de toute pl ou moins-value à rembourser c formément aux dispositions de l' néa b) de l'article 9 du Protocole.

(5) En outre, SHAPE pourra c tracter librement, à ses propres fr en vue de l'obtention des immeubl installations annexes et prestations service nécessaires aux Quartiers (néraux sur le territoire de la Ré blique fédérale d'Allemagne, de l' provisionnement en eau, gaz et él tricité ainsi que de l'évacuation eaux usées, le nettoyage des égo l'enlèvement des ordures ménagè et le ramonage des cheminées. Av d'exercer le droit d'acquérir des bi immobiliers, prévu à l'article 10 Protocole, SHAPE devra, dans cha cas particulier, obtenir l'accord Gouvernement fédéral. Dans l'ex cice de ces droits ainsi que du d de propriété, les Quartiers Génér sont tenus d'observer les prescripti légales et réglementaires allemand pour autant qu'elles s'appliquent Forces armées allemandes. Sur mande d'un Quartier Général, le G vernement fédéral lui accordera s assistance lors de la conclusion contrats.

Article 10

(1) Les travaux de construction compris les travaux de réparation d'entretien, seront exécutés par autorités allemandes compétentes p les constructions fédérales, confor ment aux prescriptions légales et glementaires allemandes, pour aut qu'elles s'appliquent aux Forces

ATO stehen, durch die für die Bun-esbauaufgaben zuständigen deut-hen Behörden durchgeführt.

(2) Das jeweils beteiligte Haupt-uartier kann

sich an der Ausarbeitung der Entwürfe beteiligen oder die Entwürfe und Baubeschreibungen selbst zur Verfügung stellen;

verlangen daß die Art der Vergabe und bei beschränkter Ausschreibung oder freihändiger Vergabe die Anzahl und Namen der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Unternehmen mit ihm vereinbart werden;

verlangen, daß der Zuschlag erst erteilt wird, wenn es schriftlich zugestimmt hat;

an der Überprüfung von Bauarbeiten teilnehmen und die Baupläne sowie alle einschlägigen Bauunterlagen und Abrechnungen einsehen.

(3) Die deutschen Behörden bestäti-en vorbehaltlich abweichender Ver-nbarungen dem Unternehmen die ıfriedenstellende Fertigstellung grö-erer Bauabschnitte nur im Einverneh-en mit dem jeweils beteiligten auptquartier; insbesondere entlassen e das Unternehmen aus seinen ver-aglichen Verpflichtungen nur nach hriftlicher Zustimmung des betref-enden Hauptquartiers.

(4) Die deutschen Behörden leiten erichtliche Verfahren im Zusammen-ang mit der Durchführung der Bau-aßnahmen nur nach vorheriger Füh-ıngnahme mit dem jeweils beteilig-en Hauptquartier ein. Sie halten das lauptquartier über die Einleitung, en Fortgang und den Abschluß jedes erfahrens auf dem laufenden. Sie chließen gerichtliche und außerge-chtliche Vergleiche nur mit vorheri-er Zustimmung des Hauptquartiers b.

(5) Das Hauptquartier gewährleistet, aß Zahlungen für die folgenden Auf-endungen bei Fälligkeit nach einem urch ein Verwaltungsabkommen fest-usetzenden Verfahren erfolgen:

) alle tatsächlichen Aufwendungen, zu denen die Bundesrepublik Deutschland nach deutschem Recht betreffend öffentliche Aufträge verpflichtet ist;

) Zahlungen, die mit Zustimmung des Hauptquartiers ohne Anerkennung einer Rechtspflicht geleistet werden;

) alle tatsächlichen Aufwendungen, die aus Maßnahmen der deutschen Behörden zur Wahrnehmung der Interessen des Hauptquartiers in Notfällen entstehen und nicht von Auftragnehmern zu tragen sind;

man Armed Forces and are not contrary to NATO regulations.

(2) The Headquarters concerned may

a) participate in the drafting of the plans or furnish plans and specifications itself;

b) require that the method of placing orders and, in the case of limited tender or of private contract, the number and identity of the contractors to be invited be agreed with it;

c) require that the contract shall be awarded only after it has given its consent in writing;

d) participate in the inspections of building work and examine building plans and all relevant documents and accounts.

(3) The German authorities shall, unless it is otherwise agreed, confirm to contractors the satisfactory completion of major sections of the work only in agreement with the Headquarters concerned; in particular they shall release the contractors from their contractual obligations only after receipt of a written consent from the Headquarters concerned.

(4) The German authorities shall institute legal proceedings in connection with the execution of construction works only after prior consultation with the Headquarters concerned. They shall keep the Headquarters informed about the institution, course and termination of any proceedings. They shall conclude settlements in and out of court only with the prior consent of the Headquarters.

(5) The Headquarters shall guarantee that the following expenditures will be paid on due dates in accordance with the procedure to be established by an administrative agreement:

a) any actual expenditure incumbent upon the Federal Republic of Germany under German legislation relating to public contracts;

b) ex gratia payments made with the consent of the Headquarters;

c) any actual expenditure, which cannot be charged to contractors, arising from measures taken by the German authorities in cases of emergency in order to safeguard the interests of the Headquarters;

mées allemandes et qu'elles ne sont pas en contradiction avec les prescriptions de l'OTAN.

(2) Le Quartier Général intéressé pourra

a) participer à l'élaboration des plans ou fournir lui-même les plans et descriptions;

b) exiger que soient soumis à son accord le mode d'adjudication et, en cas d'adjudication restreinte ou de libre choix de l'entreprise, le nombre et l'identité des entreprises devant être invités à soumissionner;

c) exiger que le contrat ne soit conclu que lorsque son consentement a été donné par écrit;

d) participer à l'inspection des travaux de construction et prendre connaissance des plans ainsi que de tous les documents et comptes y afférents.

(3) Sous réserve d'arrangements contraires, les autorités allemandes se mettront d'accord avec le Quartier Général intéressé avant de reconnaître la bonne exécution par l'entreprise de phases importantes des travaux de construction; en particulier, les autorités allemandes devront obtenir le consentement écrit du Quartier Général intéressé avant de libérer l'entreprise de ses obligations contractuelles.

(4) Les autorités allemandes n'introduiront aucune action en justice relative à l'exécution de travaux de construction, sans consultation préalable du Quartier Général intéressé. Elles tiendront le Quartier Général informé de l'introduction, du déroulement et de la clôture de chaque procédure. Elles ne feront de transactions judiciaires et extrajudiciaires qu'avec le consentement préalable du Quartier Général.

(5) Le Quartier Général assurera que les paiements pour les dépenses suivantes seront effectués à leur échéance selon une procédure à fixer par accord administratif:

a) toutes dépenses effectives qui incombent à la République fédérale d'Allemagne en vertu des dispositions du droit allemand régissant les marchés publics;

b) les paiements effectués à titre gracieux avec le consentement du Quartier Général;

c) toutes dépenses effectives qui découlent de mesures prises, dans des cas d'urgence, par les autorités allemandes pour sauvegarder les intérêts du Quartier Général et qui ne peuvent être mises à la charge du fournisseur;

d) alle tatsächlichen Aufwendungen aus der Durchführung von Verfahren vor deutschen Gerichten sowie aus gerichtlichen und außergerichtlichen Vergleichen.

(6) Die Hauptquartiere sind nach Maßgabe zu schließender Vereinbarungen berechtigt, die Unterlagen über die von den deutschen Zahlstellen geleisteten Zahlungen zu prüfen.

(7) Das jeweils beteiligte Hauptquartier entschädigt die deutschen Behörden nach Maßgabe des in Absatz 5 genannten Verwaltungsabkommens für ihre besonderen, mit der Durchführung der Baumaßnahmen zusammenhängenden Leistungen (Planung, Oberleitung, Bauführung).

(8) Die Hauptquartiere sind abweichend von Absatz 1 berechtigt, bei kleineren Bauvorhaben Baumaßnahmen einschließlich Instandsetzungs- und Instandhaltungsarbeiten nach dem bei ihnen üblichen Verfahren durch unmittelbare Vergabe an Unternehmen durchzuführen. Die deutschen Preisvorschriften für öffentliche Aufträge finden Anwendung.

Artikel 11

(1) Für die Hauptquartiere gelten in der Bundesrepublik Deutschland die deutschen Vorschriften zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten bei Menschen, Tieren und Pflanzen sowie zur Verhütung der Verbreitung und zur Bekämpfung von Pflanzenschädlingen, soweit nicht die Vorschriften der Hauptquartiere auf diesem Gebiet gleichwertige oder höhere Anforderungen stellen. Die Hauptquartiere können innerhalb der ihnen zur Benutzung überlassenen Liegenschaften ihre eigenen Vorschriften anwenden unter der Voraussetzung, daß sie hierdurch nicht die öffentliche Gesundheit oder den Pflanzenbau gefährden.

(2) Die Hauptquartiere und die deutschen Behörden unterrichten einander unverzüglich über den Verdacht, den Ausbruch, den Verlauf und das Erlöschen einer übertragbaren Krankheit sowie über die getroffenen Maßnahmen.

(3) Hält ein Hauptquartier zum Schutz der Gesundheit Maßnahmen in der Umgebung von ihm zur Benutzung überlassenen Liegenschaften für erforderlich, so schließt es über ihre Durchführung Vereinbarungen mit den deutschen Behörden.

(4) Sachen, deren Einfuhr nach deutschem Recht unzulässig ist, können mit Genehmigung der deutschen Behörden

d) any actual expenditure arising from legal proceedings before German courts and from settlements in and out of court.

(6) The Headquarters shall be entitled, in a manner to be agreed, to audit documents relative to payments made by the competent German payment agencies.

(7) The Headquarters concerned shall, pursuant to the administrative agreement referred to in paragraph 5 of this Article, compensate the German authorities for the special services performed by the latter in connection with the implementation of construction works (construction planning, supervision and inspection).

(8) Notwithstanding the provisions of paragraph 1 of this Article, the Headquarters shall, in connection with minor building projects, be entitled to carry out construction works, including repairs and maintenance work, by placing contracts directly with the contractors in accordance with their normal procedures. German price regulations regarding public contracts shall be applicable.

Article 11

(1) In the Federal Republic of Germany the German regulations for the prevention and control of infectious diseases of humans, animals and plants as well as for the prevention and control of plant pests shall apply to the Headquarters to the extent that the regulations of the Headquarters in these fields do not prescribe equal or higher standards. Within the accommodation made available for their use the Headquarters may apply their own regulations provided that neither public health nor the cultivation of plants is endangered thereby.

(2) The Headquarters and the German authorities shall promptly inform each other of the outbreak, or suspected outbreak, development and elimination of any infectious disease, as well as of the measures taken.

(3) If a Headquarters deems it necessary to take health protection measures in the vicinity of accommodations made available for its use, it shall reach agreement with the German authorities regarding the execution of such measures.

(4) Where German law prohibits the importation of certain articles, these articles may, with the approval of the

d) toutes dépenses effectives rés tant des actions introduites dev les tribunaux allemands ainsi des transactions judiciaires et trajudiciaires.

(6) Les Quartiers Généraux ser habilités, dans des conditions à terminer d'un commun accord, a v fier les documents relatifs aux pa ments effectués par les services fin ciers allemands.

(7) Le Quartier Général intéressé sera une indemnité aux autorités a mandes, conformément à l'accord ad nistratif prévu au paragraphe 5 du p sent article, pour les prestations s ciales effectuées par elles en co lation avec les travaux de constr tion (établissement des plans, s veillance et inspection des travau

(8) Par dérogation au paragraph du présent article, les Quartiers Gé raux sont autorisés, lorsqu'il s'agit travaux de construction de peu d' portance, à exécuter ces travaux, compris les travaux de réparation d'entretien, conformément à leurs p cédures habituelles, en passant marchés directement à des entrepris Les prescriptions allemandes régiss les prix des marchés publics ser applicables.

Article 11

(1) Dans la République fédér d'Allemagne, les règlements a mands relatifs à la prévention maladies contagieuses de l'hom des animaux et des plantes, à la lu contre ces maladies ainsi qu'à la p vention de la propagation des insec nuisibles aux plantes et à la lu contre ceux-ci seront applicables Quartiers Généraux pour autant les prescriptions des Quartiers Gé raux dans ce domaine ne prévoi pas d'exigences égales ou supéri res. A l'intérieur des biens immobili mis à leur disposition pour leur usa les Quartiers Généraux pourront pliquer leurs propres règlements, condition de ne pas mettre en dan la santé publique ou les plantatio

(2) Les Quartiers Généraux et autorités allemandes s'informeront ciproquement et immédiatement l'apparition ou de tout soupçon d' parition, de l'évolution et de l'exti tion d'une maladie contagieuse, ai que des mesures prises.

(3) Si un Quartier Général esti qu'il est nécessaire de prendre mesures de protection sanitaire d le voisinage des biens immobiliers à sa disposition, il se mettra d'acc avec les autorités allemandes au su de la mise en œuvre de ces mesu

(4) Lorsque le droit allemand int dit l'importation de certains articl ceux-ci pourront, avec l'approbat

nter der Voraussetzung, daß die ffentliche Gesundheit oder der Pflanenbau hierdurch nicht gefährdet weren, durch die in der Bundesrepublik eutschland errichteten Hauptquarere eingeführt werden. Die deutschen ehörden und die Hauptquartiere chließen Vereinbarungen über Grupen von Sachen, deren Einfuhr durch ie deutschen Behörden nach dieser estimmung genehmigt wird.

(5) Die in der Bundesrepublik eutschland errichteten Hauptquartiere önnen mit Genehmigung der deuthen Behörden die Untersuchung und berwachung der Sachen durchführen, ie von ihnen eingeführt werden. Sie ellen sicher, daß durch die Einfuhr olcher Sachen die öffentliche Gesundeit oder der Pflanzenbau nicht geihrdet werden.

Artikel 12

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ewährt den Hauptquartieren auf dem ebiet der Lieferungen und Leistungen eine ungünstigere Behandlung als der undeswehr.

(2) Die Hauptquartiere können von ezugsquellen in der Bundesrepublik eutschland Lieferungen und Leistunen beschaffen, die für den Betrieb der auptquartiere benötigt werden. Die eutschen Preisvorschriften für öffentche Aufträge finden Anwendung. Auf rsuchen der Hauptquartiere sind die eutschen Behörden bei Beschaffungen ieser Art behilflich.

(3) Das Recht der deutschen Behörden, üter zu benennen, deren Ankauf zur ermeidung ungünstiger Auswirkunen auf die deutsche Wirtschaft berenzt oder untersagt werden muß, ird nicht beeinträchtigt.

(4) Die in der Bundesrepublik eutschland errichteten Hauptquartiere ürfen überschüssige oder unbrauchare Güter gemäß näheren Vereinarungen mit den deutschen Behörden eräußern. Die Erfüllung der Verflichtungen, welche die Veräußerung ach der deutschen Zoll-, Verbraucheuer-, Monopol- und Außenwirthaftsgesetzgebung zur Folge hat, ist ache des Erwerbers. Die Hauptquarere gestatten die Entfernung der üter nur dann, wenn eine Bescheinung der deutschen Zollbehörde mit er Bestätigung vorgelegt wird, daß lles Erforderliche geregelt ist. Im alle der Veräußerung von Kriegsaffen wird deren Entfernung außerem nur dann gestattet, wenn der in ussicht genommene Erwerber der tatichlichen Gewalt über diese Kriegsaffen und derjenige (ausgenommen ie Hauptquartiere), der die Kriegsaffen befördern lassen oder selbst efördern will, eine Genehmigung nach

German authorities and provided that neither public health nor the cultivation of plants is endangered thereby, be imported by Headquarters established in the Federal Republic of Germany. The German authorities and the Headquarters shall agree on categories of articles, the import of which is approved by the German authorities under this provision.

(5) The Headquarters established in the Federal Republic of Germany may, with the approval of the German authorities, carry out the examination and control of articles imported by them. They shall ensure that neither public health nor the cultivation of plants is endangered as a result of the importation of such articles.

Article 12

(1) The Federal Republic of Germany shall accord to the Headquarters treatment in the matter of procurement of goods and services not less favourable than is accorded to the German Armed Forces.

(2) The Headquarters may procure from sources in the Federal Republic of Germany goods and services required for the operation of the Headquarters. The German price regulations regarding public contracts shall be applicable. At the request of the Headquarters the German authorities shall assist in such procurement.

(3) The right of the German authorities to indicate any article the purchase of which has to be restricted or forbidden in order to avoid any adverse effects on the German economy, shall not be prejudiced.

(4) The Headquarters established in the Federal Republic of Germany may dispose of surplus or unserviceable goods in accordance with detailed agreements to be concluded with the German authorities. The fulfilment of the obligations under the German customs, excise, fiscal monopoly or foreign trade and payments legislation arising from the disposal of the goods shall be the responsibility of the person acquiring such goods. The Headquarters shall permit the removal of the goods only on production of a certificate from the German customs authority concerned to the effect that all relevant matters have been settled. Where war weapons are to be disposed of, their removal shall moreover be permitted only if the person expected to acquire actual control over them and the person (with the exception of the Headquarters) who intends to have them transported or to transport them himself, produce a licence

des autorités allemandes et sous réserve qu'il n'en résulte aucun danger pour la santé publique ou pour les plantations, être importés par les Quartiers Généraux installés dans la République fédérale d'Allemagne. Les autorités allemandes et les Quartiers Généraux se mettront d'accord sur les catégories d'articles dont l'importation est approuvée par les autorités allemandes aux termes de la présente disposition.

(5) Les Quartiers Généraux installés dans la République fédérale d'Allemagne pourront, avec l'autorisation des autorités allemandes, procéder à l'examen et au contrôle des articles importés par eux. Ils veilleront à ce que l'importation de tels articles ne constitue aucun danger pour la santé publique ou pour les plantations.

Article 12

(1) En matière de fournitures et prestations, la République fédérale d'Allemagne accordera aux Quartiers Généraux un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui accordé aux Forces armées allemandes.

(2) Les Quartiers Généraux pourront se procurer dans la République fédérale d'Allemagne les fournitures et prestations nécessaires à leur fonctionnement. Les prescriptions allemandes régissant les prix des marchés publics seront applicables. Sur demande des Quartiers Généraux, les autorités allemandes leur prêteront leur assistance en vue de l'obtention de ces fournitures et prestations.

(3) Il ne sera pas porté atteinte au droit des autorités allemandes de désigner les marchandises dont l'achat doit être limité ou interdit pour éviter que ces achats n'aient un effet dommageable pour l'économie allemande.

(4) Les Quartiers Généraux installés dans la République fédérale d'Allemagne sont autorisés à aliéner les marchandises excédentaires ou inutilisables, conformément à des accords détaillés à conclure avec les autorités allemandes. Il appartiendra à l'acquéreur de remplir les obligations qui, aux termes de la législation allemande en matière de douanes, d'impôts de consommation, de monopoles ou de relations économiques extérieures, résultent de l'aliénation des biens. Les Quartiers Généraux ne permettront l'enlèvement des biens que sur production d'un certificat de l'autorité douanière allemande attestant que toutes les dispositions nécessaires ont été prises. Dans le cas de l'aliénation d'armes de guerre, leur enlèvement sera en outre soumis à la condition que le futur acquéreur du pouvoir effectif de disposition de ces armes de guerre et la personne (autre que les Quartiers Généraux) qui se pro-

dem deutschen Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen vom 20. April 1961 vorlegen.

(5) a) SHAPE vergütet der Bundesrepublik Deutschland den Verkehrswert von Gütern, die aus Besatzungskosten-, Auftragsausgaben- oder Stationierungskostenmitteln oder aus sonstigen deutschen Mitteln beschafft worden sind und einem Hauptquartier von einem Entsendestaat zu nicht nur vorübergehendem Gebrauch überlassen werden. Grundlage für die Ermittlung des Verkehrswerts ist der Zustand der Güter im Zeitpunkt ihrer Überlassung an das Hauptquartier.

b) Wenn Vermögensgegenstände der genannten Art einem Hauptquartier zu nur vorübergehendem Gebrauch überlassen werden, so ist für die Dauer des Gebrauchs an die Bundesrepublik Deutschland eine Nutzungsvergütung zu zahlen.

c) Einzelheiten werden durch Verwaltungsabkommen geregelt.

Artikel 13

Die Hauptquartiere dürfen bei Kreditinstituten in der Bundesrepublik Deutschland in jeder Währung Konten unterhalten. Die Einlagen sind frei konvertierbar.

Artikel 14

(1) Die Hauptquartiere unterliegen nicht den direkten Steuern auf Grund von Tatbeständen, die ausschließlich in den Bereich ihrer dienstlichen Tätigkeit fallen, und hinsichtlich des dieser Tätigkeit gewidmeten Vermögens. Dies gilt jedoch nicht, soweit die Steuern durch eine Beteiligung der Hauptquartiere am deutschen Wirtschaftsverkehr und hinsichtlich des diesem Wirtschaftsverkehr gewidmeten Vermögens entstehen. Lieferungen und sonstige Leistungen der Hauptquartiere an ihr Personal (Truppe und, soweit die in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b Ziffern i und ii des Protokolls genannten Voraussetzungen vorliegen, Zivilpersonal ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit) und an die Angehörigen des Personals werden nicht als Beteiligung am deutschen Wirtschaftsverkehr im Sinne dieser Vorschrift angesehen.

as required under the German Law of 20 April 1961 for the Control of War Weapons.

(5) a) SHAPE shall reimburse the Federal Republic of Germany for the market value of goods procured from occupation costs, mandatory expenditures or support costs funds or from other German funds and made available to a Headquarters by a sending State for other than temporary use. The market value shall be determined on the basis of the condition of the goods at the time when they are made available to the Headquarters.

b) Where property of the type mentioned above is made available to a Headquarters for temporary use only, compensation shall be paid to the Federal Republic of Germany for the period of such use.

c) Details shall be the subject of administrative agreements.

Article 13

The Headquarters may operate accounts in any currency with credit institutes in the Federal Republic of Germany. The deposits shall be freely convertible.

Article 14

(1) The Headquarters shall not be subject to direct taxation in respect of matters falling exclusively within the scope of their official activities, nor in respect of property devoted to such activities. This, however, shall not apply in respect of taxes which may arise from commercial trading by the Headquarters in the German economy or in respect of property devoted to this purpose. Deliveries made and services rendered by the Headquarters to their personnel (force and such civilian personnel, irrespective of nationality, as are covered by the provisions of items i and ii of sub-paragraph b of paragraph 1 of Article 3 of the Protocol) and to the dependents of their personnel, shall not be regarded as commercial trading in the German economy within the meaning of this provision.

pose de faire transporter ou de tra porter elle-même ces armes de gue produisent une autorisation confor à la Loi allemande du 20 avril 1961 le contrôle des armes de guerre.

(5) a) SHAPE remboursera à la publique fédérale d'Alle gne la valeur marchande biens acquis au titre des b gets des frais d'occupati des dépenses imposées des frais d'entretien ou tous autres fonds allema et qui auront été transfé à un Quartier Général par Etat d'origine pour une u sation non provisoire. La leur marchande sera dét minée en fonction de la c dition des biens au mom de leur transfert au Quart Général.

b) Si des biens des catégo énumérées ci-dessus ne s transférés à un Quartier néral qu'en vue d'une utili tion provisoire, une indem té d'utilisation sera versé la République fédérale d'A magne pour la durée de c te utilisation.

c) Les détails d'application ront réglés par accord ad nistratif.

Article 13

Les Quartiers Généraux sont aut sés à posséder dans tous les établis ments de crédit dans la Républi fédérale d'Allemagne des comptes n'importe quelle monnaie. Les dép pourront être convertis librement.

Article 14

(1) Les Quartiers Généraux ne ser pas soumis au paiement d'impôts rects en ce qui concerne les faits re vant exclusivement de leurs activi propres et les biens affectés à ces tivités. Toutefois, cette disposition sera pas applicable lorsque le fait nérateur de l'impôt résulte de la pa cipation des Quartiers Généraux l'ensemble de l'activité économiq allemande, et il en sera de même ce qui concerne les biens affectés cette activité. Les fournitures et aut prestations effectuées par les Qu tiers Généraux pour le compte de l personnel (personnel militaire et p sonnel civil, dans la mesure où ce d nier répond aux conditions indiqu aux points i et ii de l'alinéa b) paragraphe 1 de l'article 3 du Pro cole, quelle que soit la nationalité bénéficiaire) ainsi que des person à charge du personnel ne seront considérées comme participation l'ensemble de l'activité économiq allemande au sens de la présente d position.

(2) a) Die Hauptquartiere sind von der Umsatzsteuer für Lieferungen und sonstige Leistungen befreit, die ausschließlich in den Bereich ihrer dienstlichen Tätigkeit fallen. Absatz 1 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

b) Lieferungen und sonstige Leistungen an ein Hauptquartier, die von diesem in Auftrag gegeben werden und für den Gebrauch oder den Verbrauch durch das Hauptquartier oder durch den in Absatz 1 Satz 3 bezeichneten Personenkreis bestimmt sind, sind von der Umsatzsteuer befreit.

c) Für Lieferungen werden dem Lieferer unter den in Buchstabe b aufgeführten Voraussetzungen auf Antrag die im deutschen Umsatzsteuerrecht für den Fall der Ausfuhr vorgesehenen Vergütungen gewährt.

d) Die Vergünstigungen nach den Buchstaben b und c werden auch gewährt, wenn deutsche Behörden Beschaffungen oder Baumaßnahmen für ein Hauptquartier durchführen.

e) Die Steuerbefreiungen und -vergütungen sind bei der Berechnung des Preises zu berücksichtigen. Lieferungen an ein Hauptquartier gelten als Lieferungen im Großhandel.

f) Die Vergünstigungen nach den Buchstaben b und c werden nur gewährt, wenn den zuständigen deutschen Behörden nachgewiesen wird, daß die Voraussetzungen dafür vorliegen. Die Art dieses Nachweises wird durch Vereinbarung zwischen den deutschen Behörden und SHAPE festgelegt.

(3) Beförderungsleistungen für die auptquartiere sind von der Beförde- ıngsteuer in dem gleichen Umfang :freit wie Beförderungsleistungen für e Deutsche Bundeswehr.

(4) Von der Kraftfahrzeugsteuer be- eit ist das Halten von Fahrzeugen, lange sie ausschließlich im Dienste r Hauptquartiere verwendet werden ıd ein deutlich erkennbares Zeichen

(2) a) The Headquarters shall be exempt from turnover tax in respect of deliveries and services falling exclusively within the scope of their official activities. The provisions of the second and third sentences of paragraph 1 of this Article shall apply mutatis mutandis.

b) Deliveries and services ordered by a Headquarters for the use of, or consumption by, the Headquarters or the category of persons defined in the third sentence of paragraph 1 above, shall be exempt from turnover tax.

c) On request, suppliers shall be granted, on the conditions mentioned in sub-paragraph b of this paragraph, such refunds as are provided for in the German Turnover Tax Law in the event of export.

d) The relief referred to in subparagraphs b and c of this paragraph shall also be granted if German authorities carry out procurement or construction works for a Headquarters.

e) Tax exemptions and refunds shall be taken into account in calculating prices. Deliveries to a Headquarters shall be deemed to be wholesale deliveries.

f) The relief referred to in subparagraphs b and c of this paragraph shall only be granted subject to proof being furnished to the appropriate German authorities that the requirements for such grant are fulfilled. The form of furnishing such proof shall be established by agreement between the German authorities and SHAPE.

(3) Transportation services rendered to Headquarters shall be exempt from transportation tax to the same extent as transportation services rendered to the German Armed Forces are so exempted.

(4) The operation of motor vehicles shall be exempt from motor-vehicle tax as long as such vehicles are used exclusively in the service of the Headquarters and bear a clearly identifiable

(2) a) Les Quartiers Généraux seront exempts de l'impôt sur le chiffre d'affaires pour les fournitures et autres prestations qui relèvent exclusivement de leurs activités officielles. La deuxième et troisième phrase du paragraphe 1 ci-dessus s'appliquera mutatis mutandis.

b) Les fournitures et autres prestations effectuées pour le compte d'un Quartier Général, qui sont commandées par ce dernier et sont destinées à être utilisées ou consommées par le Quartier Général ou par les personnes indiquées à la troisième phrase du paragraphe 1 ci-dessus, seront exemptes de l'impôt sur le chiffre d'affaires.

c) En ce qui concerne les fournitures, le fournisseur bénéficiera, sur sa demande, des remboursements prévus en cas d'exportation par la Loi allemande relative à l'impôt sur le chiffre d'affaires, aux conditions prévues à l'alinéa b) du présent paragraphe.

d) Les avantages prévus aux alinéas b) et c) du présent paragraphe seront également accordés lorsque les autorités allemandes passent des marchés ou exécutent des travaux de construction pour le compte d'un Quartier Général.

e) Il sera tenu compte, dans le calcul du prix, des exemptions et remboursements fiscaux. Les fournitures effectuées pour le compte d'un Quartier Général seront considérées comme des livraisons en gros.

f) Les avantages prévus aux alinéas b) et c) du présent paragraphe seront accordés sous réserve qu'il soit prouvé aux autorités allemandes compétentes que les conditions de leur octroi sont remplies. Les autorités allemandes et SHAPE fixeront d'un commun accord la manière dont cette preuve doit être fournie.

(3) Les transports effectués pour le compte des Quartiers Généraux seront exempts de l'impôt sur les transports dans la même mesure que les transports effectués pour les Forces armées allemandes.

(4) Sera exempte de l'impôt sur les véhicules automobiles la détention des véhicules tant que ceux-ci sont utilisés exclusivement au service des Quartiers Généraux et qu'ils portent

führen, aus dem sich ihre Zugehörigkeit zu einem Hauptquartier ergibt.

(5) Mit Bezug auf Steuern, die in diesem Artikel nicht ausdrücklich erwähnt sind oder künftig eingeführt werden, wird, falls sich die Notwendigkeit hierzu ergibt, in Besprechungen zwischen der Bundesregierung und SHAPE geprüft, ob die Hauptquartiere befreit werden sollen.

Artikel 15

(1) Die in Artikel XI Absatz 4 des Abkommens genannten Zollvergünstigungen werden den Hauptquartieren bei der Einfuhr von Waren gewährt, die im Eigentum von SHAPE stehen oder die den Hauptquartieren auf Grund von Verträgen geliefert werden, die unmittelbar mit nicht im Geltungsbereich des deutschen Zollgesetzes vom 14. Juni 1961 ansässigen Personen geschlossen worden sind.

(2) Für Waren, die sich in Zollfreigebieten oder im Zollverkehr befinden und den Hauptquartieren auf Grund von Verträgen geliefert werden, die mit im Geltungsbereich des deutschen Zollgesetzes vom 14. Juni 1961 ansässigen Personen geschlossen worden sind, werden die Zölle und Verbrauchsteuern einschließlich der Umsatzausgleichsteuer nicht erhoben unter der Voraussetzung, daß das Entgelt aus Mitteln der Hauptquartiere geleistet wird. Unter der gleichen Voraussetzung werden für Waren, die aus dem zollrechtlich freien Verkehr an die Hauptquartiere geliefert werden, die Abgabenbefreiungen oder -vergütungen oder Preisvergünstigungen gewährt, die in den Zoll-, Verbrauchsteuer- und Monopolvorschriften für den Fall der Ausfuhr vorgesehen sind.

(3) Die besonderen Anordnungen, die in Artikel XI Absatz 11 des Abkommens für Treib- und Schmierstoffe vorgesehen sind, werden im Einklang mit dem vorstehenden Absatz 2 getroffen.

(4) Die vorgenannten Vergünstigungen sind davon abhängig, daß das Vorliegen ihrer Voraussetzungen den zuständigen deutschen Behörden nachgewiesen wird. Die Art dieses Nachweises wird durch Vereinbarung zwischen den deutschen Behörden und SHAPE festgelegt.

Artikel 16

(1) Waren, die von den Hauptquartieren abgabenbegünstigt eingeführt oder beschafft worden sind, können an die dazu berechtigten Personen in Messen, Bars, Kantinen und Marketendereien nach Maßgabe näherer Ver-

mark indicating that they belong to a Headquarters.

(5) With regard to any taxes which are not explicitly mentioned in this Article or which may be introduced in the future, the question of whether or not the Headquarters should be exempt therefrom shall, if the need should arise, be considered in discussions between the Federal Government and SHAPE.

Article 15

(1) The relief from customs duties referred to in paragraph 4 of Article XI of the Agreement shall be granted to the Headquarters on the importation of goods which are the property of SHAPE or which are delivered to the Headquarters in fulfilment of contracts concluded directly with a person or persons not domiciled within the territory where the German Customs Law of 14 June 1961 applies.

(2) Customs duties and excise taxes, including turnover equalization tax, shall not be levied in respect of goods which are withdrawn from free zones or from continuous customs control for delivery to the Headquarters under contracts concluded with a person or persons domiciled within the territory where the German Customs Law of 14 June 1961 applies, provided that payment therefor is made out of funds of the Headquarters. On the same condition, goods in free circulation delivered to a Headquarters shall be granted the exemptions, refunds and price discounts provided for in customs, excise and fiscal monopoly legislation in the event of export.

(3) The special arrangements in respect of fuel, oil and lubricants provided for in paragraph 11 of Article XI of the Agreement shall be made in conformity with paragraph 2 of the present Article.

(4) The above-mentioned relief shall be granted subject to proof being furnished to the appropriate German authorities that the requirements for such grant are fulfilled. The form of furnishing proof shall be established by agreement between the German authorities and SHAPE.

Article 16

(1) Goods imported or procured by the Headquarters under duty and tax relief may be sold or distributed to the authorized persons in messes, bars, canteens and sales stores in accordance with detailed agreements to be

une marque distinctive aisément id- tifiable indiquant leur appartenanc un Quartier Général.

(5) En ce qui concerne les imp qui ne sont pas mentionnés expres ment dans le présent article ou qui raient institués à l'avenir, la quest de savoir si les Quartiers Génér en seront exempts sera examinée, besoin est, au cours de pourpar entre le Gouvernement fédéral SHAPE.

Article 15

(1) La franchise de droits de dou prévue au paragraphe 4 de l'article de la Convention sera accordée Quartiers Généraux pour l'importat des marchandises qui sont la prop té de SHAPE ou qui sont livrées Quartiers Généraux en exécution contrats passés directement avec personnes dont le domicile ne se tr ve pas dans le champ d'application ritoriale de la Loi douanière al mande du 14 juin 1961.

(2) Les droits de douane et les pôts de consommation, y compris taxe de péréquation sur le chiffre d faires, ne seront pas perçus sur marchandises qui se trouvent dans zones franches ou sous le régime d anier suspensif et sont livrées Quartiers Généraux en exécution contrats passés avec des person dont le domicile se trouve dans champ d'application territoriale de Loi douanière allemande du 14 j 1961, à condition que le paiement effectué sur les fonds des Quarti Généraux. A la même condition, exemptions, remboursements de dr et taxes et les réductions de prix, p vus en cas d'exportation par la lé lation sur les douanes, les impôts consommation et les monopoles, ront accordés aux marchandises en bre circulation fournies aux Quarti Généraux.

(3) Les dispositions spéciales p vues au paragraphe 11 de l'article de la Convention, pour les carbura et lubrifiants, seront prises confor ment aux dispositions du paragraph du présent article.

(4) Les avantages prévus ci-des seront accordés sous réserve qu'il s prouvé aux autorités allemandes co pétentes que les conditions de leur troi sont remplies. Les autorités al mandes et SHAPE fixeront d'un co mun accord la manière dont c preuve doit être fournie.

Article 16

(1) Les marchandises qui seront portées ou achetées en franchise droits et taxes par les Quartiers Gé raux pourront être vendues ou céd aux personnes autorisées à cet e dans les mess, bars, cantines ou é

inbarungen zwischen SHAPE und den uständigen deutschen Behörden verauft oder abgegeben werden.

(2) Berechtigte Personen sind

) ohne Einschränkung das in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a des Protokolls genannte Personal,

) im Rahmen der von der Bundesregierung festgelegten Grenzen das zivile Gefolge und die Angehörigen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstaben b und c des Protokolls.

(3) Hat ein Hauptquartier eigene lessen, Bars, Kantinen oder Markeendereien in der Bundesrepublik eutschland nicht eingerichtet, so kann en berechtigten Personen nach Maßabe von Absatz 2 die Benutzung entprechender Einrichtungen der ihm am ächsten liegenden Streitkräfte gestatet werden.

(4) Die berechtigten Personen der lauptquartiere, die nicht die deutsche taatsangehörigkeit besitzen, haben uch Zutritt zu ähnlichen Einrichtungen rer nationalen Streitkräfte, sofern iese damit einverstanden sind. Der mfang der diesen Personen zustehenen Vergünstigungen darf hierdurch icht erweitert werden.

(5) Die in diesen Einrichtungen erorbenen Waren dürfen nicht an Pernen veräußert werden, die zum Ererb dieser Waren nicht berechtigt nd, soweit nicht die zuständigen eutschen Behörden allgemein oder — ach vorheriger Benachrichtigung — n Einzelfall Ausnahmen zugelassen aben.

Artikel 17

(1) Die Hauptquartiere treffen alle ngemessenen Maßnahmen, um Mißräuche zu verhindern, die sich aus der inräumung von Vergünstigungen und efreiungen auf zoll-, steuer- und ußenwirtschaftsrechtlichem Gebiet ereben könnten. Sie arbeiten mit den eutschen Behörden bei der Verhütung nd der Verfolgung von Zoll-, Steuernd Außenwirtschaftszuwiderhandlunen eng zusammen.

(2) Die Hauptquartiere stellen insesondere sicher, daß den berechtigten ersonen im Rahmen des Artikels 16 estimmte Waren nur in den vorgeehenen Mengen zur Verfügung geellt werden.

Artikel 18

Die Hauptquartiere nehmen grunditzlich die zivilen Postdienste der undesrepublik Deutschland oder die ilitärischen Postdienste der in der undesrepublik Deutschland stationier-

concluded between SHAPE and the competent German authorities.

(2) Authorized persons shall be,

a) without any restriction, all personnel referred to in sub-paragraph a of paragraph 1 of Article 3 of the Protocol,

b) within the limits defined by the Federal Government, the civilian component and the dependents within the meaning of sub-paragraphs b and c of paragraph 1 of Article 3 of the Protocol.

(3) Where a Headquarters has not established its own messes, bars, canteens or sales stores in the Federal Republic of Germany, authorized persons within the meaning of paragraph 2 of this Article may be permitted to use the corresponding facilities of the nearest force.

(4) Authorized persons of the Headquarters of non-German nationality shall also have access to similar facilities of their national forces if the latter so agree. This shall not widen the extent of the relief to which such persons are entitled.

(5) Goods acquired at such facilities shall not be disposed of to persons not authorized to acquire such goods, unless exceptions have been permitted generally or—after prior notification —in individual cases by the competent German authorities.

Article 17

(1) The Headquarters shall take all appropriate measures to prevent abuses which might result from the granting of relief and exemptions in the fields of customs, tax and foreign trade and payments legislation. They shall closely co-operate with the German authorities in the prevention and prosecution of customs, tax and foreign trade and payments offences.

(2) In particular, the Headquarters shall ensure that, in accordance with the provisions of Article 16 of the present Supplementing Agreement, certain goods are made available to authorized persons only in the quantities specified.

Article 18

The Headquarters shall normally use the civilian postal services of the Federal Republic of Germany or the military postal services of the forces stationed in the Federal Republic of

nomats, conformément aux accords détaillés à conclure entre SHAPE et les autorités allemandes compétentes.

(2) On entend par personnes autorisées:

a) sans restrictions, le personnel désigné à l'alinéa a) du paragraphe 1 de l'article 3 du Protocole;

b) dans les limites fixées par le Gouvernement fédéral, l'élément civil et les personnes à charge au sens des alinéas b) et c) du paragraphe 1 de l'article 3 du Protocole.

(3) Au cas où un Quartier Général n'a pas organisé de mess, bars, cantines ou économats dans la République fédérale d'Allemagne, les personnes autorisées définies au paragraphe 2 du présent article pourront être autorisées à utiliser les installations correspondantes existant auprès des Forces les plus proches.

(4) Les personnes autorisées des Quartiers Généraux qui ne possèdent pas la nationalité allemande auront également accès aux installations semblables de leurs Forces armées nationales, à condition que ces dernières y consentent. Cette disposition n'autorise toutefois pas l'extension des avantages accordés à ces personnes.

(5) Les marchandises acquises dans ces installations ne pourront être cédées à des personnes non autorisées à leur acquisition, à moins que les autorités allemandes compétentes n'aient accordé une dérogation générale ou, après communication préalable, une dérogation dans un cas particulier.

Article 17

(1) Les Quartiers Généraux prendront toutes mesures propres à empêcher les abus qui pourraient résulter de l'octroi d'avantages et d'exemptions dans les domaines douanier, fiscal ainsi que des relations économiques extérieures. Ils coopéreront étroitement avec les autorités allemandes pour prévenir ou poursuivre les infractions à la réglementation des douanes, des impôts et des relations économiques extérieures.

(2) Les Quartiers Généraux veilleront en particulier à ce que certaines marchandises ne soient mises à la disposition des personnes autorisées, au titre de l'article 16 du présent Accord, que dans les quantités déterminées.

Article 18

Les Quartiers Généraux feront usage en principe des services de la poste civile de la République fédérale d'Allemagne ou des services militaires de la poste des Forces stationnées dans la

ten Streitkräfte mit deren Zustimmung in Anspruch. Soweit ausnahmsweise die Einrichtung eines integrierten militärischen Postamts für ein in der Bundesrepublik Deutschland errichtetes Hauptquartier erforderlich wird, geschieht dies nach Vereinbarung zwischen dem Hauptquartier und der Deutschen Bundespost.

Artikel 19

(1) Die Hauptquartiere benutzen die öffentlichen Fernmeldedienste der Bundesrepublik Deutschland, soweit nicht in diesem Artikel etwas anderes vorgesehen ist. Für die Benutzung der öffentlichen Fernmeldedienste gelten die jeweiligen deutschen Vorschriften, soweit nicht in diesem Abkommen etwas Abweichendes bestimmt ist. Bei der Anwendung der deutschen Vorschriften werden die Hauptquartiere nicht ungünstiger als die Bundeswehr behandelt.

(2) Die in der Bundesrepublik Deutschland errichteten Hauptquartiere können, soweit dies für militärische Zwecke erforderlich ist,

a) Drahtfernmeldeanlagen innerhalb der von ihnen benutzten Liegenschaften,
b) feste Richtfunkverbindungen und Erdefunkstellen für Satelliten-Fernmeldedienste im Einvernehmen mit den deutschen Behörden,
c) sonstige Funkstellen für feste und bewegliche Funkdienste jeder Art — ausgenommen Ton- und Fernsehrundfunksendestellen für Unterhaltungszwecke —,
d) zeitweilig Fernmeldeanlagen jeder Art für den Einsatz bei Übungen, Manövern oder in Fällen eines Notstandes

errichten, betreiben und unterhalten.

(3) Die in der Bundesrepublik Deutschland errichteten Hauptquartiere können Drahtfernmeldeanlagen außerhalb der von ihnen benutzten Liegenschaften mit Zustimmung der deutschen Behörden errichten, betreiben und unterhalten, wenn

a) zwingende Gründe der militärischen Sicherheit vorliegen oder
b) die deutschen Behörden nicht in der Lage sind oder darauf verzichten, die erforderlichen Anlagen zu schaffen.

(4) Die von den Hauptquartieren im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland errichteten Fernmeldeanlagen können an das öffentliche Fernmeldenetz der Bundesrepublik Deutschland angeschlossen werden, wenn sie mit diesem Netz technisch

Germany with the approval of the latter. Where, exceptionally, the establishment of an integrated military post office is required for a Headquarters established in the Federal Republic of Germany, this shall be effected by agreement between the Headquarters and the German Federal Post.

Article 19

(1) In so far as this Article does not provide otherwise, the Headquarters shall use the public telecommunication services of the Federal Republic of Germany. Subject to other arrangements provided for in the present Supplementing Agreement, such use shall be governed by the German regulations in force at the time. In the application of such regulations, the treatment accorded to the Headquarters shall be no less favourable than that accorded to the German Armed Forces.

(2) To the extent required for military purposes, the Headquarters established in the Federal Republic of Germany may set up, operate and maintain

a) wire telecommunication facilities within accommodation used by them,
b) fixed radio relay links and earth stations for satellite communications services in agreement with the German authorities,
c) other radio stations for fixed and mobile services of any kind, with the exception of sound and television broadcasting stations for entertainment purposes,
d) temporarily, telecommunication facilities of any kind for training exercises and manoeuvres, or in cases of emergency.

(3) With the consent of the German authorities the Headquarters established in the Federal Republic of Germany may set up, operate and maintain wire telecommunication facilities outside accommodation used by them, if

a) compelling reasons of military security exist, or
b) the German authorities are either not in a position to provide, or forgo the provision of, the facilities required.

(4) Telecommunication facilities established by the Headquarters in the territory of the Federal Republic of Germany may be interconnected with the public network of the Federal Republic of Germany if they are technically and operationally suitable to

République fédérale d'Allemagne a
le consentement de ces dernières.
à titre exceptionnel, il s'avère néc
saire pour un Quartier Général insta
dans la République fédérale d'Allen
gne d'établir un bureau de poste m
taire intégré, cette mesure sera pr
après accord entre le Quartier Gé
ral et les Postes fédérales allemand

Article 19

(1) Les Quartiers Généraux utili
ront les services publics des téléc
munications de la République fédé
d'Allemagne, dans la mesure où
n'en est pas décidé autrement aux t
mes du présent article. Les conditi
d'utilisation seront conformes aux pr
criptions allemandes en vigueur, s
réserve des dérogations prévues d
le présent Accord. Lors de l'appli
tion des prescriptions allemandes,
Quartiers Généraux ne seront pas t
tés moins favorablement que les F
ces armées allemandes.

(2) Les Quartiers Généraux instal
dans la République fédérale d'Allen
gne pourront, dans la mesure requ
pour atteindre les buts militaires, é
blir, exploiter et entretenir:

a) des installations de télécommu
cations par fil à l'intérieur
biens immobiliers qu'ils utilisent
b) en accord avec les autorités a
mandes, des liaisons fixes par
gnes hertziennes et des stati
terriennes de télécommunicati
par satellites,
c) d'autres stations de radiocommu
cation pour des services de rad
communication fixes et mobiles
toute nature — à l'exception
stations d'émission de radiodif
sion et de télévision destinées
des fins de divertissement —,
d) à titre temporaire, des installati
de télécommunications de toute
ture pour des exercices militai
des manœuvres ou en cas d'
gence.

(3) Avec l'accord des autorités al
mandes, les Quartiers Généraux inst
lés dans la République fédérale d'
lemagne pourront établir, exploiter
entretenir des installations de téléc
munications par fil à l'extérieur
biens immobiliers qu'ils utilisent

a) lorsque la sécurité militaire l'ex
de façon impérative ou
b) lorsque les autorités allemandes
sont pas à même d'établir les i
tallations nécessaires ou renonc
à les établir.

(4) Les installations de télécom
nications établies par les Quarti
Généraux sur le territoire de la Ré
blique fédérale d'Allemagne pourr
être reliées au réseau de télécom
nications public de la République
dérale d'Allemagne si elles sont c

und betrieblich vereinbar sind. Die Übergangsstellen werden im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt.

(5) a) Die Hauptquartiere berücksichtigen bei der Errichtung und beim Betrieb von Fernmeldeanlagen die Bestimmungen des Internationalen Fernmeldevertrages von Genf 1959 oder einer an seine Stelle tretenden Übereinkunft und die sonstigen die Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet des Fernmeldewesens bindenden internationalen Übereinkünfte.

b) Die Hauptquartiere sind an die unter Buchstabe a genannten Bestimmungen jedoch insoweit nicht gebunden, als die Bundeswehr nach innerdeutschen Vorschriften davon befreit ist.

(6) a) Die Hauptquartiere treffen alle zumutbaren Maßnahmen, um Störungen des deutschen Fernmeldebetriebs durch Fernmelde- oder andere elektrische Anlagen der Hauptquartiere zu vermeiden oder zu beseitigen.

b) Die deutschen Behörden treffen im Rahmen der deutschen Vorschriften alle zumutbaren Maßnahmen, um Störungen des Fernmeldebetriebes der Hauptquartiere durch deutsche Fernmelde- oder andere elektrische Anlagen zu vermeiden oder zu beseitigen.

(7) a) Die zu benutzenden Funkfrequenzen einschließlich ihrer kennzeichnenden Merkmale werden zwischen den Hauptquartieren und den deutschen Behörden vereinbart.

b) Das Verfahren für die Frequenzzuteilung, für die Änderung oder Zurückziehung von Frequenzzuteilungen sowie für die beschleunigte Zuteilung von Frequenzen zum Zwecke einer vorübergehenden Benutzung bei Übungen und Manövern wird zwischen den Hauptquartieren und den deutschen Behörden besonders geregelt. Diese Regelung wird in Übereinstimmung mit den einschlägigen Verfahren und Empfehlungen der NATO getroffen.

such network. The points of interconnection shall be determined by mutual agreement.

(5) a) In establishing and operating telecommunication facilities the Headquarters shall observe the provisions of the International Telecommunication Convention, Geneva 1959, or of such other instrument as may replace it, and of any other international instruments in the field of telecommunications binding on the Federal Republic of Germany.

b) The Headquarters shall be exempt from the provisions referred to in sub-paragraph a of this paragraph to the extent that such exemption is granted to the German Armed Forces under German domestic regulations.

(6) a) The Headquarters shall take all measures which can reasonably be expected of them to avoid or eliminate interference caused to German telecommunication services by the telecommunication or other electrical facilities of the Headquarters.

b) The German authorities shall, within the scope of German regulations, take all measures which can reasonably be expected of them to avoid or eliminate interference caused to the telecommunication services of the Headquarters by German telecommunication or other electrical facilities.

(7) a) The radio frequencies to be used, including their specific data, shall be agreed between the Headquarters and the German authorities.

b) The procedure for the assignment of frequencies, for changes or withdrawals of frequencies already assigned and for an accelerated assignment of frequencies for temporary use during training exercises and manoeuvres, shall be laid down by special agreement between the Headquarters and the German authorities. Such agreement shall be in accordance with relevant NATO procedures and recommendations.

patibles avec ce réseau sur le plan technique et de l'exploitation. Les lieux d'interconnexion seront fixés d'un commun accord.

(5) a) Les Quartiers Généraux tiendront compte, pour l'établissement et l'exploitation des installations de télécommunications, des dispositions de la Convention internationale des télécommunications conclue en 1959 à Genève, ou de tout instrument qui pourrait la remplacer, ainsi que des autres instruments internationaux qui lient la République fédérale d'Allemagne dans le domaine des télécommunications.

b) Les Quartiers Généraux ne seront toutefois pas liés par les dispositions visées à l'alinéa a) du présent paragraphe dans la mesure où elles ne s'appliquent pas aux Forces armées allemandes en vertu des prescriptions internes allemandes.

(6) a) Les Quartiers Généraux prendront toutes mesures raisonnablement exigibles en vue d'éviter ou d'éliminer les perturbations causées aux services de télécommunications allemands par les installations de télécommunications ou autres installations électriques exploitées par les Quartiers Généraux.

b) Les autorités allemandes prendront, dans le cadre des prescriptions allemandes, toutes mesures raisonnablement exigibles en vue d'éviter ou d'éliminer les perturbations causées par les installations de télécommunications ou autres installations électriques allemandes aux services de télécommunications exploités par les Quartiers Généraux.

(7) a) Les fréquences-radio à utiliser ainsi que leurs signaux caractéristiques seront fixés d'un commun accord entre les Quartiers Généraux et les autorités allemandes.

b) La procédure d'attribution, de changement ou de retrait de fréquences et la procédure accélérée d'attribution de fréquences à utiliser temporairement en période d'exercices et de manœuvres feront l'objet d'un règlement spécial entre les Quartiers Généraux et les autorités allemandes. Ce règlement sera pris conformément aux procédures et recommendations pertinentes de l'OTAN.

Artikel 20

(1) Die Bereitstellung von Leistungen der öffentlichen Fernmeldedienste wird von den Hauptquartieren bei der zuständigen Dienststelle der Deutschen Bundespost beantragt. Die Anträge werden schriftlich gestellt. Bei dringendem Bedarf können sie ausnahmsweise fernmündlich, fernschriftlich oder telegraphisch gestellt werden. Solche Anträge sind binnen 48 Stunden durch den Antragsteller schriftlich zu bestätigen.

(2) Die für den Betrieb eines in der Bundesrepublik Deutschland errichteten Hauptquartiers benötigten Fernmeldeleitungen werden nach dem vom „Alliierten Amt für Fernmeldeweitverbindungen (ALLA)" vorgeschriebenen Verfahren und den von der Deutschen Bundespost hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen über die zuständigen Dienststellen der Bundeswehr bei der Deutschen Bundespost beantragt.

(3) Die Nebenstellenanlagen der in der Bundesrepublik Deutschland errichteten Hauptquartiere können sowohl untereinander als auch mit denen der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Streitkräfte und der Bundeswehr durch Regel- und Ausnahmequerverbindungen zusammengeschaltet werden. Die Herstellung solcher Leitungen wird auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt und bedarf in jedem Einzelfall einer Vereinbarung zwischen den Vertretern der Hauptquartiere und dem Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen.

Article 20

(1) Applications for public telecommunication services shall be made by the Headquarters to the competent agency of the German Federal Post. Applications shall be submitted in writing. In the event of urgent necessity applications may, in exceptional cases, be made by telephone, teleprinter or telegraph. Such applications shall be followed by written confirmation from the applicant within 48 hours.

(2) Applications for telecommunication lines required for the operation of a Headquarters established in the Federal Republic of Germany shall be made through the competent agencies of the German Armed Forces to the German Federal Post pursuant to the procedure prescribed by the Allied Long Lines Agency (ALLA) and the implementing regulations issued by the German Federal Post.

(3) Private branch exchanges may be interconnected by local-area and out-of-area tie lines, both between the several Headquarters established in the Federal Republic of Germany and between them and the forces stationed in the Federal Republic of Germany and the German Armed Forces. Such interconnections shall be limited to the indispensable minimum and shall in each specific case require an agreement between representatives of the Headquarters and the Federal Ministry of Posts and Telecommunications.

Article 20

(1) Les demandes d'utilisation des services de télécommunications publics seront présentées par les Quartiers Généraux au service compétent des Postes fédérales allemandes. Les demandes seront présentées par écrit. Exceptionnellement, elles pourront en cas d'urgence être adressées par téléphone, téléscripteur ou télégraphe. Ces demandes devront être confirmées par écrit par leur auteur dans les 48 heures.

(2) Les circuits de télécommunications nécessaires au fonctionnement d'un Quartier Général installé dans la République fédérale d'Allemagne seront demandés aux Postes fédérales allemandes, sous couvert des services compétents des Forces armées allemandes, conformément aux procédures prescrites par l'Agence alliée des lignes à grande distance (ALLA) et aux dispositions d'application arrêtées à ce sujet par les Postes fédérales allemandes.

(3) Les installations supplémentaires des Quartiers Généraux installés dans la République fédérale d'Allemagne pourront être interconnectées soit entre elles, soit avec celles des Forces stationnées dans la République fédérale d'Allemagne ou celles des Forces armées allemandes par des lignes de rattachement normales et exceptionnelles. Le nombre de ces circuits sera limité au minimum indispensable, et l'installation de chaque circuit sera soumise à un accord entre les représentants des Quartiers Généraux et le Ministère fédéral des Postes et Télécommunications.

Artikel 21

(1) Die deutschen Verkehrsvorschriften gelten für Hauptquartiere sowie für das Militär- und Zivilpersonal und für Angehörige im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstaben a, b und c des Protokolls, soweit nicht in den Absätzen 2 bis 6 etwas anderes bestimmt ist.

(2) Die Hauptquartiere unterliegen hinsichtlich ihrer Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger nicht den Vorschriften über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter.

(3) Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger eines Hauptquartiers werden von den zuständigen deutschen Behörden registriert und zugelassen, wenn sie ihren regelmäßigen Standort in der Bundesrepublik Deutschland haben. Sie müssen ein deutlich erkennbares Zeichen führen, aus dem sich ihre Zugehörigkeit zu einem Hauptquartier ergibt; die zuständige

Article 21

(1) Unless otherwise provided for in paragraphs 2 to 6 of this Article, German traffic regulations shall apply to the Headquarters as well as their military and civilian personnel and to dependents within the meaning of subparagraphs a, b and c of paragraph 1 of Article 3 of the Protocol.

(2) With regard to their motor vehicles and trailers, the Headquarters shall not be subject to the regulations concerning compulsory insurance of holders of motor vehicles.

(3) Motor vehicles and trailers of a Headquarters shall, if they are regularly stationed in the territory of the Federal Republic of Germany, be registered and licensed by the competent German authorities. They must bear a clearly identifiable mark indicating that they belong to a Headquarters; the competent German authority may in specific cases grant ex-

Article 21

(1) Les prescriptions allemandes relatives à la circulation seront applicables aux Quartiers Généraux ainsi qu'au personnel militaire et civil et aux personnes à charge au sens des alinéas a), b) et c) du paragraphe 1 de l'article 3 du Protocole, pour autant qu'il n'en est pas disposé autrement aux paragraphes 2 à 6 du présent article.

(2) En ce qui concerne leurs véhicules automobiles et remorques, les Quartiers Généraux ne seront pas soumis aux prescriptions obligeant les détenteurs de véhicules automobiles à contracter une assurance-responsabilité.

(3) Les véhicules automobiles et remorques d'un Quartier Général seront immatriculés et autorisés à circuler par les autorités allemandes compétentes si ces véhicules et remorques ont leur point d'attache régulier dans la République fédérale d'Allemagne. Ils devront porter une marque distinctive aisément identifiable indiquant qu'ils appartiennent à un Quartier Gé-

deutsche Behörde kann hiervon in besonders gelagerten Einzelfällen Ausnahmen genehmigen. Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger der Hauptquartiere werden hinsichtlich der Gebühren für Maßnahmen im Straßenverkehr wie Dienstfahrzeuge der Bundeswehr behandelt.

(4) Die zuständigen deutschen Behörden werden hinsichtlich der Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger der Hauptquartiere Ausnahmen von den deutschen Vorschriften über den Bau, die Ausführung und die Ausrüstung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern genehmigen, soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben der Hauptquartiere unter gebührender Berücksichtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dringend geboten ist.

(5) Abweichungen von den Vorschriften über das Verhalten im Straßenverkehr sind einem Hauptquartier unter den gleichen Voraussetzungen und in dem gleichen Umfang gestattet wie der Bundeswehr, wenn die Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger ein deutlich erkennbares Zeichen führen, aus dem sich ihre Zugehörigkeit zu einem Hauptquartier ergibt.

(6) Militärische und zivile Führerscheine, die dem Militär- und Zivilpersonal eines Hauptquartiers sowie den Angehörigen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstaben a, b und c des Protokolls von einem Mitgliedstaat der Organisation des Nordatlantikvertrags ausgestellt worden sind, werden für das Führen von Kraftfahrzeugen in der Bundesrepublik Deutschland als gültig anerkannt unter der Voraussetzung, daß dem Führerschein eine deutsche Übersetzung beigefügt ist. Die Übersetzung muß von dem Hauptquartier, dem der Inhaber des Führerscheins angehört, beglaubigt sein und Dienstgrad oder Amtsbezeichnung des Inhabers enthalten; das Hauptquartier beglaubigt ferner die Übersetzung von Führerscheinen der Angehörigen seines Militär- und Zivilpersonals. Die deutschen Vorschriften über die Entziehung von Fahrerlaubnissen bleiben unberührt.

Artikel 22

(1) Die Haftung eines Hauptquartiers für Schäden nach Artikel VIII des Abkommens in Verbindung mit Artikel 2 des Protokolls wird dadurch, daß den Hauptquartieren Befreiungen von deutschen Vorschriften zustehen, nicht berührt. Stehen der Bundeswehr gleiche Befreiungen zu, so ist eine Entschädigung nur zu gewähren, wenn und soweit auch für Schäden, welche

ceptions from this provision. Motor vehicles and trailers of the Headquarters shall, in respect of fees charged for road traffic measures, be treated in the same way as service vehicles of the German Armed Forces.

(4) Subject to due regard being paid to public safety and order, the competent German authorities shall, in respect of motor vehicles and trailers of the Headquarters, grant exceptions from the German regulations concerning the construction, design and equipment of motor vehicles and trailers to the extent that such exception is urgently necessary for the fulfilment of the functions of the Headquarters.

(5) Deviations from the regulations governing conduct in road traffic shall be permitted to a Headquarters on such conditions and to such extent as are permitted to the German Armed Forces, if the motor vehicles and trailers bear a clearly identifiable mark indicating that they belong to a Headquarters.

(6) Military and civilian driving licences issued by a Member State of the North Atlantic Treaty Organization to the military and civilian personnel of a Headquarters and to dependents within the meaning of subparagraphs a, b and c of paragraph 1 of Article 3 of the Protocol, shall be regarded as valid for the operation of motor vehicles in the Federal Republic of Germany on condition that a German translation is attached to the licence. The translation shall be certified by the Headquarters to which the holder of the licence is assigned and shall show the rank or official position of the holder; the Headquarters shall also certify translations of driving licences held by dependents of its military and civilian personnel. The German regulations concerning the withdrawal of driving licences shall remain unaffected.

Article 22

(1) The liability of a Headquarters for damage under Article VIII of the Agreement, in conjunction with Article 2 of the Protocol, shall not be affected by the fact that the Headquarters enjoy exemption from German regulations. Where the German Armed Forces enjoy the same exemptions, compensation shall be payable only if and to the extent that com-

néral; l'autorité allemande compétente pourra accorder des exceptions à ces dispositions dans des cas particuliers. En ce qui concerne les droits perçus pour des mesures prises en matière de circulation routière, les véhicules automobiles et remorques des Quartiers Généraux seront soumis au même traitement que les véhicules de service des Forces armées allemandes.

(4) En ce qui concerne les véhicules automobiles et remorques des Quartiers Généraux, les autorités allemandes compétentes accorderont des exceptions aux prescriptions allemandes relatives à la construction, aux caractéristiques et à l'équipement des véhicules automobiles et remorques dans la mesure où cela s'impose de façon impérieuse pour l'accomplissement des tâches des Quartiers Généraux, compte dûment tenu de la sécurité et de l'ordre publics.

(5) Des dérogations aux prescriptions relatives à la circulation routière seront accordées à un Quartier Général aux mêmes conditions et dans la même mesure qu'aux Forces armées allemandes lorsque les véhicules automobiles et remorques portent une marque distinctive aisément identifiable indiquant qu'ils appartiennent à un Quartier Général.

(6) Les permis de conduire militaires et civils qui ont été délivrés par un Etat membre du Traité de l'Atlantique Nord au personnel militaire et civil d'un Quartier Général ainsi qu'aux personnes à charge au sens des alinéas a), b) et c) du paragraphe 1 de l'article 3 du Protocole, seront acceptés pour la conduite de véhicules automobiles dans la République fédérale d'Allemagne, à condition qu'une traduction en langue allemande soit annexée au permis de conduire. La traduction devra être certifiée conforme par le Quartier Général auquel appartient le titulaire du permis de conduire et indiquer le grade ou la fonction du titulaire; en outre, le Quartier Général certifiera conforme la traduction des permis de conduire des membres de son personnel militaire et civil. Cette disposition ne portera pas atteinte aux prescriptions allemandes relatives au retrait des permis de conduire.

Article 22

(1) Les exemptions aux prescriptions allemandes dont bénéficient les Quartiers Généraux n'affecteront pas leur responsabilité en matière de dommages, conformément aux dispositions de l'article VIII de la Convention en corrélation avec celles de l'article 2 du Protocole. Lorsque les Forces armées allemandes bénéficient des mêmes exemptions, l'indemnisation ne sera

die Bundeswehr verursacht, eine Entschädigung zu gewähren ist.

(2) a) Mit Ausnahme von Fällen, in denen nach Fühlungnahme mit den in Betracht kommenden Hauptquartieren und den Streitkräften der in Betracht kommenden Entsendestaaten nicht festgestellt werden kann, ob ein Hauptquartier für den Verlust oder Schaden verantwortlich ist, stellt das Hauptquartier Bescheinigungen über die in Artikel VIII Absatz 8 des Abkommens genannten Fragen aus; auf Ersuchen der deutschen Behörden überprüft es diese Bescheinigungen, falls eine deutsche Behörde oder ein deutsches Gericht bei der Prüfung des Entschädigungsantrags zu der Ansicht gelangt, daß Umstände vorliegen, die zu einer von dem Inhalt der Bescheinigung abweichenden Beurteilung der Frage führen können.

b) Bleibt eine Meinungsverschiedenheit bestehen, die nicht in weiteren, auf höherer Ebene geführten Erörterungen beseitigt werden kann, so ist das in Artikel VIII Absatz 8 des Abkommens vorgesehene Verfahren anzuwenden.

c) Die deutschen Behörden oder Gerichte treffen ihre Entscheidung im Einklang mit der Bescheinigung oder gegebenenfalls der Entscheidung des Schiedsrichters.

(3) a) Ist durch ein Ereignis, das einen nach Artikel VIII Absatz 5 des Abkommens abzugeltenden Schaden eines Dritten verursacht hat, auch dem beteiligten Hauptquartier ein Schaden entstanden und ist der Dritte für diesen Schaden entschädigungspflichtig, so ist der Entschädigungsanspruch des Hauptquartiers gegen den Entschädigungsanspruch des Dritten aufzurechnen.

b) Nach Maßgabe eines Verwaltungsabkommens macht die Bundesrepublik Deutschland auf Antrag eines Hauptquartiers Ansprüche, die diesem wegen eines im Bundesgebiet verursachten Schadens gegen im Bundesgebiet ansässige Personen entstanden sind, für das Hauptquartier geltend; dies gilt nicht für vertragliche Ansprüche. Aufwendungen, die der Bundesrepublik Deutschland bei der Geltendmachung der Ansprüche

pensation is payable for damage caused by the latter.

(2) a) Except in cases where, after inquiry of the Headquarters concerned and of forces of the sending States concerned, it is not possible to establish whether the loss or damage is attributable to a Headquarters, the Headquarters shall furnish a certificate concerning the questions dealt with in paragraph 8 of Article VIII of the Agreement; it shall, at the request of the German authorities, review such certificate if, during investigation of a claim, a German authority or a German court considers that circumstances exist which would lead to an inference different from that contained therein.

b) If a difference of opinion remains that cannot be resolved in further discussions at higher level, the procedure provided for in paragraph 8 of Article VIII of the Agreement shall be followed.

c) The German authorities or courts shall make their decision in conformity with the certificate or the decision of the arbitrator, as the case may be.

(3) a) In cases where an occurrence causing damage to a third party and compensable under paragraph 5 of Article VIII of the Agreement has also given rise to damage to the Headquarters concerned, and where the third party is liable to compensate for such damage, the claim of the Headquarters shall be set off against the claim of the third party.

b) The Federal Republic of Germany shall, in accordance with an administrative agreement and at the request of a Headquarters, assert for that Headquarters claims against persons resident in the Federal territory and arising out of damage caused there to such Headquarters; this shall not apply to contractual claims. Such expenses which the Federal Republic of Germany incurs in asserting claims over and above the

accordée que dans la mesure où elle le serait également pour les dommages causés par ces Forces.

(2) a) Sauf dans les cas où, après enquête auprès des Quartiers Généraux intéressés et des Forces des Etats d'origine intéressées, il est impossible de déterminer si la perte ou le dommage est imputable à un Quartier Général, ce dernier délivrera des certificats en ce qui concerne les questions visées au paragraphe 8 de l'article VIII de la Convention; il réexaminera ces certificats à la demande des autorités allemandes si, au cours de l'instruction d'une demande d'indemnité, une autorité allemande ou un tribunal allemand estime qu'il existe des éléments susceptibles de conduire à une conclusion différente de celle qui est contenue dans le certificat.

b) S'il subsiste une divergence de vues qui ne peut pas être résolue dans des discussions ultérieures à un échelon plus élevé, la procédure prévue au paragraphe 8 de l'article VIII de la Convention s'appliquera.

c) Les autorités allemandes ou les tribunaux allemands prendront leur décision en se conformant au certificat ou, le cas échéant, à la décision de l'arbitre.

(3) a) Si, du fait d'un incident ayant causé à un tiers un dommage qui doit être indemnisé suivant les dispositions du paragraphe 5 de l'article VIII de la Convention, le Quartier Général intéressé a également subi un dommage et si le tiers doit une indemnité pour ce dommage, il y aura compensation, à due concurrence, entre la créance du Quartier Général et celle du tiers.

b) La République fédérale d'Allemagne, conformément à un accord administratif et sur demande d'un Quartier Général, fera valoir au nom de ce Quartier Général les droits à indemnisation qu'il a contre une personne résidant sur le territoire fédéral en raison d'un dommage causé sur ce territoire; cette disposition ne s'appliquera pas aux droits à indemnisation nés d'un contrat. Le Quartier Général remboursera à la République fé-

außerhalb der allgemeinen Kosten der Verwaltung entstehen, werden ihr von dem Hauptquartier erstattet.

(4) Zur Regelung des Verfahrens zwischen den deutschen Behörden und den Hauptquartieren bei der Abgeltung von Schäden werden Verwaltungsabkommen geschlossen.

Artikel 23

(1) Die in der Bundesrepublik Deutschland errichteten Hauptquartiere sind berechtigt, zur Wahrung von Ordnung, Disziplin oder Sicherheit Militärpolizei innerhalb und außerhalb der Hauptquartiere einzusetzen.

(2) Der Einsatz der Militärpolizei durch die Hauptquartiere außerhalb ihrer Liegenschaften in der Bundesrepublik Deutschland (Streifendienste auf öffentlichen Straßen, in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Gaststätten und an sonstigen Orten, zu denen die Öffentlichkeit Zutritt hat) erfolgt im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden der deutschen Polizei, der Bundeswehr und der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Streitkräfte.

(3) Die Militärpolizei der in der Bundesrepublik Deutschland errichteten Hauptquartiere ist beim Einsatz durch die Hauptquartiere außerhalb ihrer Liegenschaften nur befugt, Maßnahmen gegenüber dem Militär- und Zivilpersonal und den Angehörigen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstaben a, b und c des Protokolls zu treffen.

Artikel 24

(1) Dieses Ergänzungsabkommen bleibt vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 so lange in Kraft, wie das Protokoll für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft ist.

(2) Dieses Ergänzungsabkommen kann jederzeit auf Antrag einer Vertragspartei hinsichtlich einer oder mehrerer Bestimmungen überpüft und im gegenseitigen Einvernehmen geändert werden. Die Vertragsparteien werden spätestens drei Monate nach der Stellung des Antrags Verhandlungen aufnehmen. Ist nach sechsmonatigen Verhandlungen eine Einigung nicht erzielt worden, so kann jede Vertragspartei den Generalsekretär der Nordatlantikvertragsorganisation um seine guten Dienste ersuchen.

(3) Im Fall von Feindseligkeiten, die die Anwendung des Nordatlantikvertrags zur Folge haben, hat jede Vertragspartei unter Einhaltung einer

general costs of administration shall be reimbursed by the Headquarters.

(4) Administrative agreements shall be concluded to regulate the procedure as between the Headquarters and the German authorities for the settlement of damage claims.

Article 23

(1) The Headquarters established in the Federal Republic of Germany shall be entitled to employ military police to maintain order, discipline and security inside and outside the Headquarters.

(2) The employment of military police by the Headquarters outside its accommodation in the Federal Republic of Germany (patrols on public roads, on public transport, in restaurants and in all other places to which the public has access) shall be agreed upon with the competent authorities of the German police, the German Armed Forces and the forces stationed in the Federal Republic of Germany.

(3) The military police of the Headquarters established in the Federal Republic of Germany shall, when employed by the Headquarters outside its accommodation, be authorized to take measures only against the military and civilian personnel and dependents within the meaning of subparagraphs a, b and c of paragraph 1 of Article 3 of the Protocol.

Article 24

(1) Subject to the provisions of paragraphs 2 and 3 of this Article, the present Supplementing Agreement shall remain in force for such time as the Protocol is in force for the Federal Republic of Germany.

(2) The present Supplementing Agreement may, upon the request, at any time, of either Contracting Party, be reviewed and amended in mutual agreement in respect of one or more of its provisions. The Contracting Parties shall open negotiations not later than three months after such request has been made. If no agreement is reached within six months after submission of the request, either Contracting Party may request the Secretary General of the North Atlantic Treaty Organization to use his good offices.

(3) In the case of hostilities involving the application of the provisions of the North Atlantic Treaty, either Contracting Party shall have the right,

dérale d'Allemagne les frais qu'elle a supportés pour faire valoir les droits à indemnisation, sauf les frais généraux d'administration.

(4) Des accords administratifs seront conclus afin de déterminer la procédure à suivre entre les Quartiers Généraux et les autorités allemandes pour l'indemnisation des dommages.

Article 23

(1) Les Quartiers Généraux installés dans la République fédérale d'Allemagne ont le droit d'avoir recours à la police militaire, à l'intérieur et à l'extérieur des Quartiers Généraux, pour le maintien de l'ordre, de la discipline et de la sécurité.

(2) L'emploi de la police militaire par les Quartiers Généraux en dehors de leurs biens immobiliers dans la République fédérale d'Allemagne (service de patrouilles sur la voie publique, dans les moyens de transport publics, dans les restaurants et débits de boissons et dans les autres lieux accessibles au public) se fera en accord avec les autorités compétentes de la Police allemande, des Forces armées allemandes et des Forces stationnées dans la République fédérale d'Allemagne.

(3) En service à l'extérieur des biens immobiliers des Quartiers Généraux, la police militaire des Quartiers Généraux installés dans la République fédérale d'Allemagne ne sera autorisée à prendre des mesures qu'à l'égard du personnel militaire et civil et des personnes à charge au sens des alinéas a), b) et c) du paragraphe 1 de l'article 3 du Protocole.

Article 24

(1) Sous réserve des dispositions des paragraphes 2 et 3 du présent article, le présent Accord supplémentaire restera en vigueur aussi longtemps que le Protocole sera en vigueur pour la République fédérale d'Allemagne.

(2) Le présent Accord supplémentaire pourra à tout moment, à la demande de l'une des Parties contractantes, faire l'objet d'un réexamen portant sur l'une ou plusieurs de ses dispositions, et être modifié d'un commun accord. Les Parties contractantes entameront des négociations trois mois au plus tard après le dépôt de la demande respective. Si, à l'expiration d'une période de négociations de six mois, aucun accord n'a pu être réalisé, chacune des Parties contractantes pourra demander au Secrétaire Général de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord de prêter ses bons offices.

(3) En cas d'hostilités entraînant l'application du Traité de l'Atlantique Nord, chacune des Parties contractantes aura le droit, sous réserve d'un

Frist von 60 Tagen nach Benachrichtigung der anderen Vertragspartei das Recht, die Anwendung jeder beliebigen Bestimmung dieses Ergänzungsabkommens soweit erforderlich auszusetzen. Wird dieses Recht ausgeübt, so treten die Vertragsparteien unverzüglich in Konsultationen ein, um sich übe. geeignete Bestimmungen als Ersatz für die außer Anwendung gesetzten Bestimmungen zu einigen.

(4) Das gleichzeitig abgeschlossene Unterzeichnungsprotokoll ist Bestandteil dieses Ergänzungsabkommens.

after the expiry of 60 days following submission of notification to the other Contracting Party, to suspend, in so far as may be necessary, the application of any provision of the present Supplementing Agreement. Where this right is exercised, the Contracting Parties shall promptly enter into consultations in order to agree on appropiate provisions to replace the suspended provisions.

(4) The Protocol of Signature concluded simultaneously with the present Supplementing Agreement shall constitute an integral part thereof.

préavis de 60 jours à compter de la notification adressée à l'autre Partie contractante, de suspendre l'application de l'une quelconque des dispositions du présent Accord supplémentaire pour autant qu'il soit nécessaire. Si ce droit est exercé, les Parties contractantes se consulteront immédiatement en vue de se mettre d'accord sur les dispositions propres à remplacer celles dont l'application est suspendue.

(4) Le Protocole de signature conclu en même temps que le présent Accord supplémentaire fait partie intégrante de ce dernier.

Artikel 25

Die Bundesregierung wird die Beitrittsurkunde der Bundesrepublik Deutschland zum Protokoll erst hinterlegen, wenn die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Ergänzungsabkommens erfüllt sind. Sie wird SHAPE den Tag der Hinterlegung mitteilen. Dieses Ergänzungsabkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem das Protokoll für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt.

Article 25

The Federal Government will not deposit the instrument of accession of the Federal Republic of Germany to the Protocol until such time as German constitutional requirements for the entry into force of the present Supplementing Agreement have been fulfilled. The Federal Government will inform SHAPE of the date of such deposit. The present Supplementing Agreement shall enter into force on the day on which the Protocol enters into force for the Federal Republic of Germany.

Article 25

Le Gouvernement fédéral ne déposera l'instrument d'adhésion de la République fédérale d'Allemagne au Protocole qu'au moment où les conditions prévues par la législation interne pour l'entrée en vigueur du présent Accord supplémentaire seront remplies. Il fera connaître à SHAPE la date de ce dépôt. Le présent Accord supplémentaire entrera en vigueur à la date à laquelle le Protocole entrera en vigueur pour la République fédérale d'Allemagne.

GESCHEHEN zu Paris am 13. März 1967 in zwei Urschriften, jede in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

DONE at Paris, this 13th day of March 1967, in duplicate in the German, English and French languages, all three texts being equally authentic.

FAIT à Paris, le 13 mars 1967, en double exemplaire, en langues allemande, anglaise et française, chacun des trois textes faisant également foi.

Für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND:

For the
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY:

Pour la
RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE:

Oncken

Für das
OBERSTE HAUPTQUARTIER DER
ALLIIERTEN MÄCHTE, EUROPA:

For the
SUPREME HEADQUARTERS
ALLIED POWERS EUROPE:

Pour le
QUARTIER GÉNÉRAL SUPRÊME
DES FORCES ALLIÉES EN EUROPE:

L. L. Lemnitzer

Unterzeichnungsprotokoll zu dem Abkommen

über die besonderen Bedingungen für die Einrichtung und den Betrieb internationaler militärischer Hauptquartiere in der Bundesrepublik Deutschland

Protocol of Signature to the Agreement

on the special conditions applicable to the establishment and operation of International Military Headquarters in the Federal Republic of Germany

Protocole de signature à l'Accord

relatif aux conditions particulières d'installation et de fonctionnement dans la République fédérale d'Allemagne des Quartiers Généraux militaires internationaux

Mit der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Obersten Hauptquartier der Alliierten Mächte, Europa, über die besonderen Bedingungen für die Einrichtung und den Betrieb internationaler militärischer Hauptquartiere in der Bundesrepublik Deutschland (im folgenden als „Ergänzungsabkommen" bezeichnet) bestätigen die unterzeichneten Vertreter

DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DES OBERSTEN HAUPTQUARTIERS DER ALLIIERTEN MÄCHTE, EUROPA,

daß die folgenden zusätzlichen Bestimmungen vereinbart wurden:

Zu Artikel 4

Führt eine Rechtsstreitigkeit, in der SHAPE vor einem deutschen Gericht beteiligt ist und in der die Bundesregierung im Namen von SHAPE aufgetreten ist, zu einem nicht nur vorläufig vollstreckbaren Schuldtitel, nach dem SHAPE zu einer Leistung verpflichtet ist, so wird SHAPE diese Leistung unverzüglich bewirken. Auch in den Fällen, in denen SHAPE nicht durch die Bundesregierung vertreten worden ist, wird SHAPE grundsätzlich entsprechend verfahren.

Zu Artikel 8

Soweit die Löhne und Gehälter nicht durch deutsche Behörden berechnet und ausgezahlt werden, erfüllen die in der Bundesrepublik Deutschland errichteten Hauptquartiere die Pflichten, die nach deutschem Recht jedem Arbeitgeber für die durch Abzug vom Arbeitslohn zu erhebenden Steuern

Upon signature of the Agreement between the Federal Republic of Germany and the Supreme Headquarters Allied Powers Europe on the special conditions applicable to the establishment and operation of International Military Headquarters in the Federal Republic of Germany (hereinafter referred to as the "Supplementing Agreement"), the undersigned representatives of

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

and of

THE SUPREME HEADQUARTERS ALLIED POWERS EUROPE

acknowledge that the following supplementary provisions have been agreed:

Re Article 4

Should a dispute to which SHAPE is a party before a German court and in which the Federal Government is to represent SHAPE result in a judgement, decision, order or settlement which is not only provisionally enforceable, and under which SHAPE is under an obligation to perform, SHAPE shall effect such performance without delay SHAPE shall, in principle, act accordingly also in those cases in which SHAPE has not been represented by the Federal Government.

Re Article 8

In so far as wages and salaries are not calculated and paid by German authorities, the Headquarters established in the Federal Republic of Germany shall fulfil the obligations incumbent on any employer under German law in respect of the deduction of taxes from wages and salaries; this

Lors de la signature de l'Accord entre la République fédérale d'Allemagne et le Quartier Général Suprême des Forces Alliées en Europe relatif aux conditions particulières d'installation et de fonctionnement dans la République fédérale d'Allemagne des Quartiers Généraux militaires internationaux (dénommé ci-après « Accord supplémentaire »), les représentants soussignés

DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE

et

DU QUARTIER GÉNÉRAL SUPRÊME DES FORCES ALLIÉES EN EUROPE

reconnaissent s'être mis d'accord sur les dispositions supplémentaires suivantes:

Ad article 4

Si d'un litige dans lequel SHAPE est engagé devant un tribunal allemand et dans lequel le Gouvernement fédéral a esté en justice au nom de SHAPE, il résulte un titre exécutoire définitif imposant à SHAPE une obligation d'exécution, SHAPE s'acquittera sans délai de cette obligation. Dans les cas où SHAPE n'est pas représenté par le Gouvernement fédéral, SHAPE procédera également, en principe, de la même façon.

Ad article 8

Pour autant que les salaires et traitements ne sont pas calculés et payés par les autorités allemandes, les Quartiers Généraux installés dans la République fédérale d'Allemagne s'acquitteront des obligations incombant, en droit allemand, à tout employeur en ce qui concerne les impôts à retenir à

obliegen; dies gilt auch für die Pflichten des Arbeitgebers auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit.

Zu Artikel 9

(1) Die Hauptquartiere sind berechtigt, Liegenschaften zu benutzen, die den in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Streitkräften zur Benutzung überlassen worden sind und von diesen nach Maßgabe der zwischen den beteiligten Entsendestaaten und der Bundesrepublik Deutschland getroffenen Vereinbarungen einem Hauptquartier ganz oder zum Teil zur Benutzung überlassen worden sind oder werden. Mit Bezug auf diese Liegenschaften kommen die Artikel 9 Absätze 1 bis 4, 10 und 11 des Ergänzungsabkommens sowie der folgende Absatz 2 zur Anwendung, soweit nicht etwas anderes vereinbart worden ist oder wird.

(2) a) Vorbehaltlich anderweitiger Vereinbarungen steht den Hauptquartieren die wirtschaftliche Nutzung der ihnen zur Benutzung überlassenen Liegenschaften nicht zu.

b) Die Hauptquartiere können innerhalb der ihnen zur Benutzung überlassenen Liegenschaften die zur befriedigenden Erfüllung ihrer Verteidigungspflichten erforderlichen Maßnahmen treffen. Hierbei können die Hauptquartiere auf den Gebieten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ihre eigenen Vorschriften anwenden, soweit diese gleichwertige oder höhere Anforderungen stellen als das deutsche Recht.

c) Buchstabe b gilt entsprechend für Maßnahmen im Luftraum über den Liegenschaften, vorausgesetzt, daß Maßnahmen, welche zu Störungen des Luftverkehrs führen können, nur in Koordinierung mit den deutschen Behörden getroffen werden.

d) Bei der Durchführung der unter Buchstabe b vorgesehenen Maßnahmen stellen die Hauptquartiere sicher, daß die deutschen Behörden die zur Wahrnehmung deutscher Belange erforderlichen Maßnahmen innerhalb der Liegenschaften durchführen können.

e) Zur reibungslosen Durchführung der Maßnahmen nach den Buchstaben b, c und d

shall also apply to the obligations of the employer in the field of social security.

Re Article 9

(1) The Headquarters shall have the right to use accommodation made available to the forces stationed in the Federal Republic of Germany for their use and which these forces have made or will make available in whole or in part to a Headquarters for its use in accordance with the agreements concluded between the sending States concerned and the Federal Republic of Germany. With reference to such accommodation, the provisions of paragraphs 1 to 4 of Article 9, Articles 10 and 11 of the Supplementing Agreement, as well as of the following paragraph 2, shall apply in so far as it has not been or will not be agreed otherwise.

(2) a) Unless otherwise provided, the Headquarters shall not be entitled to exploit for economic benefit accommodation made available for their use.

b) Within accommodation made available for their use, the Headquarters may take all the measures necessary for the satisfactory fulfilment of their defence responsibilities. In taking such measures, the Headquarters may apply their own regulations in the fields of public safety and order where such regulations prescribe standards equal to or higher than those prescribed in German law.

c) The provisions of sub-paragraph b above shall apply mutatis mutandis to measures taken in the air space above the accommodation, provided that measures which might interfere with air traffic are taken only in co-ordination with the German authorities.

d) In carrying out the measures referred to in sub-paragraph b above, the Headquarters shall ensure that the German authorities are enabled to take within the accommodation such measures as are necessary to safeguard German interests.

e) The Headquarters and the German authorities shall co-operate to ensure the smooth

la source; cette disposition s'appliquera également aux obligations incombant à l'employeur en matière de sécurité sociale.

Ad article 9

(1) Les Quartiers Généraux sont autorisés à utiliser les biens immobiliers qui ont été mis à la disposition des Forces stationnées en République fédérale d'Allemagne pour leur usage et qui, conformément aux accords conclus entre les Etats d'origine intéressés et la République fédérale d'Allemagne, ont été ou seront, en totalité ou en partie, mis à la disposition d'un Quartier Général pour son usage. En ce qui concerne ces biens immobiliers, les paragraphes 1 à 4 de l'article 9, l'article 10 et l'article 11 de l'Accord supplémentaire ainsi que le paragraphe 2 ci-dessous seront applicables pour autant qu'il n'en a pas été ou qu'il n'en sera pas convenu autrement.

(2) a) Sauf arrangements contraires, les Quartiers Généraux ne pourront exploiter les biens immobiliers mis à leur disposition pour leur usage afin d'en tirer des avantages d'ordre économique.

b) Les Quartiers Généraux pourront prendre à l'intérieur des biens immobiliers mis à leur disposition pour leur usage les mesures nécessaires pour leur permettre de s'acquitter de façon satisfaisante de leurs responsabilités en matière de défense. A cet égard, les Quartiers Généraux pourront appliquer leurs propres règlements en matière de sécurité et d'ordre publics pour autant que ceux-ci prévoient des exigences égales ou supérieures à celles que prévoit le droit allemand.

c) Les dispositions de l'alinéa b) ci-dessus s'appliqueront mutatis mutandis aux mesures concernant l'espace aérien situé au-dessus des biens immobiliers en question, sous réserve que les mesures susceptibles de perturber le trafic aérien ne soient prises qu'en coopération avec les autorités allemandes.

d) Dans l'application des mesures mentionnées à l'alinéa b) ci-dessus, les Quartiers Généraux veilleront à ce que les autorités allemandes puissent exécuter à l'intérieur des biens immobiliers les mesures nécessaires à la sauvegarde des intérêts allemands.

e) Les Quartiers Généraux et les autorités allemandes coopéreront afin d'assurer l'ap-

arbeiten die Hauptquartiere mit den deutschen Behörden zusammen. Die Hauptquartiere gewähren den deutschen Vertretern und den von diesen benannten Sachverständigen jede angemessene Unterstützung, die zur Wahrnehmung der deutschen Belange erforderlich ist, einschließlich des Zutritts zu den Liegenschaften, wobei in allen Fällen die Erfordernisse der militärischen Sicherheit zu berücksichtigen sind.

(3) Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe a ist auch auf Gebäude und sonstige Anlagen anzuwenden, die mit Mitteln des Besatzungskosten- und Auftragsausgabenhaushalts oder des Stationierungskostenhaushalts erbaut worden sind.

Zu Artikel 11 Absatz 1

Falls es den Hauptquartieren aus rechtlichen oder technischen Gründen unmöglich ist, eine deutsche Gesundheitsvorschrift im einzelnen zu befolgen, schließen die deutschen Behörden und die Hauptquartiere unverzüglich Vereinbarungen über andere Maßnahmen, durch welche der mit der Vorschrift verfolgte Zweck erreicht wird.

Zu Artikel 12 Absatz 4

Im Falle der Veräußerung von Gütern ist bei ihrer Abfertigung zum freien Verkehr für den Zollwert der Zeitpunkt der Veräußerung maßgebend.

Zu Artikel 14 Absatz 3

Werden die Bestimmungen über die Befreiung von Beförderungsleistungen für die Bundeswehr von der Beförderungsteuer zuungunsten der Bundeswehr geändert, so werden auf Verlangen von SHAPE Verhandlungen zwischen SHAPE und der Bundesregierung über die steuerliche Behandlung von Beförderungsleistungen für die Hauptquartiere aufgenommen.

Zu Artikel 14 Absatz 4

Von der Kraftfahrzeugsteuer befreit ist das Halten von privaten Personenkraftfahrzeugen, die nach Absatz 1 der Bestimmungen dieses Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 21 registriert und zugelassen werden.

Zu Artikel 19

Sofern bei Inkrafttreten des Ergänzungsabkommens ein in der Bundesrepublik Deutschland errichtetes inter-

implementation of the measures referred to in sub-paragraphs b, c and d above. The Headquarters shall give the German representatives and the experts nominated by them all reasonable assistance necessary to safeguard the German interests, including access to accommodation, subject in all cases to considerations of military security.

(3) The provisions of sub-paragraph a of paragraph 2 of Article 9 shall also apply to buildings and other facilities constructed from occupation costs and mandatory expenditures budget funds or support costs budget funds.

Re Article 11, paragraph 1

In cases where it is legally or technically impossible for the Headquarters to comply in detail with a German health regulation, the German authorities and the Headquarters shall agree without delay on other means of meeting the object of the regulation.

Re Article 12, paragraph 4

When goods which have been disposed of are cleared for free circulation, the date of their disposal shall be the relevant date for determining their value for customs purposes.

Re Article 14, paragraph 3

If the provisions concerning the exemption from transportation tax of transportation services rendered to the German Armed Forces are changed to the disadvantage of the latter, SHAPE and the Federal Government shall, at SHAPE's request, enter into negotiations on the tax treatment of transportation services rendered to the Headquarters.

Re Article 14, paragraph 4

The operation of private passenger vehicles which are registered and licensed according to paragraph 1 of the provisions of the present Protocol of Signature re Article 21 shall be exempt from motor-vehicle tax.

Re Article 19

If, at the time of entry into force of the Supplementing Agreement, an International Military Headquarters

plication harmonieuse des mesures prévues aux alinéas b), c) et d) ci-dessus. Les Quartiers Généraux accorderont leur aide aux représentants allemands ainsi qu'aux experts désignés par ceux-ci dans la mesure nécessaire à la sauvegarde des intérêts allemands, y compris l'accès aux biens immobiliers, sous réserve, dans tous les cas, des exigences de la sécurité militaire.

(3) Les dispositions de l'alinéa a) du paragraphe 2 de l'article 9 seront également applicables aux immeubles et autres installations qui ont été construits au titre des budgets des frais d'occupation et des dépenses imposées ou du budget des frais d'entretien.

Ad article 11, paragraphe 1

Lorsque les Quartiers Généraux se trouvent dans l'impossibilité, pour des raisons d'ordre juridique ou technique, de se conformer dans le détail à un règlement sanitaire allemand, les autorités allemandes et les Quartiers Généraux s'entendront sans délai sur tout autre moyen de répondre à l'objectif de ce règlement.

Ad article 12, paragraphe 4

Lorsque les articles qui ont été cédés sont dédouanés en vue de leur mise en libre circulation, c'est la date de leur cession qui est le moment à retenir pour déterminer leur valeur en douane.

Ad article 14, paragraphe 3

Si les prescriptions relatives à l'exemption de l'impôt sur les transports des services effectués, en matière de transports, pour le compte des Forces armées allemandes, sont modifiées au détriment de ces Forces, des négociations seront entamées, à la demande de SHAPE, entre SHAPE et le Gouvernement fédéral sur le traitement fiscal des services effectués, en matière de transports, pour le compte des Quartiers Généraux.

Ad article 14, paragraphe 4

Sera exempte de l'impôt sur les véhicules automobiles la détention de véhicules automobiles privés qui sont immatriculés et autorisés à circuler conformément au paragraphe 1 des dispositions du présent Protocole de signature, ad article 21.

Ad article 19

Pour autant qu'un Quartier Général militaire international installé dans la République fédérale d'Allemagne, au

nationales militärisches Hauptquartier mit einem Hauptquartier der Streitkräfte eines Entsendestaats gemeinsam räumlich untergebracht ist, kann — das Einverständnis der Streitkräfte des Entsendestaats vorausgesetzt — das internationale militärische Hauptquartier die Fernmeldeeinrichtungen der Streitkräfte unter den für diese geltenden Bedingungen mitbenutzen.

Zu Artikel 21

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist damit einverstanden, daß Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger

i) des Militärpersonals im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe a des Protokolls, soweit es nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt,

ii) des Zivilpersonals der in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b Ziffern i und ii des Protokolls genannten Art, soweit es nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat,

iii) der Angehörigen (im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe c des Protokolls) des in den Ziffern i und ii bezeichneten Personals

von den Behörden der Truppen der Entsendestaaten, die Vertragsparteien des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zum Abkommen sind, registriert und zugelassen werden. Voraussetzung ist jedoch, daß die Registrierung und Zulassung der Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger nach den für die Mitglieder der Truppe und des zivilen Gefolges der Entsendestaaten geltenden Vorschriften erfolgt und daß der Entsendestaat gegenüber der Bundesrepublik Deutschland erklärt, daß er und die Behörden seiner Truppe hinsichtlich der Registrierung und Zulassung dieser Fahrzeuge die gleichen Pflichten übernehmen, die ihnen im Hinblick auf die Registrierung und Zulassung der Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger der Mitglieder der Truppe und des zivilen Gefolges sowie von deren Angehörigen obliegen, insbesondere auch die Pflicht zur technischen Überwachung.

(2) Die Versicherungspflicht in bezug auf private Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger des Militär- und Zivilpersonals sowie der Angehörigen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstaben a, b und c des Protokolls wird durch Artikel 21 Absatz 2 des Ergänzungsabkommens nicht berührt.

(3) Nach Artikel 21 Absatz 2 des Ergänzungsabkommens bedürfen Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger, die von einem Hauptquartier gehalten

established in the Federal Republic of Germany is located in the same accommodation as a Headquarters of the forces of a sending State, the International Military Headquarters may use the telecommunication facilities of the forces, subject to the latter's agreement and under the conditions applicable to it.

Re Article 21

(1) The Federal Republic of Germany agrees that motor vehicles and trailers

i) of the military personnel within the meaning of sub-paragraph a of paragraph 1 of Article 3 of the Protocol, to the extent that they are not of German nationality,

ii) of the civilian personnel within the meaning of items i and ii of sub-paragraph b of paragraph 1 of Article 3 of the Protocol, to the extent that they are not of German nationality, nor are ordinarily resident in the territory of the Federal Republic of Germany,

iii) of dependents (within the meaning of sub-paragraph c of paragraph 1 of Article 3 of the Protocol) of the personnel defined in items i and ii of this paragraph,

may be registered and licensed by the authorities of the forces of the sending States which are Contracting Parties to the Agreement of 3 August 1959 to Supplement the Agreement. The condition for such agreement, however, is that motor vehicles and trailers are registered and licensed in accordance with the regulations applicable to members of the force and of the civilian component of the sending State, and that the sending State declares to the Federal Republic of Germany that it and the authorities of its force will assume in respect of the registration and licensing of such vehicles the same obligations which are incumbent upon them regarding the registration and licensing of motor vehicles and trailers of members of the force and the civilian component, as well as of their dependents, particularly that of technical inspection.

(2) The provision of paragraph 2 of Article 21 of the Supplementing Agreement shall not affect the insurance obligation with respect to private motor vehicles and trailers of military and civilian personnel and of dependents within the meaning of sub-paragraphs a, b and c of paragraph 1 of Article 3 of the Protocol.

(3) Under the provision of paragraph 2 of Article 21 of the Supplementing Agreement, no third-party liability insurance is required for motor vehi-

moment de l'entrée en vigueur de l'Accord supplémentaire, est installé en commun avec un Quartier Général des Forces d'un Etat d'origine, le Quartier Général militaire international — à condition que les Forces de l'Etat d'origine y consentent — pourra utiliser les installations de télécommunications des Forces dans les conditions valables pour ces dernières.

Ad article 21

(1) La République fédérale d'Allemagne accepte que les véhicules automobiles et remorques

i) du personnel militaire au sens de l'alinéa a) du paragraphe 1 de l'article 3 du Protocole, pour autant qu'il ne possède pas la nationalité allemande,

ii) du personnel civil mentionné aux points i et ii de l'alinéa b) du paragraphe 1 de l'article 3 du Protocole, pour autant qu'il ne possède pas la nationalité allemande ou n'a pas sa résidence habituelle sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne,

iii) des personnes à charge (au sens de l'alinéa c) du paragraphe 1 de l'article 3 du Protocole) du personnel visé aux points i et iii

soient immatriculés et autorisés à circuler par les autorités des Forces des Etats d'origine qui sont Parties à l'Accord du 3 août 1959 complétant la Convention. Cette disposition ne s'appliquera que si les véhicules automobiles et remorques sont immatriculés et autorisés à circuler selon les prescriptions en vigueur pour les membres de la Force et de l'élément civil de l'Etat d'origine et si ce dernier déclare vis-à-vis de la République fédérale d'Allemagne assumer, pour sa part et en ce qui concerne les autorités de sa Force, les mêmes obligations que celles qui leur incombent pour l'immatriculation et l'autorisation à circuler des véhicules automobiles et remorques des membres de la Force et de l'élément civil ainsi que des personnes à leur charge, notamment en ce qui concerne l'inspection technique.

(2) Le paragraphe 2 de l'article 21 de l'Accord supplémentaire n'affectera en rien l'obligation qui existe pour les personnels militaires et civils et les personnes à leur charge tels qu'ils sont définis aux alinéas a), b) et c) du paragraphe 1 de l'article 3 du Protocole de contracter une assurance pour leurs véhicules automobiles et remorques privés.

(3) Aux termes du paragraphe 2 de l'article 21 de l'Accord supplémentaire, les véhicules automobiles et remorques détenus par un Quartier Général

werden, auch dann nicht einer Haftpflichtversicherung für den Verkehr in der Bundesrepublik Deutschland, wenn ihr regelmäßiger Standort nicht in der Bundesrepublik Deutschland liegt.

(4) Bei der Inanspruchnahme des in Artikel 21 Absatz 5 des Ergänzungsabkommens eingeräumten Vorrechts trifft die Führer von Fahrzeugen der Hauptquartiere in der Bundesrepublik Deutschland eine erhöhte Sorgfaltspflicht. Das gleiche gilt, wenn ein Fahrzeug geführt wird, für das eine Ausnahme nach Artikel 21 Absatz 4 des Ergänzungsabkommens genehmigt worden ist.

(5) Der Beifügung einer deutschen Übersetzung zu einem Führerschein sowie deren Beglaubigung durch ein Hauptquartier nach Artikel 21 Absatz 6 des Ergänzungsabkommens bedarf es nicht, wenn dem Führerschein bereits von dem Entsendestaat, dem der Inhaber angehört, eine beglaubigte deutsche Übersetzung beigefügt ist. Das gleiche gilt, wenn nach deutschem Recht die Beifügung einer Übersetzung entbehrlich ist.

Zu Artikel 22 Absatz 2

Es besteht Einverständnis, daß es zweckmäßig ist, unbeschadet der Regelung in Artikel 22 Absatz 2 bei Meinungsverschiedenheiten darüber, ob eine Handlung oder Unterlassung in Ausübung des Dienstes begangen worden ist oder ob die Benutzung eines Fahrzeuges eines Hauptquartiers unbefugt war, diese Frage zwischen dem zuständigen Hauptquartier, der zuständigen deutschen Behörde und der zuständigen Dienststelle des in Artikel 4 Buchstabe d des Protokolls bezeichneten Staates gemeinsam zu erörtern, bevor das in Artikel VIII Absatz 8 des Abkommens vorgesehene Verfahren durchgeführt wird.

Zu Artikel 25

(1) Soweit die Hauptquartiere nach dem Ergänzungsabkommen Abgabenfreiheit genießen, werden Abgaben auch für die Zeit vom 5. Mai 1955 bis zum Tage des Inkrafttretens des Ergänzungsabkommens nicht erhoben, soweit sie gestundet oder aus sonstigen Gründen nicht erhoben worden sind. Dies gilt nicht für die Grundsteuer.

(2) Artikel 7 Absatz 2 Satz 1 des Protokolls wird aus Billigkeitsgründen rückwirkend ab 5. Mai 1955 angewendet, und zwar auch insoweit, als

cles and trailers operated in the Federal Republic of Germany by a Headquarters, even if such vehicles are not regularly stationed in the Federal Republic of Germany.

(4) In exercising the privilege granted in paragraph 5 of Article 21 of the Supplementing Agreement, the persons operating the motor vehicles of the Headquarters in the Federal Republic of Germany shall be obliged to exercise particular care. The same shall apply if a vehicle is operated for which an exception has been granted in accordance with paragraph 4 of Article 21 of the Supplementing Agreement.

(5) The attachment of a German translation to a driving licence as well as its certification by a Headquarters in accordance with paragraph 6 of Article 21 of the Supplementing Agreement shall not be required if a certified German translation has already been attached to the driving licence by the sending State to which the holder of the licence belongs. The same shall apply if under German law the attachment of a translation is not required.

Re Article 22, paragraph 2

It is agreed that, notwithstanding the arrangement provided for in paragraph 2 of Article 22, it will be expedient where opinions differ as to whether an act or omission was done in the performance of official duty, or as to whether the use of a vehicle belonging to a Headquarters was unauthorized for the competent Headquarters, the competent German authority and the competent agency of the sending State designated in sub-paragraph d of Article 4 of the Protocol to discuss the question jointly before the procedure provided for in paragraph 8 of Article VIII of the Agreement is implemented.

Re Article 25

(1) In so far as the Headquarters are exempt from duties or taxes pursuant to the Supplementing Agreement, duties or taxes for which a respite has been granted or which have not been levied for other reasons, shall not be levied for the period from 5 May 1955 to the date of entry into force of the Supplementing Agreement. This shall not apply to the real property tax.

(2) For reasons of equity, the first sentence of paragraph 2 of Article 7 of the Protocol shall apply retroactively with effect from 5 May 1955,

seront exempts, pour la circulation dans la République fédérale d'Allemagne, de l'obligation d'assurance-responsabilité même si leur point d'attache régulier se trouve hors de la République fédérale d'Allemagne.

(4) Lors de l'exercice du privilège accordé aux termes du paragraphe 5 de l'article 21 de l'Accord supplémentaire, les conducteurs des véhicules appartenant aux Quartiers Généraux dans la République fédérale d'Allemagne seront astreints à une prudence renforcée. Il en sera de même en ce qui concerne l'utilisation d'un véhicule bénéficiant d'une exception accordée en vertu du paragraphe 4 de l'article 21 de l'Accord supplémentaire.

(5) Le titulaire d'un permis de conduire sera dispensé de fournir la traduction en langue allemande de son permis et de l'obligation inscrite au paragraphe 6 de l'article 21 de l'Accord supplémentaire de la faire certifier conforme par un Quartier Général, si le permis est déjà muni d'une traduction allemande certifiée conforme par l'Etat d'origine dont le titulaire est ressortissant. Il en sera de même si, selon le droit allemand, l'on peut se dispenser de la production d'une telle traduction.

Ad article 22, paragraphe 2

Il est entendu que, nonobstant le règlement prévu au paragraphe 2 de l'article 22, en cas de divergences de vues sur le point de savoir si un acte ou une négligence a été accompli ou non en exécution du service ou si l'utilisation d'un véhicule appartenant à un Quartier Général n'était pas autorisée, il sera utile que cette question soit discutée en commun entre le Quartier Général compétent, l'autorité allemande compétente et le service compétent de l'Etat désigné à l'alinéa d) de l'article 4 du Protocole, avant que ne soit appliquée la procédure prévue au paragraphe 8 de l'article VIII de la Convention.

Ad article 25

(1) Pour autant que les Quartiers Généraux, aux termes de l'Accord supplémentaire, bénéficient de l'exemption de droits et taxes, il ne sera pas non plus perçu de droits et taxes pour la période allant du 5 mai 1955 à la date d'entrée en vigueur de l'Accord supplémentaire, dans la mesure où les droits et taxes ont été ajournés ou qu'ils n'ont pas été perçus pour d'autres raisons. Cette disposition ne s'appliquera pas à l'impôt foncier.

(2) Pour des raisons d'équité, la première phrase du paragraphe 2 de l'article 7 du Protocole sera appliquée avec effet rétroactif du 5 mai 1955, et

die Steuerbeträge auf Sperrkonten (Wartekonten) eingezahlt worden sind.

(3) Soweit für Beschaffungen der Hauptquartiere bis zum Tage des Inkrafttretens des Ergänzungsabkommens Umsatzsteuer in der Bundesrepublik Deutschland erhoben worden ist, erstattet die Bundesrepublik Deutschland den Betrag, den SHAPE ausweislich seiner Buchungsunterlagen für Umsatzsteuer aufgewendet hat.

GESCHEHEN zu Paris am 13. März 1967 in zwei Urschriften, jede in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

whether or not tax payments have been paid into a blocked account (suspense account).

(3) In so far as turnover tax in respect of procurements by Headquarters has been levied in the Federal Republic of Germany until the date of entry into force of the Supplementing Agreement, the Federal Republic of Germany shall reimburse the amount of turnover tax paid by SHAPE as shown in the accounts of SHAPE.

DONE at Paris, this 13th day of March 1967, in duplicate in the German, English and French languages, all three texts being equally authentic.

cela également pour autant que les montants de l'impôt ont été versés à des comptes bloqués (comptes d'attente).

(3) Pour autant que, jusqu'à la date d'entrée en vigueur de l'Accord supplémentaire, l'impôt sur le chiffre d'affaires a été perçu dans la République fédérale d'Allemagne pour des achats des Quartiers Généraux, la République fédérale d'Allemagne remboursera le montant que SHAPE aura dépensé au titre de l'impôt sur le chiffre d'affaires et dont il justifie par ses pièces de comptabilité.

FAIT à Paris, le 13 mars 1967, en double exemplaire, en langues allemande, anglaise et française, chacun des trois textes faisant également foi.

Für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND:

For the
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY:

Pour la
RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE:

Oncken

Für das
OBERSTE HAUPTQUARTIER DER
ALLIIERTEN MÄCHTE, EUROPA:

For the
SUPREME HEADQUARTERS
ALLIED POWERS EUROPE:

Pour le
QUARTIER GÉNÉRAL SUPRÊME
DES FORCES ALLIÉES EN EUROPE:

L. L. Lemnitzer

Briefwechsel

I

Der Vorsitzende der Delegation
der Bundesrepublik Deutschland

Paris, den 13. März 1967

Herr Vorsitzender,

unter Bezugnahme auf den heutigen Abschluß des Abkommens über die besonderen Bedingungen für die Einrichtung und den Betrieb internationaler militärischer Hauptquartiere in der Bundesrepublik Deutschland beehre ich mich, Ihnen folgende Ergänzungen und Erklärungen mitzuteilen, über die während der Verhandlungen Übereinstimmung erzielt worden ist:

Zu Artikel 4

In Rechtsstreitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis der zivilen Arbeitskräfte wird SHAPE durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland vertreten.

Zu Artikel 7

Verhandlungen über ein besonderes, die soziale Sicherheit des internationalen Personals betreffendes Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Nordatlantikvertragsorganisation sind erforderlich. Dabei soll zugleich die Zusammenarbeit mit den deutschen Trägern der Sozialversicherung geregelt werden.

Zu Artikel 8

Greift ein in der Bundesrepublik Deutschland errichtetes Hauptquartier zur Befriedigung seines Bedarfs an zivilen Arbeitskräften auf die Truppe eines Entsendestaats zurück, so bestimmt sich die Arbeitgeberstellung hinsichtlich dieser Arbeitskräfte nach der zwischen dem Hauptquartier und der Truppe getroffenen Vereinbarung.

Es besteht Einvernehmen, daß, falls die Truppe hiernach Arbeitgeber bleibt, die Bestimmungen, die für die Beschäftigung ziviler Arbeitskräfte bei einer Truppe gelten, weiterhin Anwendung finden.

Zu Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe d Ziffer iii

Nach Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe d Ziffer iii umfaßt die Unentgeltlichkeit der Benutzung von Liegenschaften, die

The Chairman of the Delegation
of the Federal Republic of Germany

Paris, 13 March 1967

Mr. Chairman,

With reference to the conclusion today of the Agreement on the special conditions applicable to the establishment and operation of International Military Headquarters in the Federal Republic of Germany, I have the honour to communicate to you the following supplementary points and statements on which agreement was reached during the negotiations.

Re Article 4

In any legal proceedings in respect of disputes arising out of the employment of civilian labour, SHAPE shall be represented by the Government of the Federal Republic of Germany.

Re Article 7

It will be necessary to conduct negotiations with a view to concluding a special agreement between the Federal Republic of Germany and the North Atlantic Treaty Organization on the social security of the international personnel. During such negotiations co-operation with the German social insurance institutions should also be regulated.

Re Article 8

If a Headquarters established in the Federal Republic of Germany takes recourse to the force of a sending State in order to meet its requirements of civilian labour, the position of employer in respect of such labour will be determined by the arrangement made between the Headquarters and the force.

It is agreed that if, under that arrangement, the force remains the employer, the provisions applicable to the employment of civilian labour with a force shall continue to apply.

Re Article 9, paragraph 2, sub-paragraph d, item iii

According to item iii of sub-paragraph d of paragraph 2 of Article 9, the exemption from payment for the

Le Président de la délégation
de la République fédérale d'Allemagne

Paris, le 13 mars 1967

Monsieur le Président,

Me référant à la conclusion, intervenue ce jour, de l'Accord relatif aux conditions particulières d'installation et de fonctionnement dans la République fédérale d'Allemagne des Quartiers Généraux militaires internationaux, j'ai l'honneur de vous communiquer ci-dessous les dispositions supplémentaires et les déclarations sur lesquelles un accord a été réalisé au cours des négociations:

Ad article 4

Dans les litiges découlant des contrats de travail de la main-d'œuvre civile, SHAPE sera représenté par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne.

Ad article 7

Il sera nécessaire d'entamer des négociations en vue de la conclusion d'un accord particulier entre la République fédérale d'Allemagne et l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord relatif à la sécurité sociale du personnel international. A cette occasion, la coopération avec les organismes allemands d'assurance sociale devrait également être réglée.

Ad article 8

Si, pour satisfaire à ses besoins en main-d'œuvre civile, un Quartier Général installé dans la République fédérale d'Allemagne a recours à la Force d'un Etat d'origine, la condition d'employeur en ce qui concerne cette main-d'œuvre sera régie par l'arrangement intervenu entre le Quartier Général et ladite Force.

Il est entendu que, si la Force reste l'employeur aux termes dudit arrangement, les prescriptions en vigueur pour l'emploi de la main-d'œuvre civile d'une Force continueront d'être appliquées.

Ad article 9, paragraphe 2, alinéa d), point iii

Aux termes du point iii de l'alinéa d) du paragraphe 2 de l'article 9, la gratuité de l'utilisation des biens immo-

einem Hauptquartier zur Benutzung überlassen worden sind, nicht die laufenden öffentlichen Lasten, soweit nach deutschem Recht der Bund zu ihrer Entrichtung oder Erstattung verpflichtet ist. Diese öffentlichen Lasten bilden einen Teil der Betriebskosten des Grundstücks, die nach Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe d auch bei unentgeltlich zur Verfügung gestellten Liegenschaften zu Lasten der Hauptquartiere gehen.

Unter laufenden öffentlichen Lasten im Sinne dieser Bestimmung sind gewisse Verpflichtungen zu verstehen, die im öffentlichen Recht begründet sind und auf dem Grundstück als solchem ruhen, also den jeweiligen Eigentümer des Grundstücks treffen. Zu ihnen gehört neben gewissen landesrechtlichen Abgaben, wie Abgaben für Deich- und Wassergenossenschaften und Beiträgen für Landwirtschaftskammern, insbesondere die Grundsteuer.

Was die Grundsteuer anbelangt, so sollen die Hauptquartiere hier nicht etwa zur Grundsteuer herangezogen werden. Die Hauptquartiere sollen dem Bund lediglich Beträge, die er als Eigentümer von ihnen zur unentgeltlichen Nutzung überlassenen Grundstücken für Grundsteuern aufwenden muß, im Rahmen der Betriebskosten des Grundstücks erstatten.

Die Grundsteuer ist eine Gemeindesteuer. Sie wird von den Gemeinden erhoben und fließt ausschließlich den Gemeinden zu. Auch der Bund als Grundstückseigentümer ist grundsätzlich zur Entrichtung dieser Gemeindesteuer verpflichtet. Allerdings genießt er nach § 4 Nummer 1 a des Grundsteuergesetzes Befreiung von der Grundsteuer für Liegenschaften, die für einen öffentlichen Dienst oder Gebrauch benutzt werden. Hierzu gehören auch Kasernen und sonstige militärische Anlagen, und zwar auch soweit sie einem Hauptquartier zur Benutzung überlassen worden sind. Für Liegenschaften dieser Art entfällt mithin eine Verpflichtung des Bundes zur Zahlung von Grundsteuer und damit eine Erstattung durch die Hauptquartiere. Eine Grundsteuerpflicht besteht dagegen für Wohnungen, die zur Unterbringung von militärischem oder zivilem Personal errichtet worden sind und für diesen Zweck benutzt werden. Da jedoch die Unterbringung des Personals nicht Aufgabe der Hauptquartiere ist, sondern des Staates, dem das Personal angehört, wird insoweit das Problem der Erstattung von Grundsteuer für die Hauptquartiere nicht auftreten. Es bleiben sonach die Fälle, in denen ein Haupt-

use of accommodation made available to a Headquarters for use does not extend to current public charges to the extent that the Federation is obliged under German law to pay or reimburse such charges. These public charges form part of the operating costs of the accommodation which, according to sub-paragraph d of paragraph 2 of Article 9, must be met by the Headquarters even if the accommodation in question has been made available free of charge.

The term current public charges within the meaning of this provision signifies certain obligations which have their foundation in public law and which are attached to the property as such, i.e., are incumbent on the owner pro tempore of the property. Apart from certain rates levied under Land law, such as contributions to dike and water boards and chambers of agriculture, these charges include in particular the real property tax.

As far as the real property tax is concerned, there is no question of subjecting the Headquarters to the said tax. The Headquarters are only intended to reimburse the Federation, as part of the operating costs of the accommodation, for the amounts of real property tax which the Federation must pay as owner of the accommodation made available to the Headquarters for use free of charge.

The real property tax is a municipal tax. It is levied by the municipalities and accrues exclusively to them. In principle, even the Federation is obliged to pay this municipal tax for any real property owned by it. However, according to sub-paragraph a of paragraph 1 of Section 4 of the Real Property Tax Law, the Federation is exempt from real property tax for any accommodation which is used for a public service or purpose. This also applies to barracks and other military installations including those made available to a Headquarters for its use. As far as accommodation of this type is concerned, therefore, the Federation is not liable to pay any real property tax, and there is, consequently, no obligation on the part of the Headquarters to reimburse the Federation. On the other hand, real property tax is payable on housing constructed as quarters for military or civilian personnel and used for this purpose. Since, however, the quartering of personnel is not a responsibility of the Headquarters but of the State to which the personnel belongs, the question of reimbursement of real property tax will not arise for the Headquarters in these cases. There remain, therefore, those cases where a Head-

biliers mis à la disposition d'un Qua tier Général pour son usage ne s'éte dra pas aux charges publiques co rantes dans la mesure où le droit all mand en impose le paiement ou remboursement par la Fédération. C charges publiques constituent une pa tie des frais d'exploitation du bi immobilier qui, aux termes de l'ai néa d) du paragraphe 2 de l'article sont à la charge des Quartiers Gén raux même lorsque les biens imm biliers sont mis à leur disposition gı tuitement.

Par charges publiques courantes sens de cette disposition, on ente certaines obligations basées sur droit public et qui grèvent le bien i mobilier comme tel et frappent conséquence le propriétaire en tit du bien immobilier. Parmi ces ob gations, outre certaines taxes releva du droit de Land, telles que les co sations aux associations syndical pour l'entretien de digues ou l'usa des cours d'eau ainsi que les cont butions aux chambres d'agriculture, compte notamment l'impôt foncier.

En ce qui concerne l'impôt fonci il ne s'agira nullement de soumet les Quartiers Généraux audit imp Les Quartiers Généraux devront seu ment rembourser à la Fédération, da le cadre des frais d'exploitation bien immobilier, les montants que Fédération en tant que propriétaire biens immobiliers mis à leur dispo tion gratuitement est obligée de v ser au titre de l'impôt foncier.

L'impôt foncier est un impôt co munal. Il est perçu par les commun et ces dernières en sont seules bén ficiaires. Même la Fédération en ta que propriétaire de biens immobili est astreinte en principe à s'acquit de cet impôt communal. Toutefois, a termes du numéro 1 a) de l'article 4 la Loi sur l'impôt foncier, elle exemptée de l'impôt foncier pour biens immobiliers utilisés pour un s vice ou usage public. Parmi cette tégorie de biens immobiliers com tent également les casernes et aut installations militaires, même si ell ont été mises à la disposition d' Quartier Général pour son usage. ce qui concerne les biens immobili de ce genre, la Fédération n'est do pas astreinte au paiement de l'im foncier et, partant, il n'y a pas d' ligation de remboursement par Quartiers Généraux. L'impôt fonc est exigible, par contre, pour les lo ments qui ont été construits p abriter du personnel militaire ou ci et qui sont utilisés à cet effet. Tou fois, le logement du personnel n' combant pas aux Quartiers Généra mais à l'Etat auquel appartient le p sonnel, le problème du rembour ment de l'impôt foncier ne se pos pas pour les Quartiers Généraux da

quartier Messen, Kantinen und ähnliche Einrichtungen errichtet hat. Bei ihnen ist von Fall zu Fall zu entscheiden, ob und inwieweit eine Grundsteuerbefreiung in Betracht kommt oder nicht. Die Bundesregierung wird in Fällen dieser Art alle gesetzlich gegebenen Möglichkeiten ausschöpfen, um eine Befreiung von der Grundsteuerpflicht zu erreichen.

In Fällen, in denen Grundsteuerbefreiung besteht, kann unter den in § 26 des Grundsteuergesetzes genannten Voraussetzungen die Entrichtung eines sogenannten Ersatzbetrages in Betracht kommen.

Nur soweit hiernach eine Verpflichtung des Bundes zur Steuerzahlung oder Zahlung eines Ersatzbetrages anerkannt werden muß, kommt eine Erstattung der von ihm aufzuwendenden Beträge durch die Hauptquartiere im Rahmen des Artikels 9 Absatz 2 Buchstabe d Ziffer iii in Betracht.

Diese Regelung entspricht der Regelung, wie sie im Rahmen des Zusatzabkommens mit den Entsendestaaten getroffen und von diesen in einem Memorandum vom 21. Mai 1958 bestätigt worden ist.

Zu Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe d Ziffer iv

Zu den sonstigen Betriebskosten im Sinne des Artikels 9 Absatz 2 Buchstabe d Ziffer iv gehören auch

a) die Kosten für
   i) das Reinigen und Streuen der Straßen, Bürgersteige und Zugänge,
   ii) die Abwasserbeseitigung und die Müllabfuhr,
   iii) die Entwässerung,
   iv) die Schornsteinreinigung,
   v) die Zwangsversicherung gegen Feuer- und sonstige Sachschäden,

   soweit nach deutschem Recht eine Verpflichtung zu ihrer Entrichtung besteht;

b) im gegebenen Falle die Kosten für
   i) den Betrieb der Fahrstuhlanlage,
   ii) die Reinigung und die Ungezieferbekämpfung,
   iii) die Gartenpflege,
   iv) den Hauswart.

Zu Artikel 10 Absatz 8

Kleinere Baumaßnahmen im Sinne von Absatz 8 sind Baumaßnahmen einschließlich Instandsetzungs- und

quarters has established messes, canteens and similar facilities. Here the question of whether, and to what extent, an exemption from real property tax may be possible, will have to be decided on the merits of each case. The Federal Government will exhaust all legal possibilities of obtaining such exemption in cases of this nature.

Under the conditions laid down in Article 26 of the Real Property Tax Law, an "amount in lieu" may be payable, even though the real property concerned is exempt from real property tax.

Accordingly, reimbursement by the Headquarters pursuant to item iii of sub-paragraph d of paragraph 2 of Article 9 of the sums paid by the Federation will arise only to the extent that an obligation of the Federation to pay the tax or an amount in lieu must be recognized.

This arrangement conforms with the arrangement made with the sending States in the Agreement to Supplement the Agreement, as confirmed by them in their Memorandum dated 21 May 1958.

Re Article 9, paragraph 2, sub-paragraph d, item iv

Other operating costs within the meaning of item iv of sub-paragraph d of paragraph 2 of Article 9 also include the following:

a) the cost of
   i) cleaning and strewing roads, pavements, and access ways,
   ii) sewage and garbage disposal,
   iii) drainage,
   iv) chimney sweeping,
   v) compulsory insurance against fire and other damage to property,

   in so far as there is an obligation under German law to meet such cost;

b) where applicable, the cost of
   i) operation of lifts,
   ii) cleaning and disinfestation,
   iii) upkeep of gardens,
   iv) employment of a caretaker.

Re Article 10, paragraph 8

Minor construction works within the meaning of paragraph 8 are construction works, including repairs and

de tels cas. Restent donc les cas où un Quartier Général a établi des mess, cantines et installations semblables. Il faudra décider à ce sujet dans chaque cas d'espèce si et dans quelle mesure une exemption de l'impôt foncier entre en ligne de compte ou non. Dans des cas pareils, le Gouvernement fédéral épuisera toutes les possibilités légales pour obtenir une exemption de l'impôt foncier.

Dans les cas où il existe une exemption de l'impôt foncier, le versement d'une somme compensatoire pourra entrer en ligne de compte dans les conditions prévues à l'article 26 de la Loi sur l'impôt foncier.

Ce n'est que pour autant qu'une obligation de la Fédération au paiement de l'impôt ou d'une somme compensatoire doit être reconnue que le remboursement par les Quartiers Généraux des montants à verser par elle entre en ligne de compte dans le cadre du point iii de l'alinéa d) du paragraphe 2 de l'article 9.

Ce règlement est conforme au règlement tel qu'il a été convenu avec les Etats d'origine dans le cadre de l'Accord complétant la Convention et confirmé par ces Etats dans un mémorandum du 21 mai 1958.

Ad article 9, paragraphe 2, alinéa d), point iv

Les autres frais d'exploitation au sens du point iv de l'alinéa d) du paragraphe 2 de l'article 9 comprennent également:

a) les frais occasionnés par:
   i) le nettoyage des routes, trottoirs et accès ainsi que l'épandage de gravier, sel etc.,
   ii) l'évacuation des eaux usées et l'enlèvement des ordures ménagères,
   iii) le drainage,
   iv) le ramonage des cheminées,
   v) l'assurance-incendie obligatoire et l'assurance-objets obligatoire,

   dans la mesure où le droit allemand en impose le paiement;

b) le cas échéant, les frais occasionnés par:
   i) l'entretien des ascenseurs,
   ii) le nettoyage, la destruction de la vermine,
   iii) l'entretien des jardins,
   iv) l'emploi de gardien d'immeuble.

Ad article 10, paragraphe 8

Par travaux de construction de peu d'importance au sens du paragraphe 8, on entend les travaux, y compris les

Instandhaltungsarbeiten mit einem geschätzten Auftragswert von nicht mehr als DM 200 000,—.

Das jeweils beteiligte Hauptquartier wird jedoch auch bei solchen kleineren Bauvorhaben die für die Durchführung von Bundesbauvorhaben zuständige deutsche Behörde verständigen, damit diese prüfen kann, ob deutsche Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu beachten sind. In diesem Falle werden die Parteien Einvernehmen darüber erzielen, ob es zweckmäßig ist, die Durchführung der Baumaßnahmen den deutschen Behörden zu übertragen.

Zu Artikel 11 Absatz 4

In die nach Artikel 11 Absatz 4 zu treffende Regelung wird folgendes aufgenommen:

Die Hauptquartiere treffen alle Maßnahmen, um sicherzustellen, daß Lebensmittel, die abweichend von den deutschen Vorschriften eingeführt worden sind, nicht in den innerdeutschen Verkehr gelangen.

Zu Artikel 12 Absatz 4

Die Güter werden ohne Rücksicht darauf, mit welchen Mitteln sie beschafft worden sind, grundsätzlich durch Einschaltung der VEBEG — Verwertungsgesellschaft m.b.H. — Frankfurt/Main verwertet. Die Einzelheiten werden in einer Vereinbarung zwischen SHAPE und dem Bundesminister der Finanzen geregelt.

Zu Artikel 12 Absatz 5

In Artikel 12 Absatz 5 ist mit Bezug auf Güter, die aus Besatzungskosten-, Auftragsausgaben- oder Stationierungskostenmitteln oder sonstigen deutschen Mitteln beschafft und einem Hauptquartier nach Inkrafttreten des Ergänzungsabkommens überlassen werden, folgende Regelung vorgesehen:

Werden die Güter dem Hauptquartier zu nicht nur vorübergehendem Gebrauch überlassen, so vergütet SHAPE der Bundesrepublik Deutschland den Verkehrswert der Güter, wobei sich dieser Wert nach dem Zustand der Güter im Zeitpunkt ihrer Überlassung an das Hauptquartier bestimmt; werden die Güter dem Hauptquartier nur zu vorübergehendem Gebrauch überlassen, so wird für die Dauer des Gebrauchs an die Bundesrepublik Deutschland eine Nutzungsvergütung gezahlt.

Nachdem durch Beschluß des NATO-Rats vom 26. Juli 1961 für Güter, die aus Besatzungs- oder Stationierungskostenmitteln beschafft und einem Hauptquartier in der Zeit bis zum

maintenance work, where the estimated value of the contract does not exceed 200,000 DM.

However, the Headquarters concerned will also inform the German authorities competent for Federal building projects about minor construction works, so that these authorities can examine whether any German legal provisions or administrative regulations have to be observed. In this event the Parties shall reach agreement on the advisability of entrusting the German authorities with the implementation of the construction work in question.

Re Article 11, paragraph 4

The agreement to be reached in accordance with paragraph 4 of Article 11 shall include the following:

The Headquarters shall take all measures necessary to ensure that foodstuffs which have been imported in deviation from the German regulations do not enter internal German circulation.

Re Article 12, paragraph 4

The goods, irrespective of the funds from which they have been procured, shall, in principle, be disposed of through the VEBEG—Verwertungsgesellschaft mbH—Frankfurt/Main. Details shall be the subject of an agreement between SHAPE and the Federal Minister of Finance.

Re Article 12, paragraph 5

Paragraph 5 of Article 12 provides for the following arrangement in respect of goods procured from occupation costs, mandatory expenditures or support costs funds or from other German funds and made available to a Headquarters after the entry into force of the Supplementing Agreement:

If the goods are made available to a Headquarters for other than temporary use, SHAPE shall reimburse the Federal Republic of Germany for the market value of the goods, this value being determined on the basis of the condition of the goods at the time they are made available to the Headquarters; where such goods are made available to a Headquarters for temporary use only, compensation will be paid to the Federal Republic of Germany for the period of such use.

In view of the fact that the NATO Council decided on 26 July 1961 to adopt the arrangement delineated in paragraph 7 of the Annex to NATO Document CM(61)71 in respect of

travaux de réparation et d'entretie
dont la valeur du marché évaluée n'e
cède pas 200.000 Deutsche Mark.

Toutefois, même lorsqu'il s'agit
tels travaux de construction de p
d'importance, le Quartier Général i
téressé informera l'autorité alleman
compétente pour l'exécution des t
vaux de construction fédéraux a
qu'elle puisse examiner s'il y a li
de respecter des prescriptions légal
et administratives allemandes. Da
l'affirmative, les Parties se mettro
d'accord pour décider s'il est utile
confier l'exécution des travaux a
autorités allemandes.

Ad article 11, paragraphe 4

La disposition ci-après est insér
au règlement prévu au paragraphe
de l'article 11:

Les Quartiers Généraux prendro
toutes mesures pour assurer que d
denrées alimentaires qui auront
importées par dérogation aux prescri
tions allemandes ne soient pas mis
en circulation à l'intérieur de l'Al
magne.

Ad article 12, paragraphe 4

Les biens, quels que soient les fon
sur lesquels ils ont été achetés, sero
liquidés en principe par l'intermédia
de la VEBEG-Verwertungsgesellsch
mbH à Francfort-sur-le-Main. Les
tails seront réglés par un arrangeme
à conclure entre SHAPE et le Minis
fédéral des Finances.

Ad article 12, paragraphe 5

En ce qui concerne les biens qui
été acquis au titre des budgets d
frais d'occupation, des dépenses i
posées ou des frais d'entretien ou
tous autres fonds allemands et
auront été transférés à un Quart
Général après l'entrée en vigueur
l'Accord supplémentaire, le parag
phe 5 de l'article 12 prévoit le rè
ment suivant:

Si les biens sont transférés
Quartier Général pour une utilisati
non provisoire, SHAPE rembourser
la République fédérale d'Allemag
la valeur marchande des biens, val
qui sera déterminée en fonction de
condition des biens au moment
leur transfert au Quartier Général;
les biens ne sont transférés que p
une utilisation provisoire, une ind
nité d'usage sera payée à la Ré
blique fédérale d'Allemagne pour
durée de cette utilisation.

Etant donné que le Conseil
l'OTAN a décidé le 26 juillet 1
d'adopter le règlement contenu
paragraphe 7 de l'Annexe au do
ment de l'OTAN CM(61)71 pour

1. August 1961 überlassen worden sind, die aus Nummer 7 der Anlage des NATO-Dokuments CM(61)71 ersichtliche Regelung vereinbart worden ist, wird für Güter der in Artikel 12 Absatz 5 des Ergänzungsabkommens genannten Art, die einem Hauptquartier nach dem 1. August 1961, aber vor dem Inkrafttreten des Ergänzungsabkommens überlassen worden sind, die in Artikel 12 Absatz 5 vorgesehene Regelung angewendet.

Durch dieses Verfahren wird ebenso wie durch Artikel 12 Absatz 5 selbst die in Nummer 7 der Anlage des NATO-Dokuments CM(61)71 enthaltene Regelung nicht berührt.

Zu Artikel 14 Absatz 1

Unter direkten Steuern im Sinne des Artikels 14 Absatz 1 sind zu verstehen:

Körperschaftsteuer,
Kapitalertragsteuer,
Vermögensteuer,
Gewerbesteuer,
Grundsteuer,
Kirchensteuer,
Erbschaftsteuer.

Zu Artikel 15

Die von SHAPE vorgeschlagene Ergänzungsbestimmung zu Artikel 15, daß dem Personal der in der Bundesrepublik Deutschland errichteten Hauptquartiere eine angemessene Zuteilung steuerfreien Benzins zur Verfügung gestellt werde, ist nach einer Erklärung der deutschen Delegation nicht erforderlich, weil Artikel 15 Absätze 1 und 2 in Verbindung mit Artikel 16 Absätze 1 und 2 die Möglichkeit bietet, auch dem berechtigten Personal der Hauptquartiere eine angemessene Menge von abgabenbegünstigtem Benzin zur Verfügung zu stellen.

Zu Artikel 17 Absatz 2

Vorgesehene Mengen sind die Mengen, die in den Vereinbarungen zwischen SHAPE und den zuständigen deutschen Behörden (Artikel 16 Absatz 1) festgelegt werden.

Zu Artikel 22

Auf Grund der ihm durch den Militärhaushaltsausschuß der NATO mit Beschluß vom 28. Januar 1964 — MBC — R(64)4 — erteilten Ermächtigung erklärt SHAPE, daß Artikel VIII Absatz 2 Buchstabe f des Abkommens zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen in Verbindung mit den Artikeln 2 und 6 Absätze 1 und 2 des

goods procured from occupation costs or support costs funds and made available to a Headquarters not later than 1 August 1961, the arrangement provided for in paragraph 5 of Article 12 of the Supplementing Agreement shall be applied in respect of goods of the type mentioned in paragraph 5 of Article 12 of the Supplementing Agreement and made available to a Headquarters after 1 August 1961, but prior to the entry into force of the Supplementing Agreement.

The procedure as proposed above as well as the provisions of paragraph 5 of Article 12 shall not affect the arrangement delineated in paragraph 7 of the Annex to NATO Document CM(61)71.

Re Article 14, paragraph 1

For the purpose of paragraph 1 of Article 14 direct taxes shall be taken to mean:

corporation tax,
tax on income from capital,
capital tax,
trade tax,
real property tax,
church tax,
inheritance tax.

Re Article 15

An additional provision as suggested by SHAPE in respect of Article 15 to the effect that an adequate ration of tax-free petrol shall be made available to the personnel of the Headquarters established in the Federal Republic of Germany is, according to a statement made by the German delegation, unnecessary because paragraphs 1 and 2 of Article 15 in conjunction with paragraphs 1 and 2 of Article 16 provide for the possibility of making available also to the authorized personnel of the Headquarters adequate quantities of petrol benefiting from duty and tax relief.

Re Article 17, paragraph 2

Quantities authorized shall be those determined in the agreements to be concluded between SHAPE and the competent German authorities (Article 16, paragraph 1).

Re Article 22

By virtue of the authorization given to it by the NATO Military Budget Committee decision taken on 28 January 1964 [Document MBC—R(64)4], SHAPE states that the provisions of sub-paragraph f of paragraph 2 of Article VIII of the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty Regarding the Status of Their Forces, in conjunction with the provi-

biens acquis au titre des budgets des frais d'occupation ou des frais d'entretien et transférés à un Quartier Général jusqu'au 1er août 1961, le règlement prévu au paragraphe 5 de l'article 12 de l'Accord supplémentaire sera appliqué aux biens indiqués au paragraphe 5 de l'article 12 et qui auront été transférés à un Quartier Général après le 1er août 1961, mais avant l'entrée en vigueur de l'Accord supplémentaire.

La procédure proposée et les dispositions mêmes du paragraphe 5 de l'article 12 ne portent pas atteinte au règlement prévu au paragraphe 7 de l'Annexe au Document OTAN CM(61) 71.

Ad article 14, paragraphe 1

Par impôts directs au sens du paragraphe 1 de l'article 14, on entend:

l'impôt sur les sociétés,
l'impôt sur les valeurs mobilières,
l'impôt sur la fortune,
la contribution des patentes,
l'impôt foncier,
l'impôt cultuel,
l'impôt sur les successions.

Ad article 15

D'après une déclaration de la délégation allemande, la disposition supplémentaire proposée par SHAPE et relative à l'article 15 selon laquelle un contingent approprié d'essence non imposable devra être mis à la disposition du personnel des Quartiers Généraux installés dans la République fédérale d'Allemagne n'est pas nécessaire, les paragraphes 1 et 2 de l'article 15, en corrélation avec les paragraphes 1 et 2 de l'article 16, offrant la possibilité de mettre également à la disposition du personnel autorisé des Quartiers Généraux une quantité appropriée d'essence bénéficiant de l'exemption fiscale.

Ad article 17, paragraphe 2

Les quantités prévues sont celles fixées dans les accords à conclure entre SHAPE et les autorités allemandes compétentes (paragraphe 1 de l'article 16).

Ad article 22

En vertu de l'autorisation qui lui a été donnée par le Comité du budget militaire de l'OTAN dans sa Décision du 28 janvier 1964 - MBC - R(64)4 - SHAPE déclare que les dispositions de l'alinéa f) du paragraphe 2 de l'article VIII de la Convention entre les Etats Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le Statut de leurs Forces, en corrélation avec les dispositions de

Protokolls über die Rechtsstellung der auf Grund des Nordatlantikvertrags errichteten internationalen militärischen Hauptquartiere auf den Verlust oder die Beschädigung von Sachen im Eigentum der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost sowie auf Schäden an Straßen des Bundes nicht angewendet werden wird.

Ich bitte Sie, Herr Vorsitzender, mir das Einverständnis des Obersten Hauptquartiers der Alliierten Mächte, Europa, zu diesen Ergänzungen und Erklärungen zu bestätigen.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

H. Rumpf

An den
Vorsitzenden der Delegation des Obersten Hauptquartiers der Alliierten Mächte, Europa
Paris

sions of Article 2 and paragraphs 1 and 2 of Article 6 of the Protocol on the Status of International Military Headquarters set up pursuant to the North Atlantic Treaty, shall not be applied in the case of loss of, or damage to, property of the German Federal Railways or the German Federal Post, nor in the case of damage to Federal roads.

I would request you, Mr. Chairman, to confirm to me that the Supreme Headquarters Allied Powers Europe agrees to these supplementary points and statements.

Accept, Mr. Chairman, the assurance of my highest consideration.

The Chairman of the Delegation of the Supreme Headquarters Allied Powers Europe,
Paris

l'article 2 et les paragraphes 1 et de l'article 6 du Protocole sur le Stat des Quartiers Généraux militaires i ternationaux créés en vertu du Trai de l'Atlantique Nord, ne seront appl quées ni à la perte ou à la détérior tion de biens appartenant aux Ch mins de fer fédéraux allemands aux Postes fédérales allemandes, aux dommages causées aux rout fédérales.

Je vous prie, Monsieur le Présider de bien vouloir me confirmer l'acco du Quartier Général Suprême des Fo ces Alliées en Europe sur les d positions supplémentaires et les d clarations exposées ci-dessus.

Veuillez agréer, Monsieur le Pré dent, les assurances de ma très hau considération.

Monsieur le Président
de la délégation du Quartier Géné Suprême des Forces Alliées en Euro
Paris

II

The Chairman of the Delegation
of the Supreme Headquarters
Allied Powers Europe

Paris, 13 March 1967

Mr. Chairman,

I have the honour to confirm the receipt of your letter of today's date which reads as follows:

The Supreme Headquarters Allied Powers Europe agrees to the foregoing supplementary points and statements.

Accept, Mr. Chairman, the assurance of my highest consideration.

H. Pauwels

The Chairman of the Delegation
of the Federal Republic of Germany,

Paris

Le Président de la délégation
du Quartier Général Suprême
des Forces Alliées en Europe

Paris, le 13 mars 1967

Monsieur le Président,

J'ai l'honneur d'accuser la réception de votre lettre de ce jour ainsi conçue:

(folgt Wortlaut des Briefwechsels I)

Le Quartier Général Suprême des Forces Alliées en Europe déclare accepter les dispositions supplémentaires et les déclarations exposées ci-dessus.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, les assurances de ma très haute considération.

Monsieur le Président de la délégation
de la République fédérale d'Allemagne

Paris

Der Vorsitzende der Delegation
des Obersten Hauptquartiers der
Alliierten Mächte, Europa

Paris, den 13. März 1967

Herr Vorsitzender,

ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

Das Oberste Hauptquartier der Alliierten Mächte, Europa, erklärt sich mit den vorstehenden Ergänzungen und Erklärungen einverstanden.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

An den
Vorsitzenden der Delegation der
Bundesrepublik Deutschland

Paris

Übereinkommen über die Rechtsstellung des einem internationalen militärischen Hauptquartier der NATO in der Bundesrepublik Deutschland zugeteilten Personals der Entsendestaaten

Agreement regarding the Status of Personnel of Sending States attached to an International Military Headquarters of NATO in the Federal Republic of Germany

Accord sur le Statut du personnel des Etats d'origine attaché à un Quartier Général militaire international de l'O.T.A.N. en République fédérale d'Allemagne

Das Königreich Belgien,
die Bundesrepublik Deutschland,
Kanada,
das Königreich der Niederlande,
das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland sowie
die Vereinigten Staaten von Amerika

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

(1) In diesem Übereinkommen bedeutet der Ausdruck:

a) „NATO-Truppenstatut" das am 19. Juni 1951 in London unterzeichnete Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen;

b) „Zusatzabkommen" das am 3. August 1959 in Bonn unterzeichnete Zusatzabkommen zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen nebst Unterzeichnungsprotokoll;

c) „Protokoll" das am 28. August 1952 in Paris unterzeichnete Protokoll über die Rechtsstellung der auf Grund des Nordatlantikvertrags errichteten internationalen militärischen Hauptquartiere;

d) „Hauptquartier" jedes auf Grund des Nordatlantikvertrags in der Bundesrepublik Deutschland errichtete internationale militärische Hauptquartier der NATO;

The Kingdom of Belgium,
Canada,
the Federal Republic of Germany,
the Kingdom of the Netherlands,
the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and
the United States of America

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

(1) In this Agreement the expression

(a) "NATO Status of Forces Agreement" means the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces, signed in London on 19 June 1951;

(b) "Supplementary Agreement" means the Agreement to Supplement the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces with respect to Foreign Forces stationed in the Federal Republic of Germany, and the Protocol of Signature, signed in Bonn on 3 August 1959;

(c) "Protocol" means the Protocol on the Status of International Military Headquarters set up pursuant to the North Atlantic Treaty, signed in Paris on 28 August 1952;

(d) "Headquarters" means any international military Headquarters of NATO established in the Federal Republic of Germany pursuant to the North Atlantic Treaty;

La République fédérale d'Allemagne
le Royaume de Belgique,
le Canada,
les Etats-Unis d'Amérique,
le Royaume des Pays-Bas et
le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord

SONT CONVENUS DE CE QUI SUIT:

Article 1er

(1) Dans le présent Accord, le t[...] me:

a) « Convention O.T.A.N. sur le Sta[...] des Forces » signifie la Conventi[...] entre les Etats Parties au Traité [...] l'Atlantique Nord sur le Statut [...] leurs Forces, signée à Londres [...] 19 juin 1951;

b) « Accord complémentaire » sign[...] l'Accord complétant la Conventi[...] entre les Etats Parties au Traité [...] l'Atlantique Nord sur le Statut [...] leurs Forces, en ce qui conce[...] les Forces étrangères stationn[...] en République fédérale d'Alle[...] gne, et le Protocole de signatu[...] signés à Bonn le 3 août 1959;

c) « Protocole » signifie le Protoc[...] sur le Statut des Quartiers Gé[...] raux militaires internationaux cr[...] en vertu du Traité de l'Atlanti[...] Nord, signé à Paris le 28 août 19[...]

d) « Quartier Général » signifie l[...] Quartier Général militaire inter[...] tional de l'O.T.A.N. installé d[...] la République fédérale d'Alle[...] gne en vertu du Traité de l'Atl[...] tique Nord;

e) „Entsendestaat" eine der Vertragsparteien dieses Übereinkommens mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland.

(2) In diesem Übereinkommen bedeutet, soweit es sich nicht in den Artikeln 2 und 3 um Bezugnahme auf Ausdrücke des NATO-Truppenstatuts und des Zusatzabkommens handelt, der Ausdruck:

a) „Truppe" das zu den Land-, See- oder Luftstreitkräften eines Entsendestaates gehörende Personal;

b) „Ziviles Gefolge" das bei den Land-, See- oder Luftstreitkräften eines Entsendestaats beschäftigte Zivilpersonal, soweit es sich nicht um Staatenlose handelt oder um Staatsangehörige eines Staates, der nicht Partei des Nordatlantikvertrags ist, oder um deutsche Staatsangehörige oder um Personen, die in der Bundesrepublik Deutschland ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben;

c) „Angehöriger"

(i) den Ehegatten eines Mitglieds einer Truppe oder eines zivilen Gefolges, sowie ein dem Mitglied gegenüber unterhaltsberechtigtes Kind;

(ii) einen nicht unter die in (i) enthaltene Begriffsbestimmung fallenden nahen Verwandten eines Mitglieds einer Truppe oder eines zivilen Gefolges, der von diesem aus wirtschaftlichen oder gesundheitlichen Gründen abhängig ist, von ihm tatsächlich unterhalten wird, die Wohnung teilt, die das Mitglied innehat, und sich mit Genehmigung der Behörden der Truppe im Bundesgebiet aufhält;

(iii) die in (i) und (ii) genannten Personen unter den in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b des Zusatzabkommens genannten Voraussetzungen während einer Frist von neunzig Tagen nach dem Tode oder der Versetzung des Mitglieds einer Truppe oder eines zivilen Gefolges.

Artikel 2

Die Rechtsstellung der Mitglieder einer Truppe und eines zivilen Gefolges, die einem Hauptquartier zugeteilt werden, sowie der Angehörigen bestimmt sich jeweils nach den Vorschriften des NATO-Truppenstatuts und des Zusatzabkommens, die für die Rechtsstellung der Mitglieder einer Truppe, eines zivilen Gefolges und der Angehörigen im Sinne des Artikels 1 Absatz 1 Buchstaben a bis c des NATO-

(e) "sending State" means one of the contracting Parties to the present Agreement, with the exception of the Federal Republic of Germany.

(2) In this Agreement, except in so far as reference is made in Articles 2 and 3 to expressions used in the NATO Status of Forces Agreement and the Supplementary Agreement, the expression

(a) "force" means the personnel belonging to the land, sea or air armed forces of a sending State;

(b) "civilian component" means the civilian personnel who are in the employ of the land, sea or air armed forces of a sending State, and who are not stateless persons, nor nationals of any State which is not a Party to the North Atlantic Treaty, nor German nationals, nor ordinarily resident in the Federal Republic of Germany;

(c) "dependents" means

(i) the spouse of a member of a force or of a civilian component, or a child of such member depending on him or her for support;

(ii) a close relative of a member of a force or of a civilian component, not falling within the definition contained in item (i) of this sub-paragraph, who is financially or for reasons of health dependent on, and is supported by such member, who shares the quarters occupied by such member, and who is present in the Federal territory with the consent of the authorities of the force;

(iii) the persons mentioned in items (i) and (ii) of this sub-paragraph, upon the conditions set out in sub-paragraph (b) of paragraph 2 of Article 2 of the Supplementary Agreement, for a period of ninety days after the death or the transfer of the member of a force or of a civilian component.

Article 2

The respective status of the members of a force and a civilian component attached to a Headquarters, and of their dependents, shall be governed by the provisions of the NATO Status of Forces Agreement and the Supplementary Agreement which apply to the status of the members of a force, a civilian component and of their dependents within the meaning of sub-paragraphs (a) to (c) of paragraph 1

e) « Etat d'origine » signifie une des Parties contractantes du présent Accord, à l'exception de la République fédérale d'Allemagne.

(2) Dans le présent Accord, pour autant qu'aux articles 2 et 3, on ne se réfère pas à des définitions contenues dans la Convention O.T.A.N. sur le Statut des Forces ainsi que dans l'Accord complémentaire, le terme

a) « force » signifie le personnel appartenant aux armées de terre, de mer ou de l'air d'un Etat d'origine;

b) « élément civil » signifie le personnel civil employé par les armées de terre, de mer ou de l'air d'un Etat d'origine et qui n'est ni apatride, ni national d'un Etat non Partie au Traité de l'Atlantique Nord, ni ressortissant allemand, ni une personne ayant sa résidence habituelle en République fédérale d'Allemagne;

c) « personne à charge » signifie

i) le conjoint d'un membre d'une force ou d'un élément civil ainsi que les enfants qui sont à la charge de ce membre;

ii) tout proche parent d'un membre d'une force ou d'un élément civil, non compris dans la définition donnée au point i ci-dessus, qui dépend de ce membre, soit économiquement, soit pour des raisons de santé, est effectivement à sa charge, partage le logement occupé par ce membre et se trouve sur le territoire fédéral avec l'autorisation des autorités de la force;

iii) les personnes mentionnées aux points i et ii ci-dessus, dans les conditions prévues à l'alinéa b) du paragraphe 2 de l'article 2 de l'Accord complémentaire, pendant une periode de quatre-vingt-dix jours à compter du décès ou de la mutation du membre d'une force ou d'un élément civil.

Article 2

Le statut des membres d'une force ou d'un élément civil attachés à un Quartier Général ainsi que celui des personnes à leur charge est déterminé par les dispositions de la Convention O.T.A.N. sur le Statut des Forces et de l'Accord complémentaire, applicables au statut des membres d'une force, d'un élément civil et des personnes à charge au sens des alinéas a) à c) du paragraphe 1 de l'article 1er

Truppenstatuts und des Artikels 2 Absatz 2 des Zusatzabkommens maßgebend sind.

Artikel 3

Die Entsendestaaten und die Bundesrepublik Deutschland haben bezüglich der Rechtsstellung der in Artikel 2 dieses Übereinkommens bezeichneten Personen die Rechte und Pflichten, die ihnen nach dem NATO-Truppenstatut und dem Zusatzabkommen hinsichtlich der Mitglieder der Truppe, des zivilen Gefolges und der Angehörigen jeweils zustehen und obliegen, soweit nicht die Rechte und Pflichten aus dem NATO-Truppenstatut auf Grund des Protokolls auf das zuständige oberste Hauptquartier und die ihm unterstellten Behörden übertragen worden sind.

Artikel 4

(1) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation oder Genehmigung. Jeder Unterzeichnerstaat hinterlegt die Ratifikations- oder Genehmigungsurkunde bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland; diese setzt alle anderen Unterzeichnerstaaten von dem Zeitpunkt der Hinterlegung in Kenntnis.

(2) Dieses Übereinkommen tritt dreißig Tage nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden durch die Bundesrepublik Deutschland und mindestens einen anderen Unterzeichnerstaat in Kraft, jedoch nicht vor dem Inkrafttreten des Protokolls für die Bundesrepublik Deutschland. Für jeden weiteren Unterzeichnerstaat tritt das Übereinkommen dreißig Tage nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

(3) Dieses Übereinkommen tritt außer Kraft,

a) wenn das Protokoll oder das NATO-Truppenstatut oder das Zusatzabkommen für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft tritt;

b) im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und einer anderen Vertragspartei, wenn das Protokoll oder das NATO-Truppenstatut oder das Zusatzabkommen für diese Vertragspartei außer Kraft tritt.

(4) Dieses Übereinkommen wird überprüft,

a) wenn das NATO-Truppenstatut gemäß seinem Artikel XVII überprüft wird;

of Article I of the NATO Status of Forces Agreement and paragraph 2 of Article 2 of the Supplementary Agreement.

Article 3

The sending States and the Federal Republic of Germany shall have the rights and obligations in respect of the status of the persons referred to in Article 2 of the present Agreement, which are given to, or imposed upon, them in each case pursuant to the NATO Status of Forces Agreement and the Supplementary Agreement with regard to the members of the force, of the civilian component, and their dependents, in so far as the rights and obligations arising from the NATO Status of Forces Agreement have not been vested in or attached to the appropriate Supreme Headquarters and the authorities responsible under it, pursuant to the Protocol.

Article 4

(1) The present Agreement shall be subject to ratification or approval. Each signatory State shall deposit its instrument of ratification or approval with the Government of the Federal Republic of Germany which shall notify the date of each such deposit to all other signatory States.

(2) The present Agreement shall enter into force thirty days after the date on which the Federal Republic of Germany and at least one other signatory State have deposited their instruments of ratification or approval, but not before the Protocol has entered into force for the Federal Republic of Germany. It shall enter into force for each other signatory State thirty days after the date on which it has deposited its instrument of ratification or approval.

(3) The present Agreement shall lapse

(a) when the Protocol or the NATO Status of Forces Agreement or the Supplementary Agreement lapses for the Federal Republic of Germany;

(b) between the Federal Republic of Germany and another contracting Party, when the Protocol or the NATO Status of Forces Agreement or the Supplementary Agreement lapses for that contracting Party.

(4) The present Agreement shall be reviewed

(a) when the NATO Status of Forces Agreement is reviewed pursuant to Article XVII thereof;

de la Convention O.T.A.N. sur le St tut des Forces et du paragraphe 2 c l'article 2 de l'Accord complémentai

Article 3

En ce qui concerne le statut d personnes visées à l'article 2 du pr sent Accord, les Etats d'origine et République fédérale d'Allemagne o les droits et obligations qui leur a partiennent ou qui leur incombent vertu de la Convention O.T.A.N. s le Statut des Forces et de l'Acco complémentaire à l'égard des mer bres d'une force, d'un élément civil des personnes à leur charge, sauf da le cas où les droits et obligations r sultant de la Convention O.T.A.N. s le Statut des Forces ont été confér ou dévolus au Quartier Général S prême approprié et aux autorités q en relèvent, en vertu du Protocole.

Article 4

(1) Le présent Accord sera soum à la ratification ou à l'approbati Chaque Etat signataire déposera s instrument de ratification ou d'app bation auprès du Gouvernement de République fédérale d'Allemagne; lui-ci informera tous les autres Et signataires de la date de ces dépôts.

(2) Le présent Accord entrera en v gueur trente jours après que la Rép blique fédérale d'Allemagne et un a tre Etat signataire au moins auront d posé leurs instruments de ratificati ou d'approbation, mais pas avant q le Protocole entre en vigueur pour République fédérale d'Allemagne. l'égard de tout autre Etat signata le présent Accord entrera en vigu trente jours après le dépôt de l'inst ment de ratification ou d'approbati par cet Etat.

(3) Le présent Accord cesse d'ét en vigueur

a) lorsque le Protocole ou la Conv tion O.T.A.N. sur le Statut des F ces ou l'Accord complémentai cesse d'être en vigueur pour la R publique fédérale d'Allemagne;

b) entre la République fédérale d' lemagne et une autre Partie co tractante, si le Protocole ou la Co vention O.T.A.N. sur le Statut d Forces ou l'Accord complémentai cesse d'être en vigueur pour ce Partie contractante.

(4) Le présent Accord fera l'ob d'un ré-examen

a) lorsque la Convention O.T.A.N. s le Statut des Forces fera l'ob d'un ré-examen aux termes de l' ticle XVII de ladite Convention;

b) wenn das Zusatzabkommen gemäß seinem Artikel 82 überprüft wird.

(b) when the Supplementary Agreement is reviewed pursuant to Article 82 thereof.

b) lorsque l'Accord complémentaire fera l'objet d'un ré-examen aux termes de l'article 82 dudit Accord.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten hierzu gehörig befugten Vertreter dieses Übereinkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Bonn am 7. Februar 1969 in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt wird; diese übermittelt jedem anderen Unterzeichnerstaat eine beglaubigte Abschrift.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned representatives, duly authorized thereto, have signed the present Agreement.

DONE at Bonn this 7th day of February 1969 in the English, French, and German languages, all three texts being equally authoritative, in a single original which shall be deposited in the archives of the Government of the Federal Republic of Germany, which shall transmit a certified copy to each of the other signatory States.

EN FOI DE QUOI les représentants soussignés dûment autorisés à cet effet ont signé le présent Accord.

FAIT à Bonn, le 7 février 1969 en langues allemande, anglaise et française, chacun des trois textes faisant également foi, en un seul exemplaire qui sera déposé aux archives du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne; ce dernier transmettra une copie certifiée conforme à chacun des autres Etats signataires.

Für das KÖNIGREICH BELGIEN:
For the KINGDOM OF BELGIUM:
Pour le ROYAUME DE BELGIQUE:
W. Loridan

Für KANADA:
For CANADA:
Pour le CANADA:
R. P. Bower

Für die BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND:
For the FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY:
Pour la RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE:
Duckwitz

Für das KÖNIGREICH DER NIEDERLANDE:
For the KINGDOM OF THE NETHERLANDS:
Pour le ROYAUME DES PAYS-BAS:
J. G. de Beus

Für das VEREINIGTE KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND:
For the UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND:
Pour le ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD:
R. W. Jackling

Für die VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA:
For the UNITED STATES OF AMERICA:
Pour les ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE:
Russell Fessenden

Übereinkommen über die Überlassung von Liegenschaften an internationale militärische Hauptquartiere der NATO in der Bundesrepublik Deutschland durch die Streitkräfte des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika

Agreement regarding the Making Available by the Armed Forces of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and of the United States of America of Accommodation to International Military Headquarters of NATO in the Federal Republic of Germany

Die Bundesrepublik Deutschland,
das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland
sowie
die Vereinigten Staaten von Amerika,

IN DER ERWÄGUNG, daß die auf Grund des Nordatlantikvertrags in der Bundesrepublik Deutschland errichteten internationalen militärischen Hauptquartiere der NATO berechtigt sind, nach Maßgabe des Absatzes 1 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 9 des am 13. März 1967 in Paris unterzeichneten Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Obersten Hauptquartier der Alliierten Mächte, Europa, über die besonderen Bedingungen für die Einrichtung und den Betrieb internationaler militärischer Hauptquartiere in der Bundesrepublik Deutschland Liegenschaften zu benutzen, die den in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Streitkräften zur Benutzung überlassen worden sind,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

In diesem Übereinkommen bedeutet der Ausdruck

a) „NATO-Truppenstatut" das am 19. Juni 1951 in London unterzeichnete Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen;

b) „Zusatzabkommen" das am 3. August 1959 in Bonn unterzeichnete Zusatzabkommen zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen nebst Unterzeichnungsprotokoll;

c) „Protokoll" das am 28. August 1952 in Paris unterzeichnete Protokoll über die Rechtsstellung der auf Grund des Nordatlantikvertrags errichteten internationalen militärischen Hauptquartiere;

d) „Hauptquartier" jedes auf Grund des Nordatlantikvertrags in der Bundesrepublik Deutschland vor dem 5. Mai 1955 errichtete internationale militärische Hauptquartier der NATO;

e) „Truppe" die Truppe und/oder das zivile Gefolge (im Sinne des Artikels I Absatz 1 Buchstaben a und b des

The Federal Republic of Germany,
the United Kingdom of Great Britain and Northern Irela
and
the United States of America —

CONSIDERING that, in accordance with paragraph re Article 9 of the Protocol of Signature to the Agre ment between the Federal Republic of Germany ar the Supreme Headquarters Allied Powers Europe on tl special conditions applicable to the establishment ar operation of International Military Headquarters in tl Federal Republic of Germany, signed at Paris on 1 March 1967, the International Military Headquarters NATO established in the Federal Republic of German pursuant to the North Atlantic Treaty have the rig to use accommodation made available to the forc stationed in the Federal Republic of Germany —

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

In this Agreement the expression

(a) "NATO Status of Forces Agreement" means tl Agreement between the Parties to the North Atlant Treaty regarding the Status of their Forces, sign at London on 19 June 1951;

(b) "Supplementary Agreement" means the Agreeme to supplement the Agreement between the Parti to the North Atlantic Treaty regarding the Stat of their Forces with respect to Foreign Forces st tioned in the Federal Republic of Germany, and tl Protocol of Signature, signed at Bonn on 3 A gust 1959;

(c) "Protocol" means the Protocol on the Status of Inte national Military Headquarters set up pursuant the North Atlantic Treaty, signed at Paris on 28 A gust 1952;

(d) "Headquarters" means any international milita Headquarters of NATO established in the Fede Republic of Germany pursuant to the North Atlant Treaty prior to 5 May 1955;

(e) "force" means the force and/or the civilian comp nent (as defined in sub-paragraphs (a) and (b) of pa

NATO-Truppenstatuts) des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland oder der Vereinigten Staaten von Amerika.

Artikel 2

(1) Die Truppe ist berechtigt, einem Hauptquartier auf dessen Wunsch Liegenschaften, die ihr im Rahmen des Artikels 48 des Zusatzabkommens überlassen worden sind oder überlassen werden, nach Maßgabe dieses Übereinkommens und mit Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland ganz oder zum Teil zur Benutzung zu überlassen und weiterhin Versorgungsleistungen für die von ihr einem Hauptquartier überlassenen Liegenschaften zu erbringen. In einem solchen Fall gilt der Liegenschaftsbedarf des Hauptquartiers im Sinne des Artikels 48 Absatz 2 in Verbindung mit Absatz 5 des Zusatzabkommens als Bedarf der Truppe.

(2) Der Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland bedarf es nicht,

a) wenn die Liegenschaft einem Hauptquartier vor dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens überlassen worden ist;

b) wenn einem Hauptquartier ein Gebäude mit einer Nutzfläche bis zu 1 000 qm oder bei einem Gebäude mit einer größeren Nutzfläche höchstens die Hälfte der Nutzfläche des Gebäudes oder aber ein unbebautes Grundstück mit einer Fläche von höchstens 0,5 ha überlassen werden soll; die Truppe unterrichtet jedoch die zuständige deutsche Behörde von der Überlassung;

c) wenn innerhalb einer militärischen Anlage einem Hauptquartier ein Gebäude oder ein Teil eines Gebäudes im Austausch gegen ein Gebäude oder einen Teil eines Gebäudes etwa gleicher Größe überlassen wird; die Truppe unterrichtet jedoch die zuständige deutsche Behörde von dem Tausch.

Artikel 3

Die Bedingungen (einschließlich der Bedingungen mit Bezug auf Versorgungsleistungen), unter denen einem Hauptquartier Liegenschaften überlassen werden, dürfen nicht weniger günstig sein als die Bedingungen, die der Truppe von der Bundesrepublik Deutschland eingeräumt werden.

Artikel 4

In bezug auf die einem Hauptquartier von der Truppe überlassenen Liegenschaften stehen der Truppe weiterhin alle Rechte zu und obliegen ihr weiterhin alle Pflichten, wie sie sich aus dem NATO-Truppenstatut und dem Zusatzabkommen hinsichtlich der der Truppe zur eigenen Benutzung überlassenen Liegenschaften ergeben.

Artikel 5

Die in Artikel 48 Absatz 3 des Zusatzabkommens vorgesehenen Überlassungsvereinbarungen werden auch in bezug auf die einem Hauptquartier überlassenen Liegenschaften mit der Truppe geschlossen, soweit dies nicht bereits geschehen ist.

graph 1 of Article I of the NATO Status of Forces Agreement) of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland or the United States of America.

Article 2

(1) Subject to the provisions of the present Agreement and to the approval of the Federal Republic of Germany, the force shall be entitled to make available to a Headquarters for its use and at its request, all or part of any accommodation which has been or will be made available to the force in accordance with the provisions of Article 48 of the Supplementary Agreement and to continue to provide support services in respect of accommodation made available by it to a Headquarters. In any such case, the requirement of the Headquarters for accommodation shall be regarded as a requirement of the force within the meaning of paragraph 2, in conjunction with paragraph 5, of Article 48 of the Supplementary Agreement.

(2) The approval of the Federal Republic of Germany shall not be required

(a) if the accommodation was made available to a Headquarters before the entry into force of the present Agreement;

(b) if a building with a usable area not exceeding 1000 square metres, or, in the case of a building with a larger usable area, not more than one half of the usable area of that building, or land which has not been built upon and does not exceed one half hectare in area, is to be made available to a Headquarters; the force shall, however, inform the competent German authority of any such accommodation having been made available to a Headquarters;

(c) if, within a military installation, a building or part of a building is made available to a Headquarters in exchange for a building or part of a building of approximately the same size; the force shall, however, inform the competent German authority of the exchange.

Article 3

The conditions (including conditions with regard to support services) on which accommodation is made available to a Headquarters shall be no less favourable than the conditions granted to the force by the Federal Republic of Germany.

Article 4

In relation to accommodation made available by the force to a Headquarters, the force shall continue to enjoy all the rights and be bound by all the obligations which arise under the NATO Status of Forces Agreement and the Supplementary Agreement in relation to accommodation made available to the force for its own use.

Article 5

The Agreements provided for in paragraph 3 of Article 48 of the Supplementary Agreement shall be concluded with the force also in respect of accommodation made available to a Headquarters, unless this has already been done.

Artikel 6

Aus der Tatsache allein, daß die Truppe einem Hauptquartier Liegenschaften überlassen hat, kann sie keinen Anspruch auf Gestellung von Ersatzliegenschaften durch die Bundesrepublik Deutschland herleiten; Artikel 48 Absatz 1 des Zusatzabkommens über die Befriedigung des Liegenschaftsbedarfs der Truppe bleibt unberührt.

Article 6

The fact that the force has made accommodatio available to a Headquarters shall not of itself establis a claim by the force that the Federal Republic of Ge many provide substitute accommodation; the provisior of paragraph 1 of Article 48 of the Supplementa Agreement concerning the satisfaction of the accommo dation requirements of the force shall remain unaffecte

Artikel 7

(1) Wird eine einem Hauptquartier überlassene Liegenschaft der Truppe zurückgegeben, so konsultieren die zuständige Behörde der Truppe und die zuständige deutsche Behörde einander unverzüglich und beschließen gemeinsam über die weitere Verwendung der Liegenschaft. Dies gilt nicht, wenn die betreffende Liegenschaft die in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b angegebenen Maße nicht überschreitet oder wenn es sich um einen Austausch von Liegenschaften nach Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe c handelt; die Truppe unterrichtet jedoch in diesen Fällen die zuständige deutsche Behörde von der Rückgabe der Liegenschaft.

(2) Bei dem gemeinsamen Beschluß ist insbesondere zu berücksichtigen, ob durch eine Verwendung der Liegenschaft für die Zwecke der Truppe eine Rückgabe anderer Liegenschaften, welche der Truppe zur Verfügung gestellt worden sind, an die Bundesrepublik Deutschland ermöglicht wird. Ergibt der gemeinsame Beschluß, daß die Truppe die Liegenschaft nicht benötigt, so wird sie von der Truppe an die Bundesrepublik Deutschland nach Maßgabe bestehender oder noch zu schließender Verwaltungsabkommen zurückgegeben.

Article 7

(1) When accommodation made available to a Hea quarters is returned to the force, the competent authori of the force and the competent German authority sha consult together without delay and jointly determ the future use to be made of it. This shall not apply the accommodation in question does not exceed th limits prescribed in sub-paragraph (b) of paragraph 2 Article 2 of the present Agreement or if an exchan of accommodation pursuant to sub-paragraph (c) paragraph 2 of that Article is involved; in these case however, the force shall inform the competent Germ authority of the return of the accommodation.

(2) In reaching this joint decision, particular atten shall be given to the question whether, if the accomm dation is to be used for the purposes of the force will be possible to release to the Federal Republic Germany other accommodation made available by to the force. If it is jointly determined that the acco modation is not needed by the force, it shall be relea by the force to the Federal Republic of Germany accordance with administrative agreements in force still to be concluded.

Artikel 8

(1) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation oder Genehmigung. Jeder Unterzeichnerstaat hinterlegt seine Ratifikations- oder Genehmigungsurkunde bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland; diese notifiziert den anderen Unterzeichnerstaaten den Zeitpunkt jeder Hinterlegung.

(2) Dieses Übereinkommen tritt dreißig Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die Bundesrepublik Deutschland und mindestens ein anderer Unterzeichnerstaat ihre Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden hinterlegt haben, jedoch nicht vor dem Inkrafttreten des Protokolls für die Bundesrepublik Deutschland. Für den dritten Unterzeichnerstaat tritt das Übereinkommen dreißig Tage nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

(3) Dieses Übereinkommen tritt außer Kraft

a) wenn das Protokoll, das NATO-Truppenstatut oder das Zusatzabkommen für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft tritt;

b) im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und einer anderen Vertragspartei, wenn das Protokoll, das NATO-Truppenstatut oder das Zusatzabkommen für diese Vertragspartei außer Kraft tritt.

(4) Dieses Übereinkommen wird jederzeit auf Antrag einer Vertragspartei hinsichtlich einer oder mehrerer Bestimmungen überprüft. Die Vertragsparteien werden spätestens drei Monate nach der Stellung des Antrags Verhandlungen aufnehmen. Ist nach sechsmonatigen Verhandlungen eine Einigung nicht erzielt worden, so kann

Article 8

(1) The present Agreement shall be subject to ra fication or approval. Each signatory State shall dep its instrument of ratification or approval with the G ernment of the Federal Republic of Germany, wh shall notify the date of each such deposit to all ot signatory States.

(2) The present Agreement shall enter into force th days after the date on which the Federal Republic Germany and at least one other signatory State ha deposited their instruments of ratification or approva but not before the entry into force of the Protocol fo the Federal Republic of Germany. The Agreement sha enter into force for the third signatory State thirty da after it has deposited its instrument of ratification approval.

(3) The present Agreement shall lapse

(a) when the Protocol or the NATO Status of For Agreement or the Supplementary Agreement lapse for the Federal Republic of Germany;

(b) between the Federal Republic of Germany an another contracting Party, when the Protocol or th NATO Status of Forces Agreement or the Supplem tary Agreement lapses for that contracting Party.

(4) The present Agreement shall, upon the reques any time, of any contracting Party, be reviewed in r spect of one or more of its provisions. The contr ing Parties shall open negotiations not later than th months after such request has been made. If no agr ment is reached within six months after submissio

jede Vertragspartei den Generalsekretär der Nordatlantikvertrags-Organisation um seine guten Dienste ersuchen.

the request, any contracting Party may request the Secretary General of the North Atlantic Treaty Organization to use his good offices.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, duly authorized thereto, have signed the present Agreement.

GESCHEHEN zu Bonn am 7. Februar 1969 in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt wird; diese übermittelt jedem anderen Unterzeichnerstaat eine beglaubigte Abschrift.

DONE at Bonn this 7th day of February 1969 in the English and German languages, both texts being equally authoritative, in a single copy, which shall be deposited in the archives of the Government of the Federal Republic of Germany, which shall transmit a certified copy to each of the other signatory States.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
For the Federal Republic of Germany:

Duckwitz

Für das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland:
For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:

R. W. Jackling

Für die Vereinigten Staaten von Amerika:
For the United States of America:

Russell Fessenden

EINBANDDECKEN für den Jahrgang 1968

Teil I: 6,— DM (2 Einbanddecken) einschließlich Porto und Verpackung
Teil II: 6,— DM (2 Einbanddecken) einschließlich Porto und Verpackung

In diesem Betrag sind 5,5 % Mehrwertsteuer enthalten

Die Titelblätter und die zeitliche Übersicht für Teil I lagen der Nr. 9/69 und für Teil II der Nr. 4/69 bei.

Ausführung: Halbleinen, Rücken mit Goldschrift, wie in den vergangenen Jahren.

Lieferung erfolgt gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt" Köln 3 99 oder nach Bezahlung auf Grund einer Vorausrechnung.

„BUNDESGESETZBLATT" BONN · POSTFACH

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz. — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges. m.b.H., 5 Köln 1, Postfach.
Druck: Bundesdruckerei Bonn.
Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.
Das Bundesgesetzblatt erscheint in drei Teilen. In Teil I und II werden die Gesetze und Verordnungen in zeitlicher Reihenfolge nach ihr[illegible] Ausfertigung verkündet. In Teil III wird das als fortgeltend festgestellte Bundesrecht a[illegible] Grund des Gesetzes über die Sammlung des Bunde[illegible] rechts vom 10. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 437) nach Sachgebieten geordnet veröffentlicht. Bezugsbedingungen für Teil III durch den Verla[illegible] Bezugsbedingungen für Teil I und II: Laufender Bezug nur durch die Post. Neubestellung mittels Zeitungskontokarte an einem Postschalte[illegible] Bezugspreis halbjährlich für Teil I und Teil II je 20,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,50 DM gegen Voreinsendung d[illegible] erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt" Köln 3 99 oder nach Bezahlung auf Grund einer Vorausrechnung.
Preis dieser Ausgabe 2,— DM zuzüglich Versandgebühr 0,35 DM.
Bestellungen bereits erschienener Ausgaben sind zu richten an: Bundesgesetzblatt 53 Bonn 1, Postfach.